

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 2201

[C — 2005/33072]

27. JUNI 2005 — Dekret über den Rundfunk und die Kinovorstellungen(1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

TITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Dieses Dekret gilt für die Veranstaltung von Rundfunk, für die Bereitstellung von in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallenden, zur Übertragung von Rundfunk geeigneten Netzen und Diensten und zugehörigen Einrichtungen sowie für die Veranstaltung von Kinovorstellungen im deutschen Sprachgebiet.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter:

1. **Allgemeingenehmigung**: den rechtlichen Rahmen, mit dem gemäß diesem Dekret Rechte für die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste gewährleistet werden und in dem sektorspezifische Verpflichtungen festgelegt werden, die für alle oder für bestimmte Arten von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten gelten können;

2. **Anwendungs-Programmierschnittstelle**: die Software-Schnittstelle zwischen Anwendungen, die von Sendeanstalten oder Dienstbietern zur Verfügung gestellt werden, und den Anschlüssen in den erweiterten digitalen Fernsehgeräten für digitale Fernseh- und Rundfunkdienste;

3. **Bereitstellung eines elektronischen Kommunikationsnetzes**: das Betreiben, den Betrieb, die Kontrolle oder die Zurverfügungstellung eines derartigen Netzes;

4. **Beschlusskammer**: das in Artikel 86 §2 erwähnte Organ des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. **Betreiber**: ein Unternehmen, das ein öffentliches Kommunikationsnetz oder eine zugehörige Einrichtung bereitstellt, oder zur Bereitstellung hiervon befugt ist;

6. **Breitbildschirmformat**: Fernsehbildformat, das dem Längen-Breiten-Verhältnis 16:9 entspricht;

7. **Elektronische Kommunikationsdienste**: in der Regel gegen Entgelt erbrachte Dienste, die ganz oder überwiegend in der Übertragung von Rundfunksignalen über elektronische Kommunikationsnetze bestehen, mit Ausnahme der Dienste, die Inhalte über elektronische Kommunikationsnetze und -dienste anbieten oder eine redaktionelle Kontrolle über diese ausüben;

8. **Elektronische Kommunikationsnetze**: Übertragungssysteme und gegebenenfalls Vermittlungs- und Leitweginrichtungen sowie anderweitige Ressourcen, die die Übertragung von Rundfunksignalen über Kabel, Funk, optische oder andere elektromagnetische Einrichtungen ermöglichen, einschließlich Satellitennetze, feste und mobile terrestrische Netze, Stromleitungssysteme, insofern sie zur Signalübertragung genutzt werden, Netze für Hör- und Fernsehfunk sowie Kabelnetze;

9. **Elektronischer Programmführer**: ein elektronisches Computerprogramm, mit dessen Hilfe das empfangbare Rundfunkprogrammangebot aufgelistet wird und das die Nutzung dieses Angebots ermöglicht;

10. **Endnutzer**: einen Nutzer, der keine öffentliche Kommunikationsnetze oder öffentlich zugängliche elektronische Kommunikationsdienste bereitstellt;

11. **Erweitertes digitales Fernsehgerät**: Set-Top-Box zur Verbindung mit Fernsehgeräten und integriertes digitales Fernsehgerät zum Empfang digitaler interaktiver Fernsehdienste;

12. **europäische Werke**: Werke aus europäischen Mitgliedstaaten oder Werke aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, oder aus anderen europäischen Drittländern, falls in den betreffenden Drittländern keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Werke aus den europäischen Mitgliedstaaten bestehen.

Bei Werken aus europäischen Mitgliedstaaten oder Werken aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, handelt es sich um Werke, die im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren der in diesen Staaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden und eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllen:

a) sie sind von einem oder mehreren in einem beziehungsweise mehreren dieser Staaten ansässigen Herstellern geschaffen worden;

b) ihre Herstellung wird von einem oder mehreren in einem beziehungsweise mehreren dieser Staaten ansässigen Herstellern überwacht und tatsächlich kontrolliert;

c) der Beitrag von Koproduzenten aus diesen Staaten zu den Gesamtproduktionskosten beträgt mehr als die Hälfte und die Koproduktion wird nicht von einem beziehungsweise mehreren außerhalb dieser Staaten ansässigen Herstellern kontrolliert.

Als Werke aus anderen europäischen Drittländern betrachtet man Werke, die entweder ausschließlich oder in Koproduktion mit in einem oder mehreren europäischen Mitgliedstaaten ansässigen Herstellern von Herstellern geschaffen wurden, welche in einem oder mehreren europäischen Drittländern ansässig sind, mit denen die Gemeinschaft Abkommen geschlossen hat, sofern diese Werke im Wesentlichen unter Mitwirkung von in einem oder mehreren europäischen Staaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden.

Werke, die keine europäischen Werke im Sinne des Absatzes 1 sind, jedoch im Rahmen von bilateralen Koproduktionsverträgen zwischen europäischen Mitgliedstaaten und Drittländern hergestellt werden, werden als europäische Werke betrachtet, insofern die Koproduzenten aus der Gemeinschaft einen mehrheitlichen Anteil der Gesamtproduktionskosten tragen und die Herstellung nicht von einem oder mehreren außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten ansässigen Herstellern kontrolliert wird.

Werke, die keine europäischen Werke im Sinne der Absätze 1 oder 4 sind, jedoch im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit in einem beziehungsweise mehreren europäischen Mitgliedstaaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden, gelten proportional zu dem Beitrag von Koproduzenten aus der Europäischen Gemeinschaft an den Gesamtproduktionskosten als europäische Werke.

Unter europäischen Mitgliedstaaten versteht man die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die Staaten, die Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind.

13. Fernsehprogramm: die Gesamtheit der unter einer gemeinsamen Bezeichnung durch einen Fernsehveranstalter ausgestrahlten Sendungen;

14. Fernsehsendung: die drahtlose oder drahtgebundene, erdgebundene oder durch Satelliten vermittelte, unverschlüsselte oder verschlüsselte Erstsendung von Fernsehprogrammen, die zum Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind. Der Begriff schließt die Übermittlung an andere Veranstalter zur Weiterverbreitung an die Allgemeinheit ein;

15. Fernsehveranstalter: eine juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung von Fernsehprogrammen trägt und die diese Programme verbreitet oder verbreiten lässt.

16. Filmforum: die Aufführung von mindestens acht künstlerisch wertvollen Filmen pro Jahr, die jugendfrei sind und von mindestens einer Filmbewertungsstelle aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union als wertvoll eingestuft worden sind;

17. Filmtage: die Aufführung von mindestens vier verschiedenen Filmen zu einem Thema innerhalb einer Woche;

18. Förderkopie: vom Kinoanbieter finanzierte Kopie eines Films, der spätestens zwei Wochen nach dem Landesstart in Belgien oder in der Bundesrepublik Deutschland zur Aufführung gelangt;

19. Gutachtenkammer: das in Artikel 86, § 2 erwähnte Organ des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

20. Hörfunkprogramm: die Gesamtheit der unter einer gemeinsamen Bezeichnung durch einen Hörfunkveranstalter ausgestrahlten Sendungen;

21. Hörfunkveranstalter: eine juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung von Hörfunkprogrammen trägt und die diese Programme verbreitet oder verbreiten lässt;

22. Kabelnetz: elektronisches Kommunikationsnetz, das die Übertragung von Programmsignalen über jede Art Draht, ganz oder teilweise, verschlüsselt oder nicht, an Drittpersonen ermöglicht;

23. Kinoanbieter: die natürlichen und juristischen Personen, die im deutschen Sprachgebiet ein Filmtheater betreiben, in dem sie gegen Entgelt Filme vorführen;

24. Kontrollfunktion: ein Verfahren, das es erlaubt, das Zugangsberechtigungssystem zu ändern, ohne dabei das verschlüsselte Signal eines Rundfunkdienstes zu ändern;

25. Länderübergreifende Märkte: die von der Europäischen Kommission festgestellten Märkte, die die Europäische Gemeinschaft oder einen wesentlichen Teil davon umfassen;

26. Lokalsender: einen privaten Hörfunkveranstalter, der sich an ein örtlich begrenztes Publikum wendet;

27. Medienrat: den in Artikel 86 erwähnten Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

28. Nutzer: eine natürliche oder juristische Person, die einen öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdienst in Anspruch nimmt oder beantragt;

29. Offener Kanal: ein Fernsehprogramm, das von natürlichen und juristischen Personen gestaltet wird, indem sie in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge verbreiten, wobei der freie und gleichberechtigte Zugang dieser Personen gewährleistet ist;

30. Öffentlich zugängliche elektronische Kommunikationsdienste: der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehende elektronische Kommunikationsdienste;

31. Öffentliches Kommunikationsnetz: ein elektronisches Kommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend zur Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste dient;

32. Privater Fernsehveranstalter: einen privatrechtlichen Fernsehveranstalter;

33. Privater Hörfunkveranstalter: einen privatrechtlichen Hörfunkveranstalter;

34. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

35. Regionalsender: einen privaten Hörfunkveranstalter, der sich an ein regionales Publikum wendet;

36. Rundfunkdienst: einen Dienst, der aus der verschlüsselten oder unverschlüsselten Erstsendung über elektronische Kommunikationsnetze von Hörfunk- oder Fernsehsendungen oder anderen Arten von Sendungen besteht, die für die Allgemeinheit oder einen Teil davon bestimmt sind. Der Begriff schließt Sendungen ein, die auf individuellen Abruf hin verbreitet werden, ungeachtet der für diese Verbreitung angewandten Technik, einschließlich der Point-to-point-Technik, sowie die Übertragung von Sendungen zwischen Unternehmen im Hinblick auf deren Weiterverbreitung an die Allgemeinheit. Der Begriff schließt Dienste, die individualisierte und durch eine bestimmte Form der Vertraulichkeit gekennzeichnete Information liefern, nicht ein;

37. Schleichwerbung: die Erwähnung oder Darstellung von Waren, Dienstleistungen, Namen, Warenzeichen oder Tätigkeiten eines Herstellers von Waren oder eines Erbringers von Dienstleistungen in Fernsehprogrammen oder Hörfunkprogrammen, wenn sie vom Fernsehveranstalter oder Hörfunkveranstalter absichtlich zu Werbezwecken vorgesehen ist und die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zwecks dieser Erwähnung oder Darstellung irreführen kann. Eine Erwähnung oder Darstellung gilt insbesondere dann als beabsichtigt, wenn sie gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung erfolgt;

38. Sponsoring: jeden Beitrag eines nicht im Bereich der Produktion von audiovisuellen Werken tätigen öffentlichen oder privaten Unternehmens zur Finanzierung von Fernsehprogrammen beziehungsweise Hörfunkprogrammen mit dem Ziel, seinen Namen, sein Warenzeichen, sein Erscheinungsbild, seine Tätigkeit oder seine Leistung zu fördern;

39. Teleshopping: Sendungen direkter Angebote an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt;

40. Übertragungssystem: aufeinander folgende Vorgänge zur Behandlung der Audio-Signale, der Video-Signale und der damit verbundenen Daten eines Rundfunkdienstes, die dazu bestimmt sind, diesen Signalen Gestalt zu geben und sie bis zum Publikum zu befördern. Das Übertragungssystem umfasst folgende Bestandteile: Gestaltung der Programmsignale (Quellkodierung der Audio-Signale und der Video-Signale, Multiplizierung der Signale) sowie Anpassung an die Übertragungsmedien (Kanalkodierung, Modulation und gegebenenfalls Verteilung der Energie);

41. Verbraucher: jede natürliche Person, die einen öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdienst zu anderen als gewerblichen oder beruflichen Zwecken nutzt oder beantragt;

42. Verschlüsselung: die Behandlung der Audio-Signale und Video-Signale von Rundfunkdiensten mit dem Ziel, diese zu verschlüsseln und somit für jeden, der nicht über die erforderliche Zugangsberechtigung verfügt, unverständlich zu machen;

43. Werbung: jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die im Fernsehen oder Hörfunk von einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Veranstalter entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird, mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern;

44. Zugang: die ausschließliche oder nicht ausschließliche Bereitstellung von Einrichtungen oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zum Zwecke der Erbringung von elektronischen Kommunikationsdiensten. Darunter fallen unter anderem der Zugang zu Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen;

45. Zugangsberechtigungssysteme: technische Verfahren oder Vorrichtungen, welche die erlaubte Nutzung geschützter Hörfunk- und Fernsehdienste von einem Abonnement oder einer individuellen Erlaubnis abhängig machen;

46. Zugehörige Einrichtungen: die mit einem elektronischen Kommunikationsnetz und/oder einem elektronischen Kommunikationsdienst verbundenen Einrichtungen, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz und/oder diesen Dienst ermöglichen und/oder unterstützen. Dieser Begriff schließt auch Zugangsberechtigungssysteme, Anwendungs-Programmierschnittstellen und elektronische Programmführer ein;

47. Zusammenschaltung: den Zugang, der die physische und logische Verbindung öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze herstellt, um Nutzern eines Unternehmens die Kommunikation mit Nutzern desselben oder eines anderen Unternehmens oder die Inanspruchnahme von Diensten eines anderen Unternehmens zu ermöglichen; Dienste können von den beteiligten Parteien erbracht werden oder von anderen Parteien, die Zugang zum Netz haben. Die Zusammenschaltung wird zwischen Betreibern öffentlicher Netze hergestellt.

TITEL 2 — Programme

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich

Art. 3 - Unbeschadet des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft findet dieser Titel Anwendung auf Fernseh- und Hörfunkprogramme des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachstehend BRF, auf private Fernsehveranstalter, den Offenen Kanal, private Hörfunkveranstalter und Anbieter anderer Rundfunkdienste als Fernseh- und Hörfunkprogramme.

Unzulässige Sendungen

Art. 4 - Den Fernsehveranstaltern, dem Offenen Kanal, den Hörfunkveranstaltern und den Anbietern anderer Rundfunkdienste als Fernseh- und Hörfunkprogramme ist es untersagt, folgende Sendungen zu verbreiten:

1. diejenigen, die die Gesetze verletzen und solche, die die Staatssicherheit, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährden oder einen ausländischen Staat beleidigen;

2. diejenigen, die die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen ernsthaft beeinträchtigen können, insbesondere solche, die Pornografie oder grundlose Gewalttätigkeiten zeigen. Diese Bestimmung gilt auch für die anderen Programme, die die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können, es sei denn, es wird durch die Wahl der Sendezeit oder durch sonstige technische Maßnahmen dafür gesorgt, dass diese Sendungen von Minderjährigen im Sendebereich üblicherweise nicht gesehen oder gehört werden. Die Ausstrahlung dieser Programme, sofern sie in unverschlüsselter Form gesendet werden, wird zusätzlich durch akustische Zeichen angekündigt und durch optische Mittel während der gesamten Sendung kenntlich gemacht;

3. diejenigen, die zu Hass auf Grund von Rasse, Geschlecht, Religion oder Nationalität aufstacheln.

Gegendarstellung

Art. 5 - Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, finden Anwendung auf die Programme der Fernsehveranstalter, des Offenen Kanals und der Hörfunkveranstalter.

Allgemeine Bestimmung zur Werbung

Art. 6 - Unbeschadet der Artikel 15 und 19 dürfen die Programme der Fernsehveranstalter und der Hörfunkveranstalter Werbung enthalten.

Regelung der Werbung, Schleichwerbung und Teleshopping

Art. 7 - § 1 - Werbung und Teleshopping müssen als solche erkennbar sein und eindeutig von den übrigen Programmteilen getrennt sein. Die Trennung wird im Fernsehen durch optische und/oder akustische Mittel, im Hörfunk durch akustische Mittel verdeutlicht.

Einzeln gesendete Werbe- und Teleshopping-Spots müssen die Ausnahme bilden.

In der Werbung und im Teleshopping dürfen keine unterschwellig Techniken eingesetzt werden.

Schleichwerbung und entsprechende Praktiken sind im Teleshopping verboten.

§ 2 - Nachrichten, Magazine über das aktuelle Zeitgeschehen, Dokumentarfilme, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen sowie die Übertragung von Gottesdiensten dürfen nicht durch Werbung und Teleshopping-Spots unterbrochen werden.

Es ist untersagt, zehn Minuten vor Beginn und zehn Minuten nach Ende einer Kindersendung Werbung oder Teleshoppingspots auszustrahlen.

§ 3 - Werbung oder Teleshopping-Spots müssen zwischen den Sendungen eingefügt werden. Unter den in den §§ 4 und 5 genannten Voraussetzungen können Werbung und Teleshopping-Spots auch in die laufenden Sendungen eingefügt werden unter der Voraussetzung dass,

— sie den Zusammenhang und den Wert der Sendungen nicht beeinträchtigen, wobei die natürlichen Programmunterbrechungen, die Länge sowie die Art des Programms zu berücksichtigen sind und;

— sie nicht gegen die Rechte von Rechtsinhabern verstoßen.

Diese Bestimmung gilt nicht für private Hörfunkveranstalter.

§ 4 - Bei Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder bei Sportsendungen und Sendungen über ähnlich strukturierte Ereignisse und Darbietungen mit Pausen können Werbung und Teleshopping-Spots nur zwischen die eigenständigen Teile oder in die Pausen eingefügt werden.

Werden andere als die unter Absatz 1 fallenden Sendungen durch Werbung oder Teleshopping-Spots unterbrochen, so muss zwischen zwei aufeinander folgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung ein Abstand von mindestens 20 Minuten liegen.

Dieser Paragraph gilt nicht für private Hörfunkveranstalter.

§ 5 - Die Übertragung audiovisueller Werke wie Kinospielefilme und Fernsehfilme, mit Ausnahme von Serien, Sendereihen und leichten Unterhaltungssendungen, kann für jeden vollen Zeitraum von 45 Minuten einmal unterbrochen werden, insofern ihre programmierte Sendezeit mehr als 45 Minuten beträgt. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn die programmierte Sendedauer um mindestens 20 Minuten über zwei oder mehrere volle 45-Minuten-Zeiträume hinausgeht.

Dieser Paragraph gilt nicht für Hörfunkveranstalter.

Menschenrechte in der Werbung

Art. 8 - Werbung und Teleshopping dürfen die Menschenwürde nicht verletzen.

Sie dürfen keine Diskriminierungen aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Nationalität enthalten.

Sie dürfen weder religiöse noch politische Überzeugungen verletzen.

Sie dürfen keine Verhaltensweisen fördern, die die Gesundheit und die Sicherheit gefährden.

Sie dürfen keine Verhaltensweisen fördern, die den Schutz der Umwelt gefährden.

Schutz von Minderjährigen

Art. 9 - Werbung und Teleshopping, die sich an Minderjährige richten, müssen deren besondere Sensibilität berücksichtigen, dürfen deren Interessen nicht beeinträchtigen und ihnen keinen Schaden zufügen.

Sie unterliegen aus Schutzgründen folgenden Kriterien:

1. sie dürfen die Minderjährigen nicht direkt auffordern, bestimmte Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu erwerben, indem sie ihre Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzen;

2. sie dürfen die Minderjährigen nicht direkt auffordern, ihre Eltern oder Drittpersonen zum Erwerb bestimmter Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu bewegen;

3. sie dürfen nicht das besondere Vertrauen ausnutzen, dass Minderjährige zu Eltern, Lehrern und anderen Vertrauenspersonen haben;

4. sie dürfen Minderjährige nicht ohne berechtigten Grund in gefährlichen Situationen zeigen.

Teleshopping darf zudem Minderjährige nicht dazu anhalten, Kauf- oder Mietverträge für Waren oder Dienstleistungen zu schließen.

Absatz 2 Nummer 4 gilt nicht für Hörfunkveranstalter.

Sponsoring

Art. 10 - Gesponserte Programme müssen folgenden Anforderungen genügen:

1. Inhalt und Programmplatz einer gesponserten Sendung dürfen vom Sponsor auf keinen Fall in der Weise beeinflusst werden, dass die Verantwortung und die redaktionelle Unabhängigkeit des Fernsehveranstalters in Bezug auf die Sendungen angetastet werden.

2. Sie sind als Sponsorprogramme durch den Namen und/oder das Firmenemblem des Sponsors am Programmanfang und/oder Programmende eindeutig zu kennzeichnen.

3. Sie dürfen nicht zum Kauf oder zur Anmietung von Erzeugnissen oder zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Sponsors oder eines Dritten, insbesondere durch spezifische verkaufsfördernde Hinweise auf diese Erzeugnisse oder Dienstleistungen anregen.

Nachrichtensendungen und Sendungen zur politischen Information dürfen nicht gesponsert werden.

KAPITEL 2 — Fernsehen

Anwendungsbereich

Art. 11 - Dieses Kapitel findet Anwendung auf die Fernsehveranstalter.

Europäische Werke

Art. 12 - Die Fernsehveranstalter behalten mindestens 10 % der Sendezeit eines Fernsehprogramms, das nicht aus Nachrichten, Sportberichten, Spielshows oder Werbe- und Teletextleistungen sowie Teleshopping besteht, europäischen Werken vor oder alternativ 10 % ihrer Haushaltsmittel für die Programmgestaltung der Sendung europäischer Werke von Herstellern, die von den Fernsehveranstaltern unabhängig sind. Dazu muss ein angemessener Anteil neueren Werken vorbehalten bleiben; es handelt sich um Werke, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren nach ihrer Herstellung ausgestrahlt werden.

Kinospielfilme

Art. 13 - Die Fernsehveranstalter strahlen Kinospielfilme nicht zu anderen als den mit den Rechtsinhabern vereinbarten Zeiten aus.

Übertragung von Großereignissen

Art. 14 - § 1 - Die Regierung kann eine Liste der Ereignisse erstellen, die von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung sind und daher nicht auf Ausschließlichkeitsbasis in der Weise übertragen werden, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit die Möglichkeit vorenthalten wird, das Ereignis im Wege direkter oder zeitversetzter Berichterstattung in einer frei zugänglichen Sendung zu verfolgen.

Die Regierung bestimmt, ob diese Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, falls aufgrund des öffentlichen Interesses aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung verfügbar sein sollen.

§ 2 - Den Fernsehveranstaltern ist es untersagt, die erworbenen ausschließlichen Rechte in der Weise auszuüben, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft die Möglichkeit vorenthalten wird, die von diesem Mitgliedstaat bezeichneten und im Europäischen Amtsblatt veröffentlichten Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder - falls aufgrund des öffentlichen Interesses aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen - als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung in einer frei zugänglichen Fernsehsendung zu verfolgen.

Fernsehwerbung

Art. 15 - § 1 - Der Anteil an Sendezeit für Teleshopping-Spots, Werbespots und andere Formen der Werbung darf mit Ausnahme von den in § 2 angeführten Teleshopping-Fenstern 20% der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Die Sendezeit für Werbespots darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

Der Anteil für Werbespots und Teleshopping-Spots darf innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, nicht 20 % überschreiten. Dies gilt nicht für reine Teleshoppingprogramme.

Gelten nicht als Werbung im Sinne der vorhergehenden Absätze:

1. Hinweise des Fernsehveranstalters auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind;

2. Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit und kostenlose Spendenaufrufe zu Wohlfahrtszwecken.

§ 2 - Teleshopping-Fenster, die nicht von einem reinen Teleshoppingprogramm gesendet werden, müssen eine Mindestdauer von 15 Minuten ohne Unterbrechung haben.

Es sind höchstens acht solcher Fenster täglich zulässig und ihre Dauer darf drei Stunden pro Tag nicht überschreiten.

Die Fenster müssen optisch und akustisch klar als Teleshopping-Fenster gekennzeichnet sein.

KAPITEL 3 — OFFENER KANAL

Grundsätze

Art. 16 - § 1 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft richtet einen Offenen Kanal unter eigener Trägerschaft ein.

Die technische und organisatorische Durchführung des Offenen Kanals wird einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht übertragen, die allen philosophischen und ideologischen Tendenzen offen steht.

Die Satzung der Vereinigung muss der Regierung zwecks Billigung vorgelegt werden.

§ 2 - Der Offene Kanal gibt natürlichen und juristischen Personen die Möglichkeit, in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge zu verbreiten.

Zu diesem Zweck bietet der Offene Kanal produktionstechnische und organisatorische Hilfe, Beratung oder deren Vermittlung an und stellt Produktionsmittel zur Verfügung.

Darüber hinaus kann die Regierung den Offenen Kanal im Rahmen des medienpädagogischen Konzeptes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit entsprechenden Aufgaben betrauen.

Die Beiträge werden unentgeltlich erbracht und dürfen keine Werbung beinhalten. Gesponserte Beiträge sind unzulässig. Die Beiträge dürfen nicht gegen die Bestimmungen von Artikel 4 verstoßen. Name und Wohnort beziehungsweise Gesellschaftssitz des oder der verantwortlichen Personen sind am Anfang und am Ende eines Beitrages anzugeben.

§ 3 - Nutzungsberechtigt ist, wer im deutschen Sprachgebiet seinen Wohnsitz, seinen Gesellschaftssitz, seine Arbeitsstätte oder seinen Ausbildungsort hat. Die Regierung kann im Rahmen der Förderung interregionaler und internationaler Beziehungen die Nutzungsberechtigung erweitern.

Von der Nutzungsberechtigung ausgeschlossen sind Fernseh- und Hörfunkveranstalter, staatliche und kommunale Einrichtungen und Behörden sowie politische Parteien.

§ 4 - Die Regierung legt eine Nutzungsordnung fest.

Die Nutzungsordnung gewährleistet:

1. den freien und gleichberechtigten Zugang sowie die freie und gleichberechtigte Nutzung, wobei grundsätzlich die Verbreitung der Beiträge in der Reihenfolge der Beantragung erfolgt;

2. das Recht auf Gegendarstellung gemäß Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, wobei der Anspruch auf Gegendarstellung an den für den Beitrag verantwortlichen Nutzungsberechtigten zu richten ist.

§ 5 - Die in § 1 Absatz 2 genannte Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht legt der Regierung jährlich einen Tätigkeitsbericht vor.

KAPITEL 4 — HÖRFUNK

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Sendezeichen

Art. 17 - Die Programme der Hörfunkveranstalter beginnen und enden mit einem Sendezichen, das auf die Bezeichnung und den Standort des Senders hinweist sowie Auskunft über die benutzten Frequenzen gibt. Zudem wird dieses Sendezichen während der Ausstrahlung des Programms in regelmäßigen Abständen wiederholt.

Nachrichtensendungen

Art. 18 - Nachrichtensendungen müssen objektiv und sachlich sein.

Die Nachrichten müssen auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit überprüft werden.

Kommentare sind eindeutig von Nachrichten zu trennen und ihr Verfasser muss angegeben werden.

Nachrichten müssen in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen erstellt werden, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist zu werden gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten.

Abschnitt 2 — BRF

Werbung im BRF

Art. 19 - Die Hörfunkprogramme des BRF beachten folgende Grundsätze.

Der Anteil an Sendezeit für Werbespots und andere Formen der Werbung darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

Der Anteil an Sendezeit für Werbespots und andere Formen der Werbung darf innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, 20 % nicht überschreiten.

TITEL 3 — Private Fernseh- und Hörfunkveranstalter sowie Anbieter anderer Dienste

KAPITEL 1 — Private Fernsehveranstalter

Grundsatz

Art. 20 - Unbeschadet des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung private Fernsehveranstalter anerkennen. Jedes Fernsehprogramm eines privaten Fernsehveranstalters bedarf der Anerkennung.

Gültigkeit der Anerkennung, Änderungen nach der Anerkennung

Art. 21 - § 1 - Die Anerkennung gilt bis zum Ende des zwölften Kalenderjahres, das dem Jahr der Erteilung der Anerkennung folgt. Sie ist persönlich, eine Übertragung an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

Sie wird stillschweigend um weitere sechs Jahre verlängert, es sei denn, die Regierung kündigt sie im ersten Semester des letzten Gültigkeitsjahres per Einschreiben auf oder der anerkannte Veranstalter hat inzwischen per Einschreiben seinen Verzicht erklärt.

§ 2 - Der Veranstalter muss der Regierung geplante Veränderungen, die die in Artikel 23 und 24 genannten, für die Anerkennung maßgeblichen Bedingungen betreffen, vor ihrer Durchführung schriftlich anzeigen. Kann die Anerkennung auch bei Durchführung der Änderung erteilt bzw. aufrecht erhalten werden, bestätigt die Regierung die Unbedenklichkeit der Änderung. Ist dies nicht der Fall, stellt die Regierung fest, dass die Anerkennung bei Durchführung der Änderung nicht erteilt werden kann. Führt der Veranstalter eine Änderung durch, die nicht nach Satz 2 als unbedenklich bestätigt werden kann, gilt entsprechend Artikel 120.

Verbreitung, Funkfrequenznutzung

Art. 22 - Soweit die Bereitstellung eines elektronischen Kommunikationsnetzes oder -dienstes oder eine Funkfrequenznutzung beabsichtigt ist, findet Titel 4 Anwendung.

Bedingungen

Art. 23 - Kann als privater Fernsehveranstalter anerkannt werden, eine juristische Person die

1. eine Handelsgesellschaft ist;
2. eine Niederlassung in Belgien hat.

Dies trifft in folgenden Fällen zu:

a) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers und werden die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot vom Antragsteller getroffen;

b) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Fernsehveranstalter die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, und ausschließlich in Belgien ist ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

c) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Antragsteller die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen und in beiden Staaten ist gleichzeitig ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

d) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Antragsteller die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, in keinem der beiden Staaten ist ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt, der Antragsteller hat in Belgien zum einen zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß des belgischen Rechtssystems begonnen und zum anderen besteht eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft Belgiens fort;

e) die Hauptverwaltung befindet sich in Belgien, die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot werden in einem Drittland getroffen, oder der umgekehrte Fall liegt vor, und ein wesentlicher Teil des Sendepersonals ist in Belgien tätig;

f) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu und er nutzt eine von Belgien zugeteilte Frequenz;

g) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz, er nutzt jedoch eine zu Belgien gehörende Übertragungskapazität eines Satelliten;

h) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz oder Übertragungskapazität eines Satelliten, er nutzt jedoch eine Erd-Satelliten-Sendestation in Belgien;

i) auf den Antragsteller treffen a) bis h) nicht zu und in Belgien ist der Antragsteller gemäß Artikel 43ff. der konsolidierten Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft niedergelassen;

3. im deutschen Sprachgebiet ihre Hauptverwaltung hat oder im deutschen Sprachgebiet werden vom Antragsteller die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen.

Antrag auf Anerkennung

Art. 24 - Der Antrag auf Anerkennung enthält folgende Unterlagen:

1. die Rechtsform des Antragstellers,
2. die Satzung,
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung,
4. die genaue Zusammensetzung des Kapitals sowie der Verwaltungsorgane,
5. die Anschrift der Niederlassung beziehungsweise der Hauptverwaltung,
6. die Bezeichnung des Antragstellers und des Fernsehprogramms,
7. das vorgesehene Programmschema,
8. die Angaben der möglichen Dienstleistungen, die neben der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen erbracht werden,
9. die Übertragungsarten der Programme zu den Fernsehzuschauern,
10. sämtliche Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen sowie
11. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

Der Antrag wird per Einschreiben eingereicht.

Die Regierung kann zur Vervollständigung des Antrags weitere Dokumente anfordern.

Vereinbarung

Art. 25 - Gleichzeitig mit der Anerkennung eines privaten Fernsehveranstalters schließt die Regierung eine Vereinbarung mit diesem Veranstalter, welche auf Folgendes abzielt:

1. den Schutz und die Veranschaulichung der deutschen Sprache, indem unter anderem ein gewisser Anteil der Sendungen in deutscher Sprache ausgestrahlt wird;
2. die Veranschaulichung der Deutschsprachigen Gemeinschaft; dies unter anderem, indem zum Teil Sendungen und Berichte über die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgestrahlt werden.

Die weiteren Einzelheiten legt die Regierung fest.

Tätigkeitsbericht

Art. 26 - Der Veranstalter reicht jährlich einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung ein. Dieser enthält mindestens:

1. das Programmschema,
2. Angaben zur Einhaltung der Vereinbarung und
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen des Vorjahres.

KAPITEL 2 — PRIVATE HÖRFUNKVERANSTALTER

Grundsatz

Art. 27 - Unbeschadet des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung private Hörfunkveranstalter anerkennen. Jedes Hörfunkprogramm eines privaten Hörfunkveranstalters muss von der Regierung anerkannt werden.

Private Hörfunkveranstalter unterteilen sich in Regional- und Lokalsender.

Gültigkeit der Anerkennung, Änderungen nach der Anerkennung

Art. 28 - § 1 - Die Regierung kann eine provisorische Anerkennung für einen Zeitraum von höchstens zwölf Monaten erteilen. Nach Ablauf dieses Zeitraums stellt die Regierung einen Bescheid über die Umwandlung der provisorischen Anerkennung in eine endgültige Anerkennung aus, sofern der private Hörfunkveranstalter weiterhin die Bedingungen erfüllt.

Die endgültige Anerkennung ist gültig:

1. für Regionalsender bis zum Ende des zwölften Kalenderjahres, das dem Jahr der Erteilung der Anerkennung folgt;
2. für Lokalsender bis zum Ende des sechsten Kalenderjahres, das dem Jahr der Erteilung der Anerkennung folgt.

Die Anerkennung ist persönlich, eine Übertragung an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

Sie wird stillschweigend um weitere sechs Jahre verlängert, es sei denn, die Regierung kündigt die Anerkennung im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres auf oder der anerkannte Veranstalter hat inzwischen per Einschreiben seinen Verzicht erklärt.

§ 2 - Der Veranstalter hat der Regierung geplante Veränderungen, die die in Artikel 30 bis 34 genannten, für die Anerkennung maßgeblichen Bedingungen betreffen, vor ihrer Durchführung schriftlich mitzuteilen. Kann die Anerkennung auch bei Durchführung der Änderung erteilt bzw. aufrecht erhalten werden, bestätigt die Regierung die Unbedenklichkeit der Änderung. Ist dies nicht der Fall, stellt die Regierung fest, dass die Anerkennung bei Durchführung der Änderung nicht erteilt werden kann. Führt der Veranstalter eine Änderung durch, die nicht nach Satz 2 als unbedenklich bestätigt werden kann, gilt entsprechend Artikel 120.

Verbreitung, Funkfrequenznutzung

Art. 29 - Soweit die Bereitstellung eines elektronischen Kommunikationsnetzes oder -dienstes oder eine Funkfrequenznutzung beabsichtigt ist, findet Titel 4 Anwendung.

Allgemeine Bedingungen

Art. 30 - Um als Regional- oder Lokalsender anerkannt zu werden, muss der Antragsteller folgende allgemeine Bedingungen erfüllen:

1. eine juristische Person des Privatrechts sein, deren Sitz und deren Sende- und Produktionseinrichtungen sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs des Senders befinden;
2. durch seine Programmgestaltung:
 - a) sich der Information widmen, wobei der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit der Information Rechnung getragen wird;
 - b) die Unterhaltung und die Erbringung von Dienstleistungen zum Ziel haben, wobei diese Ziele einzeln oder gleichzeitig verfolgt werden können;
3. unabhängig von Arbeitgeber-, von Arbeitnehmerorganisationen oder von politischen Vereinigungen sein;
4. darauf achten, in seinen Programmen und gemäß den von der Regierung nach Artikel 35 festgelegten Bedingungen insbesondere Kultur sowie Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Nachbarregionen aufzuwerten und
5. eine Kontrolle durch Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Funktionsweise des privaten Hörfunkveranstalters vor Ort jederzeit ermöglichen.

Besondere Bedingungen (Regionalsender)

Art. 31 - Unbeschadet des Artikels 30 muss der Antragsteller, um als Regionalsender anerkannt zu werden, zusätzlich:

1. sich dem Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in den angrenzenden Regionen widmen;
2. zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vornehmen, die mindestens zu 50% aus Programmen besteht, die von den Mitarbeitern des Regionalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Musikprogramme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden und
3. Nachrichtensendungen in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen erstellen, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden.

Ein Regionalsender strahlt täglich mindestens acht Nachrichtensendungen aus, deren Dauer mindestens jeweils drei Minuten beträgt, Wetter- und Verkehrsberichte nicht inbegriffen.

Besondere Bedingungen (Lokalsender)

Art. 32 - Unbeschadet des Artikels 30 muss der Antragsteller, um als Lokalsender anerkannt zu werden, zusätzlich:

1. sich dem Geschehen im Einzugsbereich widmen und
2. zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vornehmen, die mindestens zu 25 % aus Programmen besteht, die durch die Mitarbeiter des Lokalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Musikprogramme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden. Der restliche Teil des Programms kann entweder in Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Lokalsendern produziert werden oder von Drittpersonen zugeliefert werden, jedoch nicht von einer nach diesem Dekret als Regionalsender anerkannten Person.

Vernetzung von Lokalsendern

Art. 33 - Vorbehaltlich der in Artikel 32 Nummer 2 genannten Bedingung über die Eigenproduktionen können verschiedene Lokalsender gleichzeitig dasselbe Programm ausstrahlen.

Antrag auf Anerkennung

Art. 34 - Der Antrag auf Anerkennung enthält folgende Unterlagen:

1. die Rechtsform des Antragstellers,
2. die Satzung,
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung,
4. die genaue Zusammensetzung des Kapitals sowie der Verwaltungsorgane,
5. die Angabe des geographischen Standorts der Produktionseinrichtungen,
6. die Bezeichnung des Hörfunkprogramms,
7. das vorgesehene Programmschema,
8. die Angabe des Sendezeichens,
9. die Angaben der möglichen Dienstleistungen, die neben der Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen erbracht werden,
10. die Übertragungsarten der Programme zu den Hörern,
11. im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen die Namen des oder der Berufsjournalisten oder der Personen, die unter den Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden und die zum Zeitpunkt des Antrages schriftlich für die ausgestrahlten Nachrichten verantwortlich zeichnen,

12. eine Verpflichtung, personelle Änderungen des verantwortlichen Berufsjournalisten im Sinne der Nummer 11 umgehend namentlich und schriftlich mitzuteilen und

13. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

Der Antrag wird per Einschreiben eingereicht. Für die Anerkennung als Lokalsender muss der Anerkennungsantrag von mindestens zwei diesbezüglich befugten Personen unterzeichnet sein, die den Sendebetrieb führen und deren Wohnsitz sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs befindet.

Die Regierung kann zur Vervollständigung des Antrags weitere Dokumente anfordern.

Vereinbarung

Art. 35 - Gleichzeitig mit der Anerkennung schließt die Regierung mit dem privaten Hörfunkveranstalter eine Vereinbarung, welche die Aufwertung der Kultur und der Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Nachbarregionen zum Gegenstand hat.

Die weiteren Einzelheiten legt die Regierung fest.

Tätigkeitsbericht

Art. 36 - Der Veranstalter reicht jährlich einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung ein. Dieser enthält mindestens:

1. das Programmschema,
2. Angaben zur Einhaltung der Vereinbarung und
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen des Vorjahres.

KAPITEL 3 — ANBIETER ANDERER DIENSTE

Grundsatz

Art. 37 - Jeder kann gemäß den Bedingungen aus diesem Kapitel andere Rundfunkdienste als Fernseh- und Hörfunkprogramme anbieten, insofern:

1. der Antragsteller eine juristische Person ist,
2. der Dienst den Anforderungen aus Titel 2 dieses Dekretes genügt und der Dienst unabhängig von einer politischen Partei ist.

Diese Dienste können ganz oder teilweise in Form von verschlüsselten Signalen ausgestrahlt werden. Der Empfang kann gebührenpflichtig sein.

Meldepflicht

Art. 38 - Das beabsichtigte Anbieten von anderen Diensten als Fernseh- und Hörfunkprogramme sowie dessen Änderungen und dessen Einstellung sind vor Betriebsaufnahme, Änderung oder Einstellung der Beschlusskammer per Einschreiben zu melden.

Die Meldung umfasst folgende Angaben:

1. die Rechtsform des Antragstellers,
2. die Satzung,
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung,
4. die genaue Zusammensetzung des Kapitals sowie der Verwaltungsorgane oder die entsprechenden Unterlagen,
5. die Anschrift der Niederlassung beziehungsweise der Hauptverwaltung,
6. eine ausführliche inhaltliche Beschreibung des Dienstes,
7. die Übertragungsarten des Dienstes hin zu den Nutzern,
8. die möglichen Tarife und Gebühren und
9. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

Bedingungen

Art. 39 - Um als Anbieter eines anderen Rundfunkdienstes als Fernseh- und Hörfunkprogramme anerkannt zu werden, muss eine juristische Person folgende Bedingungen erfüllen:

1. bei der juristischen Person handelt es sich um eine Handelsgesellschaft;
2. sie ist in Belgien niedergelassen.

Dies trifft in folgenden Fällen zu:

a) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers und werden die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot vom Antragsteller getroffen;

b) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Mitglied des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Fernsehveranstalter die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, und ausschließlich in Belgien ist ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

c) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Mitglied des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Antragsteller die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen und in beiden Staaten ist gleichzeitig ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

d) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Antragstellers, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden vom Antragsteller die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, in keinem der beiden Staaten ist ein wesentlicher Teil des Personals angesiedelt, die Handelsgesellschaft hat in Belgien zum einen zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß des belgischen Rechtssystems begonnen und zum anderen besteht eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft Belgiens fort;

e) die Hauptverwaltung befindet sich in Belgien, die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot werden in einem Drittland getroffen, oder der umgekehrte Fall liegt vor, und ein wesentlicher Teil des Sendepersonals ist in Belgien tätig;

f) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu und er nutzt eine von Belgien zugeteilte Frequenz;

g) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Mitglied des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz, er nutzt jedoch eine zu Belgien gehörende Übertragungskapazität eines Satelliten;

h) auf den Antragsteller treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Mitglied des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz oder Übertragungskapazität eines Satelliten, er nutzt jedoch eine Erd-Satelliten-Sendestation in Belgien;

i) auf den Antragsteller treffen a) bis h) nicht zu und in Belgien ist der Antragsteller gemäß Artikel 43ff. der konsolidierten Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft niedergelassen;

3. die Hauptverwaltung der Handelsgesellschaft befindet sich im deutschen Sprachgebiet oder im deutschen Sprachgebiet werden die inhaltlichen und redaktionellen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem angebotenen Dienst getroffen;

4. der Dienst beinhaltet ein kommerziell, bildungsmäßig, sozial oder kulturell bedeutendes Angebot.

Antrag auf Anerkennung

Art. 40 - Der Antrag auf Anerkennung enthält folgende Unterlagen:

1. die Rechtsform des Antragstellers,
2. die Satzung,
3. die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung,
4. die genaue Zusammensetzung des Kapitals sowie der Verwaltungsorgane oder die entsprechenden Unterlagen,
5. die Anschrift der Niederlassung beziehungsweise der Hauptverwaltung,
6. eine ausführliche inhaltliche Beschreibung des Dienstes
7. die Übertragungsarten des Dienstes hin zu den Nutzern,
8. die möglichen Tarife und Gebühren,
9. die Gesamtheit der Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen und
10. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

Der Antrag wird per Einschreiben eingereicht.

Die Regierung kann zur Vervollständigung des Antrags weitere Dokumente anfordern.

Tätigkeitsbericht

Art. 41 - Der Veranstalter reicht jährlich einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung ein. Dieser enthält mindestens:

1. die Tätigkeiten des Vorjahres und
2. die Bilanzen und Jahresrechnungen des Vorjahres.

TITEL 4 — Elektronische Kommunikationsnetze und -Dienste

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich

Art. 42 - Unabhängig von den in Titel 2 und 3 aufgeführten Bestimmungen und unbeschadet der Zuständigkeit anderer Behörden findet dieser Titel Anwendung auf die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste. Er dient der Sicherstellung eines chancengleichen und funktionsfähigen Wettbewerbs, der Förderung der Entwicklung des Binnenmarkts der Europäischen Union im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste und der Förderung der Interessen der Bürger.

Aussetzung von Rechten

Art. 43 - Die in diesem Titel vorgesehenen Rechte können durch die Regierung ausgesetzt werden, wenn dies aus wichtigen Gründen

1. zur Sicherheit des öffentlichen Telekommunikationsverkehrs,
2. aus internationalen Gegebenheiten notwendig ist.

Der Betreiber hat jeder gemäß Absatz 1 angeordneten Aussetzung in angemessener Frist auf seine Kosten nachzukommen.

Änderung von Rechten und Pflichten

Art. 44 - Beabsichtigt die Beschlusskammer des Medienrates, nachstehend die Beschlusskammer, die Rechte, Bedingungen und Verfahren bezüglich der Allgemeingenehmigung, der Nutzungsrechte oder der Rechte zur Installation von Einrichtungen zu ändern, so gibt sie den Beteiligten die Gelegenheit, innerhalb einer Frist, die mindestens vier Wochen beträgt, Stellung zu nehmen. Änderungen können nur in objektiv gerechtfertigten Fällen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit vorgenommen werden.

Rechte zur Installation von Einrichtungen dürfen vor Ablauf des Zeitraums, für den sie gewährt worden sind, nicht eingeschränkt oder zurückgenommen werden, außer in begründeten Fällen.

KAPITEL 2 — Bereitstellung Elektronischer Kommunikationsnetze und -Dienste

Abschnitt 1 — Allgemeingenehmigung

Grundsatz

Art. 45 - Jedes Unternehmen darf elektronische Kommunikationsnetze und -dienste gemäß den in diesem Dekret festgelegten Bedingungen bereitstellen.

Meldepflicht

Art. 46 - Die beabsichtigte Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste sowie deren Änderungen und deren Einstellung sind vor Betriebsaufnahme, Änderung oder Einstellung der Beschlusskammer und der Regierung per Einschreiben zu melden.

Die Meldung umfasst folgende Angaben:

1. Bezeichnung und Anschrift des Unternehmens und dessen Kontaktperson,
2. Unternehmensnummer,
3. Zusammensetzung des Kapitals und der Verwaltungsorgane,
4. Kurzbeschreibung des Netzes beziehungsweise des Dienstes und
5. voraussichtlicher Termin der Aufnahme, Änderung oder Einstellung der Tätigkeit.

Die Beschlusskammer führt ein Verzeichnis der Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und der Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste und veröffentlicht es.

Gemeinschaftsantennen

Art. 47 - Die Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen ist nicht meldepflichtig, insofern ausschließlich Besitzer von Empfangsgeräten diese Antennen gebrauchen, die:

1. Zimmer und Wohnungen desselben Gebäudes bewohnen;
2. Gebäudegruppen bewohnen, die aus höchstens fünfzig Gebäuden bestehen und die demselben Eigentümer gehören;
3. zusammenliegende Wohnungen bewohnen, deren Anzahl fünfzig nicht übersteigt;
4. Wohnwagen oder Stellplätze desselben Campingplatzes benutzen.

Meldeerklärung

Art. 48 - Die Beschlusskammer stellt binnen einer Woche ab Eingang der in Artikel 46 genannten Meldung eine standardisierte Meldeerklärung aus. Die Meldeerklärung dient dazu, Verfahren zur Installation von Einrichtungen, Verhandlungen über eine Zusammenschaltung sowie Anträge auf Zugang oder Zusammenschaltung zu erleichtern.

Die Meldeerklärung umfasst:

1. eine Bestätigung der Meldung;
2. die Angabe der einschlägigen Bestimmungen dieses Dekretes, nach denen das Unternehmen berechtigt ist, das Recht zur Installation von Einrichtungen, auf Verhandlungen über eine Zusammenschaltung und/oder auf Erhalt eines Zugangs oder einer Zusammenschaltung zu beantragen.

Abschnitt 2 — Nutzungsrechte für Funkfrequenzen

Funkfrequenzplan

Art. 49 - Die Regierung stellt den Funkfrequenzplan unter Berücksichtigung der entsprechenden föderalen technischen Normen auf. In Ermangelung hiervon richtet sich die Regierung nach den entsprechenden internationalen Normen. Die Regierung kann Normen unter Beachtung der besagten Normen festlegen.

Funkfrequenzzuteilung

Art. 50 - Jede Funkfrequenznutzung bedarf einer vorherigen Funkfrequenzzuteilung. Eine Funkfrequenzzuteilung ist eine Erteilung eines Nutzungsrechts für Funkfrequenzen durch die Beschlusskammer unter festgelegten Bedingungen. Die Funkfrequenzzuteilung erfolgt zweckgebunden nach Maßgabe des Frequenzplans und diskriminierungsfrei auf Grundlage objektiver Verfahren, die die Regierung festlegt.

Die Funkfrequenzzuteilung wird veröffentlicht.

Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Funkfrequenz.

Information zur Verfügbarkeit von Funkfrequenzen

Art. 51 - Die Beschlusskammer gibt den Bestand sämtlicher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügbarer beziehungsweise künftig verfügbarer Funkfrequenzen, den Zeitpunkt, zu dem sie für eine Zuteilung zur Verfügung stehen, sowie die verfügbaren Sendezeiten für jede Übertragungsart unter Festsetzung einer angemessenen Frist für die Stellung der Anträge bekannt.

Voraussetzungen

Art. 52 - Funkfrequenzen werden zugeteilt, wenn

1. der Antragsteller gemäß Titel 3 anerkannt ist,
2. die Funkfrequenzen für die vorgesehene Nutzung im Funkfrequenzplan ausgewiesen sind,
3. die Verträglichkeit mit anderen Funkfrequenznutzungen gegeben ist und
4. eine effiziente und störungsfreie Funkfrequenznutzung durch den Antragsteller sichergestellt ist.

Antrag

Art. 53 - Der Antrag auf Funkfrequenzzuteilung ist schriftlich bei der Beschlusskammer einzureichen. In dem Antrag ist folgendes zu bezeichnen:

1. das Gebiet, in dem die Funkfrequenznutzung erfolgen soll,
2. die Dienstleistung oder die Art des Netzes oder der Technologie, für die die Funkfrequenznutzungsrechte erteilt werden sollen,
3. die Angabe des geographischen Standorts der Produktions- und Sendeeinrichtungen,
4. die Marke und der Typ des Senders sowie seine Homologierungsnummer oder ein Messungsbericht entsprechend den von der zuständigen föderalen Behörde festgelegten Regeln,
5. die Marke, der Typ und die Eigenschaften der Antenne sowie die vorgesehene Höhe oberhalb der durchschnittlichen Höhe des Bodens,

6. der Typ und die Länge des Verbindungskabels zwischen Sender und Antenne und
7. die Betriebsgenehmigung für den Sendemast.

Die Beschlusskammer entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen ab Feststellung der Vollständigkeit.

Anzeigepflicht

Art. 54 - Der Beschlusskammer ist Beginn und Beendigung der Funkfrequenznutzung unverzüglich anzuzeigen. Namensänderungen und Anschriftenänderungen bedürfen der Anzeige bei der Beschlusskammer.

Übertragung von Funkfrequenznutzungsrechten

Art. 55 - Eine Änderung der Funkfrequenzzuteilung ist unverzüglich bei der Beschlusskammer unter Vorlage entsprechender Nachweise in Schriftform zu beantragen, wenn Funkfrequenznutzungsrechte übertragen werden sollen.

In diesem Fall können Funkfrequenzen bis zur Entscheidung über den Änderungsantrag weiter genutzt werden.

Dem Änderungsantrag ist zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen für eine Funkfrequenzzuteilung nach Artikel 52 vorliegen, eine Verzerrung des Wettbewerbs auf dem räumlich relevanten Markt nicht zu befürchten ist und die Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung gewährleistet ist.

Gültigkeit der Funkfrequenzzuteilung

Art. 56 - Funkfrequenzen werden befristet zugeteilt. Die Gültigkeit der Frequenzzuteilung entspricht der Gültigkeit der jeweiligen Anerkennung als privater Fernseh- oder Hörfunkveranstalter oder als Anbieter anderer Dienste als Fernseh- und Hörfunkprogramme.

Befristete Funkfrequenzzuteilung

Art. 57 - In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf, kann die Beschlusskammer Funkfrequenzen befristet zuteilen. Der mit Gründen versehene Antrag ist schriftlich bei der Beschlusskammer einzureichen. Artikel 53 gilt entsprechend.

Gemeinsame Funkfrequenznutzung

Art. 58 - Funkfrequenzen, bei denen eine effiziente Nutzung durch einen Einzelnen nicht zu erwarten ist, können auch mehreren Personen zur gemeinsamen Nutzung zugeteilt werden. Die Inhaber dieser Funkfrequenzzuteilungen haben Beeinträchtigungen hinzunehmen, die sich aus einer bestimmungsgemäßen gemeinsamen Nutzung der Funkfrequenz ergeben.

Orbitpositionen und Frequenznutzungen durch Satelliten

Art. 59 - Jede Ausübung von Orbit- und Funkfrequenznutzungsrechten der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedarf der Funkfrequenzzuteilung durch die Beschlusskammer.

Bestandteile der Funkfrequenzzuteilung

Art. 60 - In der Funkfrequenzzuteilung legt die Beschlusskammer insbesondere die Art und den Umfang der Funkfrequenznutzung fest, soweit dies zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen erforderlich ist.

Zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Funkfrequenzen kann die Funkfrequenzzuteilung mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Der Betreiber eines elektronischen Kommunikationsnetzes muss die Anweisungen des Belgischen Instituts für Post und Telekommunikation oder jeder Elektrizitätsversorgungsgesellschaft oder -dienste unverzüglich befolgen.

Widerruf der Funkfrequenzzuteilung, Verzicht

Art. 61 - § 1 - Unbeschadet des Artikels 121 kann die Beschlusskammer eine Funkfrequenzzuteilung widerrufen, wenn:

1. eine der Voraussetzungen nach Artikel 52 nicht mehr gegeben ist,
2. die öffentliche Sicherheit dies erfordert,
3. die Funkfrequenzen länger als ein Jahr nicht oder nicht mehr genutzt werden,
4. durch eine nach der Funkfrequenzzuteilung eintretende Funkfrequenzknappheit der Wettbewerb oder die Einführung neuer Techniken zur Optimierung der Funkfrequenznutzung verhindert oder unzumutbar gestört wird.

Der Widerruf ist per Einschreiben zu erklären. Die Frist bis zum Wirksamwerden des Widerrufs beträgt mindestens sechs Monate.

§ 2 - Die Funkfrequenzzuteilung erlischt durch Verzicht. Der Verzicht ist gegenüber der Beschlusskammer per Einschreiben zu erklären.

Abschnitt 3 — Wegerechte und Mitbenutzung von Einrichtungen

Grundsätze der Wegerechte

Art. 62 - Unbeschadet der Bestimmungen bezüglich der Raumordnung und des Städtebaus verfügt das angemeldete Unternehmen, um die Installation von Einrichtungen zu ermöglichen, über Wegerechte auf, über oder unter öffentlichem oder privatem Grundbesitz gemäß diesem Abschnitt.

Wegerechte

Art. 63 - § 1 - Ein Betreiber, der Kabel verlegt, um seine elektronischen Kommunikationsnetze bereitzustellen, hat das Recht, zu seinen Lasten auf oder unter den zum öffentlichen Eigentum gehörenden Plätzen, Straßen, Wegen, Pfaden, Wasserläufen und Kanälen alle Arbeiten in Verbindung mit dem Anlegen und dem Unterhalt der Kabel und der damit zusammenhängenden Einrichtungen durchzuführen zu lassen, unter der Bedingung, dass sie sich nach den Gesetzen und Erlassen mit Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Eigentums richten und dessen Verwendungszweck einhalten.

Vor Inanspruchnahme dieses Rechts müssen die Betreiber der jeweils zuständigen öffentlichen Behörde, die Eigentümerin ist, Unterlagen über den Trassenverlauf und die Einzelheiten bezüglich der Installation der Träger zur Begutachtung unterbreiten. Diese Behörde muss innerhalb von drei Monaten nach dem Datum des Versands dieser Unterlagen ein Gutachten abgeben und der betroffenen Person ihre Entscheidung mitteilen. In Ermangelung einer Antwort seitens der Behörde innerhalb dieser Frist gilt der Antrag als gutgeheißen. Im Falle einer anhaltenden Anfechtung wird durch Regierungserlass darüber entschieden.

Die zuständige Behörde hat auf jeden Fall das Recht, im Nachhinein die Bestimmungen oder den Trassenverlauf einer Installation sowie die damit verbundenen Arbeiten auf ihrem jeweiligen Eigentum abändern zu lassen. Werden die Änderungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, zwecks Erhalt einer Landschaft, im Interesse des Wegenetzes, der Wasserläufe, der Kanäle oder eines öffentlichen Dienstes oder aber als Folge einer von den Anliegern vorgenommenen Änderung an den Zufahrten zum Privateigentum entlang der benutzten Verkehrswege auferlegt, so gehen die Kosten dieser Arbeiten zulasten des Betreibers. In den anderen Fällen sind sie zu Lasten der Behörde, die die Änderungen auferlegt. Diese kann einen vorherigen Kostenanschlag verlangen und bei Uneinigkeit die Arbeiten in Eigenregie ausführen lassen.

§ 2 - Ein Betreiber, der Kabel verlegt, um seine elektronischen Kommunikationsnetze bereitzustellen, hat ebenfalls das Recht, Halterungen und Verankerungen für die Kabel und damit zusammenhängende Einrichtungen auf Mauern und Fassaden anzubringen, die entlang öffentlicher Verkehrswege stehen, und seine Kabel auf einem offenen und unbebauten Grundstück zu verlegen oder sie freihängend über Privateigentum anzubringen.

Die Arbeiten dürfen erst in Angriff genommen werden, nachdem den Eigentümern laut Katasterangaben, den Mietern und Bewohnern eine vorschriftsmäßige schriftliche Mitteilung gemacht wurde.

Die Ausführung dieser Arbeiten hat keinerlei Besitzentziehung zur Folge.

Das Anbringen von Halterungen und Verankerungen auf Mauern oder Fassaden darf den Eigentümer nicht in seinem Recht behindern, sein Eigentum abzureißen oder instand zu setzen.

Unterirdisch verlegte Kabel und die auf einem offenen und unbebauten Gelände angebrachten Halterungen müssen auf Antrag des Eigentümers entfernt werden, wenn dieser von seinem Recht Gebrauch macht, zu bauen oder sich einzufrieden. Die Kosten zum Entfernen der Vorrichtungen gehen zu Lasten des Betreibers. Der Eigentümer muss den Betreiber allerdings drei Monate vor Inangriffnahme der in den Absätzen 4 und 5 erwähnten Arbeiten per Einschreiben darüber informieren.

§ 3 - Die sich aus dem Anlegen oder Betreiben eines Kabelnetzes ergebenden Schäden gehen voll und ganz zulasten des Betreibers, der weiterhin für alle nachteiligen Folgen gegenüber Dritten verantwortlich zeichnet.

§ 4 - Der Betreiber ist dazu verpflichtet, jedem Antrag des Belgischen Instituts für Postdienste und das Fernmeldewesen, jedwelcher Stromverteilergesellschaft oder der Beschlusskammer der darauf abzielt, Störungen oder schädliche Einflüsse in der Arbeitsweise der Telefon-, Telegraf- oder Stromverteilungsanlagen zu unterbinden, unverzüglich Folge zu leisten.

Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, werden die für erforderlich erachteten Maßnahmen, einschließlich Umlagen der Kabel und der damit verbundenen Einrichtungen, von den betroffenen Diensten oder Unternehmen zu Lasten und auf Rechnung und Gefahr des Betreibers angeordnet.

§ 5 - Öffentliche Behörden oder Gebietskörperschaften, die an Betreibern elektronischer Kommunikationsnetze beziehungsweise Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste beteiligt sind oder diese kontrollieren, stellen eine tatsächliche strukturelle Trennung zwischen der Erteilung der in vorliegendem Artikel genannten Rechte und den Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Eigentum und der Kontrolle sicher.

Mitbenutzung von Einrichtungen

Art. 64 - Soweit die Ausübung des Rechts nach Artikel 62 nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich ist, besteht ein Anspruch auf Duldung der Mitbenutzung anderer Einrichtungen, wenn die Mitbenutzung wirtschaftlich zumutbar ist und keine zusätzlichen größeren Baumaßnahmen erforderlich werden. In diesem Fall hat der Mitbenutzungsberechtigte an den Mitbenutzungsverpflichteten einen angemessenen finanziellen Ausgleich zu leisten.

Falls keine Vereinbarung zwischen den Betroffenen zustande kommt, wird die Mitbenutzung nach einer öffentlichen Anhörung von angemessener Dauer durch die Beschlusskammer angeordnet, bei der alle interessierten Parteien Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten.

Die Mitbenutzungsvereinbarung wird der Beschlusskammer binnen eines Monats nach In-Kraft-Treten mitgeteilt.

KAPITEL 3 — Marktregulierung

Abschnitt 1 — Marktdefinition und -analyse

Marktdefinition

Art. 65 - Nach Verabschiedung der Empfehlung der Europäischen Kommission in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte oder deren etwaiger Aktualisierung oder wenn die tatsächlichen Marktgegebenheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dies erfordern, legt die Beschlusskammer die relevanten Dienste und räumlich relevanten Märkte, die für eine Regulierung nach diesem Kapitel in Betracht kommen, in Einklang mit den Grundsätzen des Wettbewerbsrechts fest, nachdem sie die in Artikel 103 vorgesehenen Konsultationen durchgeführt hat.

Marktanalyse

Art. 66 - Nach Festlegung der relevanten Dienste und räumlichen Märkte prüft die Beschlusskammer, ob auf dem untersuchten Markt wirksamer Wettbewerb besteht. Wirksamer Wettbewerb besteht nicht, wenn ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen. Bei der Prüfung berücksichtigt die Beschlusskammer weitgehend die von der Europäischen Kommission aufgestellten Kriterien, niedergelegt in den Leitlinien der Kommission zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht. Die Beschlusskammer arbeitet mit der föderalen Wettbewerbsbehörde zusammen.

Ein Unternehmen gilt als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, wenn es entweder allein oder gemeinsam mit anderen eine der Beherrschung gleichkommende Stellung einnimmt. Das heißt eine wirtschaftlich starke Stellung, die es ihm gestattet, sich in beträchtlichem Umfang unabhängig von Wettbewerbern, Kunden, Verbrauchern und Endnutzern zu verhalten.

Verfügt ein Unternehmen auf einem relevanten Markt über beträchtliche Marktmacht, so kann es auch auf einem benachbarten, gemäß Artikel 65 bestimmten relevanten Markt als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht angesehen werden. Dies ist der Fall, wenn die beiden Märkte so miteinander verbunden sind, dass sich die Marktmacht auch auf den benachbarten Markt übertragen lässt und die gesamte Marktmacht des Unternehmens gestärkt wird.

Im Falle länderübergreifender Märkte untersucht die Beschlusskammer die Frage, ob beträchtliche Marktmacht vorliegt, gemeinsam mit den nationalen Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten, in denen diese Märkte liegen.

Konsultationen werden gemäß Artikel 103 durchgeführt.

Abschnitt 2 — Verpflichtungen für Unternehmen

Unterabschnitt 1 — Rechtsfolgen der Marktanalyse

Grundsatz

Art. 67 - Verpflichtungen, die Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gemäß den in Artikel 89 genannten Zielen durch die Beschlusskammer auferlegt werden, müssen angemessen und gerechtfertigt sein und der Art des Problems entsprechen.

Rechtsfolgen der Marktanalyse

Art. 68 - Stellt die Beschlusskammer fest, dass kein wirksamer Wettbewerb besteht, so ermittelt sie gemäß Artikel 66 Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf diesem Markt und erlegt diesen Unternehmen geeignete Verpflichtungen auf. Bereits bestehende Verpflichtungen dieser Art können erforderlichenfalls abgeändert oder beibehalten werden.

Unter «geeignete Verpflichtungen» versteht man Verpflichtungen nach Unterabschnitt 2 des vorliegenden Abschnitts oder gegebenenfalls Verpflichtungen auf einem relevanten Endkundenmarkt nach Artikel 69.

Stellt die Beschlusskammer fest, dass wirksamer Wettbewerb besteht, erlegt sie weder eine dieser Verpflichtungen auf, noch behält sie diese bei.

Das Verfahren nach Absatz 1 und 2 führt die Beschlusskammer zusammen mit dem Konsultationsverfahren nach Artikel 103 durch.

Im Fall des Artikels 66 Absatz 4 legt die Beschlusskammer einvernehmlich mit den betroffenen nationalen Regulierungsbehörden fest, welche Verpflichtungen das oder die Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht zu erfüllen haben. Das Konsultationsverfahren nach Artikel 103 gilt entsprechend.

Regulierungsmaßnahmen in Bezug auf Dienste für Endnutzer

Art. 69 - Stellt die Beschlusskammer in einem Marktanalyseverfahren fest, dass

1. auf dem relevanten Endnutzermarkt kein wirksamer Wettbewerb herrscht und
2. spezifische Verpflichtungen nach Artikel 72 nicht zur Erreichung der in Artikel 89 genannten Ziele führen würden, erlegt sie Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht für einen Endnutzermarkt geeignete Verpflichtungen auf.

Gemäß Artikel 106 übermittelt die Beschlusskammer der Europäischen Kommission auf Anforderung Informationen über die nach Absatz 1 durchgeführten Regulierungsmaßnahmen für den Endnutzermarkt.

Unterabschnitt 2 — Zugangsregulierung

Verhandlungspflicht

Art. 70 - Jeder angemeldete Betreiber eines öffentlichen Kommunikationsnetzes ist dazu berechtigt und auf Nachfrage verpflichtet, mit anderen Betreibern öffentlicher Kommunikationsnetze, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Bedingungen erfüllen, um Kommunikationsdienste und -netze bereitzustellen zu dürfen, über die Zusammenschaltung zu verhandeln, um die Bereitstellung von Diensten zu gewährleisten.

Vertraulichkeit von Informationen

Art. 71 - Informationen, die von Unternehmen im Rahmen von Verhandlungen über Zugänge oder Zusammenschaltungen gewonnen werden, dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie bereitgestellt werden. Die Informationen dürfen nicht an Dritte, die aus solchen Informationen Wettbewerbsvorteile ziehen könnten, weitergegeben werden, insbesondere nicht an andere Abteilungen, Tochterunternehmen oder Geschäftspartner der an den Verhandlungen Beteiligten.

Verpflichtungen für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht

Art. 72 - Die Beschlusskammer kann Betreibern öffentlicher Kommunikationsnetze, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, eine oder mehrere der folgenden Verpflichtungen auferlegen:

1. Verpflichtungen zur Transparenz über den Zugang und/oder die Zusammenschaltung;
2. Gleichbehandlungsverpflichtungen über den Zugang und/oder die Zusammenschaltung;
3. Verpflichtungen, für bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit Zugangsleistungen eine getrennte Buchführung vorzunehmen;
4. Verpflichtungen, mit Unternehmen, die einen Zugang nachfragen, nach Treu und Glauben zu verhandeln;
5. Verpflichtungen über den Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und dazugehörigen Einrichtungen sowie über deren Nutzung und
6. Verpflichtungen über die Kostendeckung und die Preiskontrolle einschließlich kostenorientierter Preise.

Weist ein Betreiber nach, dass durch die Inanspruchnahme der Leistung die Aufrechterhaltung der Netzintegrität oder die Sicherheit des Netzbetriebs gefährdet würde, erlegt die Beschlusskammer die betreffende Zugangsverpflichtung nicht oder in anderer Form auf. Die Aufrechterhaltung der Netzintegrität und die Sicherheit des Netzbetriebs sind nach objektiven Maßstäben zu beurteilen.

Die aufgrund des vorliegenden Artikels auferlegten Verpflichtungen müssen der Art des aufgetretenen Problems entsprechen.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 103 gilt entsprechend. Streitigkeiten zwischen Unternehmen sowie grenzüberschreitende Streitigkeiten werden gemäß Artikel 100 beigelegt.

Weitergehende Verpflichtungen für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht

Art. 73 - Unbeschadet des Artikels 76 kann die Beschlusskammer unter außergewöhnlichen Umständen und nach Genehmigung der Europäischen Kommission Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht andere Verpflichtungen über den Zugang auferlegen.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 103 gilt entsprechend.

Verpflichtungen für Unternehmen, die die Kontrolle über den Zugang zu Endnutzern ausüben

Art. 74 - Unbeschadet der Maßnahmen gegenüber Betreibern mit beträchtlicher Marktmacht kann die Beschlusskammer Betreiber öffentlicher Kommunikationsnetze, die den Zugang zu Endnutzern kontrollieren, in begründeten Fällen dazu verpflichten, auf entsprechende Anfrage ihre Netze mit denen von Betreibern anderer öffentlicher Kommunikationsnetze zusammenzuschalten, soweit dies zur Gewährleistung des End-zu-End-Verbunds von Diensten erforderlich ist. Zu diesem Zweck kann die Beschlusskammer darüber hinaus diesen Betreibern weitere Zugangsverpflichtungen auferlegen.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 103 gilt entsprechend.

Elektronische Programmführer und Anwendungs-Programmierschnittstellen

Art. 75 - Um den Zugang der Endnutzer zu den digitalen Rundfunk- und Fernsehdiensten zu gewährleisten, die von der Regierung festgelegt worden sind, kann die Beschlusskammer die Betreiber öffentlicher Kommunikationsnetze dazu verpflichten, zu fairen, ausgewogenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen den Zugang zu Anwendungs-Programmierschnittstellen und zu elektronischen Programmführern zu gewähren.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 103 gilt entsprechend.

Kontrollübergabe

Art. 76 - Zugangsberechtigungssysteme müssen die erforderlichen technischen Möglichkeiten für eine kostengünstige Übergabe der Kontrollfunktion aufweisen, um den Netzbetreibern eine Kontrolle des Zugangs ihrer Kunden zu digitalen Fernseh- und Rundfunkdiensten anhand ihres eigenen Zugangsberechtigungssystems zu ermöglichen.

Verpflichtungen der Anbieter von Zugangsberechtigungsdiensten

Art. 77 - Anbieter von Diensten mit Zugangsberechtigungssystemen, die Zugangsdienste für das digitale Fernsehen und den digitalen Hörfunk bereitstellen und auf deren Zugangsdienste die Veranstalter angewiesen sind, bieten allen Veranstaltern auf Anfrage unter chancengleichen, angemessenen und nicht diskriminierenden Bedingungen technische Dienste an, die es zugangsberechtigten Zuschauern oder Hörern mit Hilfe von Decodern gestatten, deren digitale Dienste zu empfangen. Diese werden von den Anbietern verwaltet.

Falls der Anbieter andere Tätigkeiten ausübt, muss er eine getrennte Buchführung für die in Absatz 1 genannte Tätigkeit besitzen.

Verpflichtungen bezüglich der Lizenzvergabe

Art. 78 - Inhaber von Industrieigentumsrechten an Zugangsberechtigungssystemen und -produkten müssen Herstellern von Verbrauchergeräten unter chancengleichen, angemessenen und nicht diskriminierenden Bedingungen Lizenzen vergeben.

Die Vergabe von Lizenzen, bei der technische und handelspezifische Faktoren zu berücksichtigen sind, darf von den Rechtsinhabern nicht an Bedingungen geknüpft werden, mit denen der Einbau

1. einer gemeinsamen Schnittstelle zur Zusammenschaltung mit anderen Zugangssystemen
2. oder von Elementen eines anderen Zugangssystems, falls der Lizenznehmer die vernünftigen und angemessenen Bedingungen einhält, unter denen die Sicherheit der Transaktionen der Anbieter von Zugangsberechtigungssystemen sichergestellt ist,

in ein bestimmtes Produkt untersagt, behindert oder erschwert werden soll.

KAPITEL 4 — Zugang zu Spezifischen Inhalten und Diensten

May carry

Art. 79 - § 1 - Insofern sie gemäß dem Gesetz vom 30. Juni 1994 über die Urheberrechte und die verwandten Rechte die erforderlichen Genehmigungen von den Anspruchsberechtigten erhalten haben, dürfen die Kabelnetzbetreiber:

1. Programme der Fernsehveranstalter, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, oder von einer zuständigen belgischen Behörde genehmigt wurden, frei verbreiten,

2. die von einem Nichtmitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft genehmigten Programme der Fernsehveranstalter verbreiten, die nicht in die Zuständigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft oder eines anderen Staates, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, fallen, falls sie die Regierung im Voraus informieren. Die Regierung verfügt über eine Frist von sechzig Tagen, um sich der Weiterverbreitung eines Programms zu widersetzen, falls diese Maßnahme erforderlich ist, um die Sicherheit des Landes, die territoriale Integrität oder die öffentliche Sicherheit, die Wahrung der Ordnung und die Vorbeugung von Verbrechen, den Schutz der Gesundheit und Moral, die Wahrung des guten Rufs oder der Rechte von Dritten zu gewährleisten, um die Verbreitung von vertraulichen Informationen zu verhindern oder die Autorität und die Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt zu gewährleisten oder wenn ein Verstoß gegen Artikel 4 vorliegt.

§ 2 - Die Kabelnetzbetreiber dürfen Hörfunkprogramme verbreiten sowie andere Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme erbringen, falls sie die Regierung und die Beschlusskammer im Voraus darüber informieren.

Die Regierung verfügt über eine Frist von sechzig Tagen, um sich dem zu widersetzen, wenn diese Maßnahme erforderlich ist, um die Sicherheit des Landes, die territoriale Integrität oder die öffentliche Sicherheit, die Wahrung der Ordnung und die Vorbeugung von Verbrechen, den Schutz der Gesundheit und der Moral, die Wahrung des guten Rufs oder die Rechte von Dritten zu gewährleisten, um die Verbreitung von vertraulichen Informationen zu verhindern oder die Autorität und die Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt zu gewährleisten oder wenn ein Verstoß gegen Artikel 4 vorliegt.

Vorübergehende Aussetzung

Art. 80 - § 1 - Die Regierung kann die vorübergehende Aussetzung der Weiterverbreitung von Fernsehsendungen aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union über ein Kabelnetz anordnen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. eine Fernsehsendung verstößt in offensichtlicher und schwerwiegender Weise gegen Artikel 4 Nummer 2 erster und zweiter Satz und Nummer 3;
2. der Fernsehveranstalter hat während der vorangegangenen 12 Monate bereits mindestens zweimal gegen die in Nummer 1 genannte Vorschrift verstoßen;
3. die Regierung hat dem Fernsehveranstalter und der Europäischen Kommission schriftlich die vorgeblichen Verstöße sowie die für den Fall erneuter Verstöße beabsichtigten Maßnahmen mitgeteilt;
4. die Konsultationen mit dem Staat, aus dem die Sendung verbreitet wird, und der Europäischen Kommission haben innerhalb von 15 Tagen ab der in Nummer 3 genannten Mitteilung zu keiner gütlichen Regelung geführt und es kommt zu einem erneuten Verstoß.

Die vorübergehende Aussetzung endet, sobald die Europäische Kommission sie als mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar erklärt.

§ 2 - Die Regierung kann ein Verbot der Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen aus einem Staat anordnen, der weder Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft noch Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, wenn einer der in Artikel 79 § 1 Nummer 2 genannten Widersetzungsgründe vorliegt.

§ 3 - Die Regierung kann ein Verbot der Weiterverbreitung von Hörfunkprogrammen und der Erbringung anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme anordnen, wenn einer der in Artikel 79 § 2 genannten Widersetzungsgründe vorliegt.

Must carry

Art. 81 - § 1 - Unbeschadet des Artikels 79 müssen die Kabelnetzbetreiber, deren Netze von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von Rundfunkprogrammen genutzt werden, folgende Programme zum Zeitpunkt ihrer Ausstrahlung vollständig weiterverbreiten, um die Meinungs- und kulturelle Vielfalt zu fördern sowie um der kulturellen Besonderheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Rechnung zu tragen:

1. die Programme des BRF sowie der Handelsgesellschaften, mit denen der BRF ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen hat oder an deren Kapital er direkt oder indirekt beteiligt ist;
2. die Hörfunkprogramme der von der Regierung anerkannten Regionalsender und die von der Regierung anerkannten Fernsehprogramme;
3. die Hörfunk- und Fernsehprogramme der öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und Fernsehveranstalter der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft;
4. das Programm des Offenen Kanals.

§ 2 - Nach Konzertierung mit den Kabelnetzbetreibern, deren Netze von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von Rundfunkprogrammen genutzt werden, kann die Beschlusskammer diese dazu verpflichten, weitere Hörfunk- und Fernsehprogramme auszustrahlen sowie andere Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme anzubieten.

Die Beschlusskammer kann einen Kanal zur Nutzung zu unterschiedlichen Zeiten oder in turnusmäßigem Wechsel mehreren Programmen zuweisen.

Zusätzliche Pflichtdienste

Art. 82 - Nach Stellungnahme der Gutachtenkammer des Medienrates - nachstehend Gutachtenkammer - kann die Regierung zusätzliche Pflichtdienste festlegen, die die Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste anzubieten haben.

KAPITEL 5 — Technische Normen

Einheitlicher Verschlüsselungsalgorithmus und unverschlüsselter Empfang

Art. 83 - Alle Kundengeräte, die verkauft, vermietet oder in anderer Weise zur Verfügung gestellt werden und die verschlüsselte Digitalfernsehsignale entschlüsseln können, müssen in der Lage sein:

1. diese Signale entsprechend dem gemeinsamen europäischen Verschlüsselungsalgorithmus, für den eine anerkannte europäische Normenorganisation als Verwalter fungiert, zu entschlüsseln;
2. Signale, die unverschlüsselt übertragen worden sind, wiederzugeben, vorausgesetzt, dass der Mieter bei gemieteten Geräten die einschlägige Mietvereinbarung einhält.

Übertragungssysteme, Breitbildschirmformat

Art. 84 - Für die Fernsehdienste aller Fernsehveranstalter gilt Folgendes:

1. für Dienste im Breitbildschirmformat mit 625 Zeilen, die nicht volldigital sind, wird das 16:9-D2-MAC-Übertragungssystem oder ein 16:9-Übertragungssystem verwendet, das mit PAL oder SECAM vollkommen kompatibel ist;
2. für hochauflösende Dienste, die nicht volldigital sind, wird das HD-MAC-Übertragungssystem verwendet;
3. für volldigitale Dienste wird ein von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation genormtes Übertragungssystem verwendet.

Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze, die Breitbild-Fernsehdienste oder -programme im Breitbildschirmformat empfangen und weiterverteilen, müssen das Breitbildschirmformat beibehalten.

Interoperabilität von Fernsehgeräten

Art. 85 - § 1 - Zum Verkauf oder zur Miete angebotene Analogfernsehgeräte mit integriertem Bildschirm, dessen sichtbare Bildschirmdiagonale 42 cm überschreitet, müssen mit mindestens einer von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation angenommenen Schnittstellenbuchse ausgestattet sein, die den Anschluss von Peripheriegeräten, insbesondere von zusätzlichen Decodern und erweiterten digitalen Fernsehgeräten, ermöglicht.

§ 2 - Zum Verkauf oder zur Miete angebotene Digitalfernsehgeräte müssen

1. wenn es einen integrierten Bildschirm enthält, dessen sichtbare Diagonale 30 cm überschreitet, mit mindestens einer Schnittstellenbuchse ausgestattet sein, die von einer anerkannten europäischen Normenorganisation angenommen wurde oder einer gemeinsamen, branchenweiten, offenen Spezifikation entspricht und den Anschluss digitaler Fernsehempfangsgeräte sowie die Möglichkeit einer Zugangsberechtigung erlaubt,

2. wenn es eine Anwendungs-Programmierschnittstelle enthält, die Mindestanforderungen einer solchen Schnittstelle erfüllen, die von einer anerkannten europäischen Normenorganisation angenommen wurde oder einer gemeinsamen, branchenweiten, offenen Schnittstellenspezifikation entspricht und die Dritten unabhängig vom Übertragungsverfahren Herstellung und Betrieb eigener Anwendungen erlaubt.

TITEL 5 — Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Rechtsstellung, Organe, Sitzungen

Art. 86 - § 1 - Der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachstehend der Medienrat, besitzt die Rechtspersönlichkeit. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der Regierung bedarf.

§ 2 - Organe des Medienrates sind die Beschlusskammer und die Gutachtenkammer.

Die Regierung ernennt die Mitglieder der Beschlusskammer und der Gutachtenkammer und bezeichnet den Präsidenten.

Der Präsident vertritt den Medienrat gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Medienrates, bereitet die Entscheidungen der Beschlusskammer vor und vollzieht deren Beschlüsse.

§ 3 — Die Regierung betraut ein Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Betreuung des Medienrates.

§ 4 - Die Sitzungen der Beschlusskammer sowie der Gutachtenkammer werden nach Bedarf von dem Präsidenten einberufen. Die ordentlichen Sitzungen sind nicht öffentlich.

Amtszeit

Art. 87 - Die Amtszeit der Mitglieder des Medienrates entspricht der Dauer der Legislaturperiode des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie beginnt im Laufe der drei Monate, die dem Monat der Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgen. Nach Ablauf der Amtszeit führen die Organe des Medienrates die Geschäfte weiter, bis die entsprechenden neu gebildeten Organe zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Das Mandat ist erneuerbar.

Tätigkeitsbericht

Art. 88 - Der Medienrat gibt jährlich einen Tätigkeitsbericht ab, den er bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einreicht.

KAPITEL 2 — BESCHLUSSKAMMER

Abschnitt 1 — Organisation

Ziele

Art. 89 - Die Beschlusskammer hat die Aufgabe, durch die Durchführung der in diesem Dekret aufgezählten Maßnahmen die folgenden Ziele zu erreichen:

1. die Wahrung der Nutzerinteressen, insbesondere Nutzer mit einer Behinderung;
2. die Sicherstellung eines chancengleichen und funktionsfähigen Wettbewerbs, unter anderem durch die Förderung effizienter Infrastrukturinvestitionen und Innovationen und die Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen;
3. die Entwicklung des Binnenmarktes der Europäischen Union zu fördern und
4. die Förderung der Meinungs-, sprachlichen und kulturellen Vielfalt.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben trägt die Beschlusskammer weitestgehend den relevanten Empfehlungen der Europäischen Kommission Rechnung. Mit Gründen versehenen Abweichungen teilt sie der Europäischen Kommission mit. Artikel 103 bleibt unberührt.

Zusammensetzung, Eid

Art. 90 - Die Beschlusskammer besteht aus drei Mitgliedern einschließlich des Präsidenten des Medienrates. Ein stellvertretender Präsident wird von der Regierung aus der Mitte der Beschlusskammer ernannt.

Die Mitglieder der Beschlusskammer legen den im Dekret vom 20. Juli 1831 über den Eid auf die Einsetzung der repräsentativen konstitutionellen Monarchie vorgesehenen Eid ab.

Persönliche Voraussetzungen, Unvereinbarkeiten

Art. 91 - Die Mitglieder der Beschlusskammer müssen Kenntnisse in den Gebieten Medienwissenschaften, -recht, -wirtschaft oder -technik haben oder Sachverständige im Bereich der elektronischen Kommunikationen sein. Sie müssen im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte und volljährig sein.

Der Beschlusskammer dürfen nicht angehören:

1. Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Regional- oder Gemeinschaftsparlaments, des Europäischen Parlaments, eines Provinzialrates, eines Gemeinderates, der Föderalregierung, einer Regierung einer Region oder Gemeinschaft, eines Provinzkollegiums oder eines ministeriellen Kabinetts;
2. ein Provinzialgouverneur, Bezirkskommissar oder Bürgermeister;
3. Mitglieder der Gutachtenkammer, mit Ausnahme des Präsidenten;
4. jede Person, deren Interessen mit einem Unternehmen verbunden sind, das elektronische Kommunikationsnetze, -geräte oder -dienste bereitstellen, oder für solche Unternehmen mittelbar oder unmittelbar, entgeltlich oder unentgeltlich Dienste erbringt oder Funktionen ausübt.

Ausscheidungsgründe

Art. 92 - Ein Mitglied scheidet aus folgenden Gründen aus der Beschlusskammer aus:

1. es fehlt unentschuldigt bei mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr;
2. es wird gemäß Artikel 93 von der Regierung abberufen.

Scheidet ein Mitglied der Beschlusskammer vorzeitig aus, so ist nach den für die Ernennung geltenden Vorschriften ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit zu ernennen.

Abberufung

Art. 93 - Erfüllt ein Mitglied der Beschlusskammer die Bedingungen nach Artikel 91 nicht mehr oder verstößt es gegen Artikel 108, so ruft die Regierung es ab.

Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Art. 94 - § 1 - Die Beschlusskammer kooperiert:

1. mit der in Artikel 66 Absatz 1 genannten Wettbewerbsbehörde,
2. mit den Regulierungsbehörden anderer Wirtschaftssektoren,
3. mit der Europäischen Kommission, insbesondere gemäß Artikel 106,
4. mit einer anderen Regulierungsbehörde Belgiens oder eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere gemäß Artikel 107 und
5. mit den mit dem Verbraucherschutz beauftragten Behörden.

Insbesondere tauscht die Beschlusskammer Informationen mit den anderen Regulierungsbehörden und Wettbewerbsbehörden aus. Artikel 108 bleibt hiervon unberührt.

§ 2 - Insofern es zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderlich ist, kann der Medienrat Verträge und Zusammenarbeitsabkommen mit anderen belgischen oder ausländischen Behörden abschließen.

Zur Vorbereitung ihrer Entscheidung oder zur Begutachtung von Fragen der Regulierung kann die Beschlusskammer Fachberater einsetzen.

Beschwerde gegen Beschlüsse der Beschlusskammer

Art. 95 - Jeder Interessehabender kann gegen Beschlüsse der Beschlusskammer beim Staatsrat Einspruch erheben.

Aufsicht

Art. 96 - Die Mitglieder der Beschlusskammer sind an Weisungen nicht gebunden. Allerdings kann die Regierung die Beschlusskammer auf Maßnahmen oder Unterlassungen hinweisen, die dieses Dekret oder die Gesetze im Allgemeinen verletzen.

Die Regierung kann mit einem begründeten Erlass die Ausführung bestimmter, durch Erlass festgelegter gesetzeswidriger Beschlüsse der Beschlusskammer, die gegen das Gesetz verstoßen, aussetzen. Den Aussetzungserlass verabschiedet die Regierung binnen dreißig Kalendertagen nach Empfang des Beschlusses. Die Regierung setzt die Beschlusskammer unverzüglich in Kenntnis davon. Die Beschlusskammer muss den ausgesetzten Beschluss binnen fünfzehn Kalendertagen nach der Verabschiedung des Aussetzungserlasses entsprechend abändern.

Auf Aufforderung der Regierung hat die Beschlusskammer die zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und entsprechende Unterlagen vorzulegen.

Abschnitt 2 - Aufgaben

Grundsatz

Art. 97 - Die Beschlusskammer nimmt die in diesem Dekret festgelegten Aufgaben wahr.

Beschlüsse

Art. 98 - Die Beschlusskammer handelt als Kollegium und trifft einvernehmlich Verwaltungsentscheidungen. Im Eilfall kann der Präsident dringende Maßnahmen treffen und unaufschiebbare Geschäfte anstelle der Beschlusskammer besorgen. Über diese Maßnahmen unterrichtet er die Beschlusskammer unverzüglich. Letztere muss die Maßnahmen billigen.

Außergerichtliche Streitbeilegung

Art. 99 - Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte können Streitfälle, an denen Verbraucher beteiligt sind und die Fragen über eine vorgebliche Verletzung der Artikel 69 und 81 betreffen, der Beschlusskammer vorgelegt werden. Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze und -dienste bereitstellen, sind dazu verpflichtet, an einem solchen Verfahren teilzunehmen und alle zur Beurteilung der Sachlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie erforderliche Unterlagen vorzulegen.

Die Beschlusskammer hat eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen oder den Parteien ihre Ansicht zum Fall mitzuteilen. Dabei hält die Beschlusskammer sich an die Empfehlung 98/257/EG betreffend die Grundsätze für Einrichtungen, die für die außergerichtliche Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten zuständig sind.

Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen

Art. 100 - § 1 - Ergeben sich zwischen Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze oder -dienste bereitstellen, Streitigkeiten im Zusammenhang mit den in Titel 4 enthaltenen Verpflichtungen, so trifft die Beschlusskammer auf Antrag einer Partei eine verbindliche begründete Entscheidung. Diese Entscheidung ist - außer in Ausnahmefällen - binnen vier Monaten zu treffen. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bleibt unberührt.

Die Entscheidung der Beschlusskammer ist auf die Verwirklichung der in Artikel 89 genannten Ziele ausgerichtet. Unbeschadet des Artikels 108 wird sie gemäß Artikel 105 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

§ 2 - Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte kann bei Streitigkeiten zwischen Parteien verschiedener Mitgliedstaaten, die die Anwendung von Titel 4 betreffen und in die Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von mindestens zwei Mitgliedstaaten fallen, jede Partei die zuständigen Behörden anrufen. Die Behörden koordinieren ihre Maßnahmen, um die Streitigkeit beizulegen.

Mitteilungspflicht gegenüber der Europäischen Kommission

Art. 101 - Die Beschlusskammer meldet der Kommission die Namen der Unternehmen, von denen im Sinne dieses Dekretes angenommen wird, dass sie über beträchtliche Marktmacht verfügen, sowie die Verpflichtungen, die ihnen nach diesem Dekret auferlegt wurden.

Etwaige Änderungen der den Unternehmen auferlegten Verpflichtungen oder der von diesem Dekret betroffenen Unternehmen sind der Europäischen Kommission unverzüglich mitzuteilen.

Auskunftsverlangen

Art. 102 - Unbeschadet anderer Berichts- und Informationspflichten sind die Betreiber von öffentlich zugänglichen Kommunikationsnetzen, die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste sowie die Inhaber von Nutzungsrechten an Frequenzen dazu verpflichtet, im Rahmen der Rechte und Pflichten aus diesem Dekret der Beschlusskammer auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, die für die Durchführung des Dekretes und der relevanten internationalen Vorschriften erforderlich sind. Dies sind insbesondere die notwendigen Auskünfte, um

1. Informationspflichten gegenüber der Europäischen Kommission und anderen internationalen Gremien erfüllen zu können;
2. die Erfüllung der Bedingungen und Verpflichtungen aus diesem Dekret und die Anträge auf Erteilung von Funkfrequenznutzungsrechten überprüfen zu können;
3. eine Marktanalyse durchführen zu können und
4. angemessene Maßnahmen gemäß Artikel 121 treffen zu können.

Konsultationsverfahren

Art. 103 - § 1 - Die Beschlusskammer gibt den interessierten Parteien innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf von gemäß diesem Dekret getroffenen Maßnahmen, die beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt haben werden. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden von der Beschlusskammer veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 108. Die Beschlusskammer richtet zu diesem Zweck eine einheitliche Informationsstelle ein, bei der eine Liste aller laufenden Anhörungen geführt wird.

§ 2 - Darüber hinaus teilt die Beschlusskammer der Europäischen Kommission sowie den nationalen Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten den Entwurf von gemäß diesem Dekret getroffenen Maßnahmen mit, insofern Letztere Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten haben. Die Europäische Kommission und die nationalen Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten können nur innerhalb eines Monats oder vor Ablauf einer nach §1 bestimmten längeren Frist Stellung nehmen.

Die Beschlusskammer hat den Stellungnahmen der Europäischen Kommission und der Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten weitgehend Rechnung zu tragen. Den sich daraus ergebenden Entwurf übermittelt sie der Europäischen Kommission.

Beinhaltet ein Entwurf die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen unterscheidet, die in der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) veröffentlicht, in ihrer jeweils geltenden Fassung definiert sind, oder die Festlegung, inwieweit ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen und erklärt die Europäische Kommission innerhalb der Frist nach Absatz 1 Satz 2, der Entwurf würde ein Hemmnis für den Binnenmarkt schaffen, oder sie habe ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht und insbesondere den Zielen des Artikels 8 der Rahmenrichtlinie, schiebt die Beschlusskammer den Beschluss über den Maßnahmenentwurf um weitere zwei Monate auf. Beschließt die Europäische Kommission innerhalb dieses Zeitraums, die Beschlusskammer aufzufordern, den Entwurf zurückzuziehen, so ist die Beschlusskammer an diesen Beschluss gebunden. Will die Beschlusskammer den Änderungsvorschlägen der Europäischen Kommission folgen, ändert sie den Entwurf im Einklang mit der Entscheidung der Europäischen Kommission ab und übermittelt diesen der Kommission.

Ist die Beschlusskammer bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände der Ansicht, dass dringend - ohne Einhaltung des Verfahrens gemäß §1 und den Absätzen 1 bis 3 - gehandelt werden muss, um den Wettbewerb zu gewährleisten und die Nutzerinteressen zu schützen, so kann sie umgehend angemessene vorläufige Maßnahmen erlassen. Sie teilt diese der Europäischen Kommission und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden unverzüglich mit einer vollständigen Begründung mit. Ein Beschluss der Beschlusskammer, diese Maßnahmen dauerhaft zu machen oder ihre Geltungsdauer zu verlängern, unterliegt den Bestimmungen des § 1 und der Absätze 1 bis 3.

Anhörung Betroffener

Art. 104 - Bei allen Fragen, die mit Endnutzer- und Verbraucherrechten bei öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdiensten zusammenhängen, berücksichtigt die Beschlusskammer die Ansichten von Endnutzern und Verbrauchern, soweit dies angemessen ist, insbesondere wenn diese Fragen beträchtliche Auswirkungen auf den Markt haben.

Veröffentlichung von Informationen

Art. 105 - Unbeschadet des Artikels 108 veröffentlicht die Beschlusskammer im Internet Informationen über Rechte, Bedingungen, Verfahren, Verwaltungsabgaben und Entscheidungen im Zusammenhang mit Allgemeingenehmigungen, Nutzungsrechten und Marktregulierung. Sie sorgt für die ständige Aktualisierung der Informationen. Sind die Informationen bei weiteren belgischen Stellen beziehungsweise Regulierungsbehörden erhältlich, so sorgt die Beschlusskammer für einen benutzerfreundlichen Überblick über die Gesamtheit dieser Informationen.

Die Beschlusskammer übermittelt der Europäischen Kommission eine Kopie aller veröffentlichten Informationen in Bezug auf Marktregulierung.

Informationspflicht gegenüber der Europäischen Kommission

Art. 106 - Unbeschadet des Artikels 108 stellt die Beschlusskammer auf begründeten Antrag der Europäischen Kommission die erforderlichen Informationen zur Verfügung, damit die Kommission ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Handelt es sich um Informationen, die von Betreibern elektronischer Kommunikationsnetze und Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste bereitgestellt worden sind, teilt die Beschlusskammer dies den Betroffenen mit.

Informationspflicht gegenüber einer anderen Behörde Belgiens oder eines anderen Mitgliedstaates der EU

Art. 107 - Unbeschadet des Artikels 108 übermittelt die Beschlusskammer auf begründeten Antrag einer anderen belgischen Behörde oder einer Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft Informationen, die die genannte Behörde benötigt, um ihren Verpflichtungen nach Gemeinschaftsrecht nachkommen zu können.

Behandlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen

Art. 108 - Die Beschlusskammer muss Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihr bekannt geworden sind, vertraulich behandeln.

Aufwendungen

Art. 109 - Die Mitglieder der Beschlusskammer erhalten Ersatz von Reisekosten und ein angemessenes Sitzungsgeld, das die Regierung festsetzt.

Finanzierung

Art. 110 - Die Einnahmen der Beschlusskammer umfassen:

1. sämtliche Einnahmen in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Beschlusskammer,
2. zufällige Einkommen,
3. Schenkungen und Legate.

Zur Deckung der administrativen Kosten kann die Beschlusskammer Verwaltungsabgaben zu Lasten der Unternehmen, die ein Netz oder einen Dienst bereitstellen oder denen ein Nutzungsrecht gewährt wurde, festlegen. Die weiteren Einzelheiten legt die Regierung fest.

Abschnitt 3 — Gutachtenkammer

Zusammensetzung

Art. 111 - § 1 - Bei der Zusammensetzung der Gutachtenkammer findet das Dekret vom 3. Mai 2004 zur Förderung der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien Anwendung.

Folgende Mitglieder gehören der Gruppe der Medienanbieter an:

1. ein Mitglied auf Vorschlag des Verwaltungsrates des BRF,
2. ein Mitglied auf Vorschlag der anerkannten privaten Fernsehveranstalter,
3. ein Mitglied auf Vorschlag der anerkannten Lokalsender,
4. ein Mitglied pro anerkanntem Regionalsender, auf Vorschlag des jeweiligen Senders,
5. ein Mitglied auf Vorschlag der angemeldeten Kabelnetzbetreiber,
6. ein Mitglied auf Vorschlag der mit der technischen und organisatorischen Durchführung des Offenen Kanals beauftragten Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht und
7. ein Mitglied auf Vorschlag der in Anwendung des Dekretes vom 7. Februar 1994 über die Hilfe für die Tagespresse anerkannten Presseeinheiten.

Folgende Mitglieder gehören der Gruppe der Mediennutzer an:

1. ein Mitglied auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen,
2. ein Mitglied auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitgeberorganisationen oder der Organisationen des Mittelstands,
3. ein Mitglied auf Vorschlag der auf dem deutschen Sprachgebiet ansässigen Verbraucherschutzorganisationen,
4. ein Mitglied auf Vorschlag des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung,
5. ein Mitglied auf Vorschlag des Rates der Deutschsprachigen Jugend und
6. ein Mitglied auf Vorschlag des Rates für Senioren und Seniorinnen.

Der Präsident des Medienrates ist von Rechts wegen Präsident der Gutachtenkammer.

§ 2 - Für jedes Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

§ 3 - Die im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mandatare können für die Liste, auf der sie kandidiert haben, eine Vertreterin oder einen Vertreter mit beratender Stimme sowie eine Ersatzvertreterin oder einen Ersatzvertreter in die Gutachtenkammer entsenden.

§ 4 - Schlägt einer der Vorschlagsberechtigten keine Kandidaten vor, so dass die Schaffung der Gutachtenkammer nicht gemäß §§ 1 und 2 durchgeführt werden kann, ist die Bezeichnung der übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gutachtenkammer und dessen Zusammensetzung dennoch als ordnungsgemäß zu betrachten.

Die vakant gebliebenen Mandate können auch nach der Einsetzung der Gutachtenkammer entsprechend dem in den §§ 1 und 2 festgelegten Verfahren besetzt werden.

Persönliche Voraussetzungen, Unvereinbarkeiten

Art. 112 - Mitglied der Gutachtenkammer kann nur sein, wer folgende persönliche Voraussetzungen aufweist:

1. im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte sein;
2. volljährig sein.

Die Mitgliedschaft ist nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Abgeordnetenversammlung, im Senat, in einem Regional- oder Gemeinschaftsparlament, im Europäischen Parlament, im Provinzialrat, im Gemeinderat, in der Föderalregierung, in der Regierung einer Region oder Gemeinschaft, im Provinzkollegium oder in einem ministeriellen Kabinett; zudem darf ein Mitglied der Gutachtenkammer nicht Provinzgouverneur, Bezirkskommissar oder Bürgermeister sein.

Ausscheidungsgründe

Art. 113 - Ein Mitglied scheidet aus folgenden Gründen aus der Gutachtenkammer aus:

1. es weist eine der in Artikel 112 Absatz 1 genannten persönlichen Voraussetzungen nicht mehr auf oder es liegt eine der in Artikel 112 Absatz 2 genannten Unvereinbarkeiten vor;
2. es fehlt unentschuldig bei mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr;
3. das in Artikel 111 §1 genannte vorschlagende Organ entzieht das Mandat.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitgliedes. Die Regierung bezeichnet ein neues Ersatzmitglied.

Aufgaben

Art. 114 - § 1 - Die Gutachtenkammer hat folgende Aufgaben:

1. die Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens bei Entscheidungen der Regierung:
 - a) bezüglich des Antrags auf Anerkennung eines privaten Fernsehveranstalters nach Artikel 20;
 - b) bezüglich des Antrags auf Anerkennung eines privaten Hörfunkveranstalters nach Artikel 27;
 - c) bezüglich des Antrags auf Anerkennung eines Anbieters anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme nach Artikel 37;
 - d) bezüglich der Erstellung der in Artikel 14 genannten Liste von Großereignissen;
 - e) bezüglich der in Artikel 79 § 1 Nummer 2 genannten Widersetzung der Verbreitung eines Fernsehprogramms;
 - f) bezüglich der in Artikel 79 § 2 genannten Widersetzung der Verbreitung von Hörfunkprogrammen oder der Erbringung anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme;
 - g) bezüglich des in Artikel 80 § 2 genannten Verbots der Verbreitung von Hörfunkprogrammen oder der Erbringung anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme;
 - h) vor der Festlegung der in Artikel 16 § 4 Absatz 1 genannten Nutzungsordnung;
2. die Abgabe eines Gutachtens vor der Anwendung einer der in Artikel 120 genannten Ordnungsstrafen. Die Gutachtenkammer gibt ein solches Gutachten ab:
 - a) aus eigener Initiative, wenn sie Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und der Ausführungsbestimmungen feststellt;
 - b) auf Anfrage der Regierung;
 - c) auf Anfrage einer natürlichen oder juristischen Person, die auf Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und der Ausführungsbestimmungen hinweist.

Das Gutachten enthält einen begründeten Vorschlag zur möglichen Anwendung einer der in Artikel 120 genannten Ordnungsstrafen.

3. die Ausarbeitung von Modellentwürfen deontologischer Regelwerke im Rundfunkbereich, unter anderem was den Schutz der Minderjährigen und die Werbung betrifft. Diese Modellentwürfe werden den verschiedenen Medienanbietern übermittelt;

4. die Abgabe von Gutachten:

- a) über den Inhalt der Programme sowie die allgemeinen Programmgestaltung des BRF, die dem Verwaltungsrat des BRF übermittelt werden, dies in Anwendung des Gesetzes vom 16. Juli 1973 zur Gewährleistung des Schutzes der ideologischen und philosophischen Tendenzen;
 - b) über andere Themen im Medienbereich, die die Regierung der Gutachtenkammer unterbreitet, insofern diese Themen nicht in die Zuständigkeit der Beschlusskammer fallen;
5. das Bearbeiten von Beschwerden, Anregungen und Vorschlägen, die den Rundfunk in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen und die der Gutachtenkammer von einer natürlichen oder juristischen Person unterbreitet worden sind, insofern diese Themen nicht in die Zuständigkeit der Beschlusskammer fallen.

Neben seiner Gutachterfunktion kann die Gutachtenkammer dabei als Vermittler bei Interessenkonflikten zwischen Medienanbietern und Mediennutzern fungieren;

6. pro Amtszeit die Abfassung eines Berichts über die Rundfunklandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der unter anderem die Ausgewogenheit der Programme und die Wahrung der Meinungsvielfalt bezüglich der Programme, die von den privaten Fernsehveranstaltern und den privaten Hörfunkveranstaltern ausgestrahlt werden sowie die Einflüsse auf die Rundfunklandschaft behandelt.

§ 2 - Die in § 1 Nummer 1 genannten Gutachten werden innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Beantragung abgegeben, andernfalls gelten sie als abgegeben.

Stimmenabgabe

Art. 115 - Ein Gutachten wird mit Stimmenmehrheit verabschiedet. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten ausschlaggebend.

Liegt innerhalb der Gruppe der Medienanbieter oder der Mediennutzer weder eine Stimmenmehrheit noch eine Stimmengleichheit vor, ist diese Gruppe befugt, ein Minderheitengutachten abzugeben.

Aufwendungen

Art. 116 - § 1 - Die Funktionskosten der Gutachtenkammer gehen zu Lasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Den Mitgliedern der Gutachtenkammer wird eine Anwesenheitsentschädigung und eine Kilometergeldentschädigung gewährt.

Die Regierung legt die Modalitäten der Gewährung dieser Entschädigungen fest.

TITEL 6 — Kinoanbieter

Bezuschussung von Kinoanbietern und Förderung von Projekten der Kinoanbieter

Art. 117 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert die Durchführung der in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projekte der Kinoanbieter, indem sie im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 17.500 EUR gewährt.

Um diesen Zuschuss zu erhalten, müssen die Kinoanbieter folgende Bedingungen erfüllen:

1. jährlich veranstaltet jeder Kinoanbieter mindestens 200 Filmvorführungen im üblichen 35mm Kinoformat;
2. die verschiedenen Kinoanbieter legen ein Abkommen vor, das die Zusammenarbeit insbesondere zwecks jährlicher Durchführung von Filmforen und Filmtagen sowie den Einsatz von mindestens 4 Förderkopien pro Jahr regelt.

Der in Absatz 1 angeführte Zuschuss wird zu gleichen Teilen an die beteiligten Kinoanbieter nach Vorlage der Ausgabenbelege für die Kosten ausgezahlt, die im Rahmen der Durchführung des in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projektes entstanden sind.

Erhöhungen

Art. 118 - Der in Artikel 117 genannte Zuschuss wird um höchstens 20% erhöht, wenn die Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Filmtheater des Kinoanbieters befindet, sich im Rahmen eines Abkommens mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Finanzierung der Infrastruktur-, der Funktions- oder der Personalkosten beteiligt, die dem Kinoanbieter im Zusammenhang mit dem Betrieb des Filmtheaters entstehen.

Koeffizient

Art. 119 - Die Regierung kann die in Artikel 117 und 118 festgelegten Zuschussbeträge zwecks Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

TITEL 7 — Sanktionen

Abschnitt 1 — Ordnungsstrafen

Sanktion der Bestimmungen von Titel 2 und 3

Art. 120 - Bei Verletzung der Bestimmungen der Titel 2 und 3 dieses Dekretes und dessen Ausführungsbestimmungen sowie bei Verletzung der rundfunkrechtlichen Gesetze kann die Regierung anerkannten privaten Fernsehveranstaltern, privaten Hörfunkveranstaltern und Anbietern anderer Dienste als Fernseh- und Hörfunkprogramme nach Gutachten der Gutachtenkammer folgende Sanktionen auferlegen:

1. eine Abmahnung;
2. die Veröffentlichung einer Anzeige in der Presse;
3. nach Anhörung die vorübergehende Aussetzung, die Verkürzung oder den Widerruf der Anerkennung;
4. nach Anhörung die Zahlung einer Ordnungsstrafe von 2.500 bis zu 25.000 EUR.

Bei Widerruf der Anerkennung beträgt die Frist bis zum Wirksamwerden des Widerrufs mindestens sechs Monate.

Sanktion der Bestimmungen von Kapitel 2 und 3 des Titels 4

Art. 121 - § 1 - Stellt die Beschlusskammer fest, dass den nach Kapitel 2 und 3 des Titels 4 auferlegten Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, gibt sie dem betreffenden Unternehmen Gelegenheit, Stellung zu nehmen oder etwaige Mängel

1. innerhalb eines Monats nach der Mitteilung oder
2. innerhalb einer kürzeren, mit dem Unternehmen vereinbarten oder bei wiederholter Zuwiderhandlungen von der Beschlusskammer festgelegten Frist oder
3. innerhalb einer längeren, von der Beschlusskammer festgelegten Frist zu beheben.

Behebt das Unternehmen die Mängel nicht innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist, so trifft die Beschlusskammer angemessene Maßnahmen, damit die Anforderungen erfüllt werden. Die begründete Entscheidung wird dem Unternehmen binnen einer Woche mitgeteilt. Dabei wird dem Unternehmen eine angemessene Frist gesetzt, damit es den Maßnahmen entsprechen kann.

Unter angemessene Maßnahmen nach Absatz 2 versteht man:

1. eine Abmahnung;
2. die Veröffentlichung einer Anzeige in der Presse;
3. die Beschlagnahme der Einrichtungen oder
4. die Zahlung einer Ordnungsstrafe von 2.500 bis zu 25.000 EUR.

§ 2 - Bei schwerer und wiederholter Nichterfüllung der nach Kapitel 2 und 3 des Titels 4 auferlegten Verpflichtungen kann die Beschlusskammer verbieten, weiterhin elektronische Kommunikationsnetze oder -dienste bereitzustellen oder die Frequenznutzungsrechte aussetzen oder aberkennen, sofern die angemessenen Maßnahmen nach §1 erfolglos geblieben sind. Bei unmittelbarer und erster Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit kann die Beschlusskammer einstweilige Sofortmaßnahmen treffen.

§ 3 - Unbeschadet des §1 kann die Beschlusskammer die Zahlung einer Ordnungsstrafe von 2.500 bis zu 25.000 EUR anordnen, wenn ein Unternehmen seinen Verpflichtungen nach Artikel 102 nicht binnen der von der Beschlusskammer festgesetzten Frist nachkommt.

Beauftragter Beamte

Art. 122 - Die Regierung bezeichnet einen Beamten, der mit der Eintreibung der fälligen Strafe und mit der Beschlagnahme beauftragt ist. Er ist befugt, einen Vollstreckungstitel zu erstellen, der innerhalb von acht Tagen nach der Zustellung an den Schuldner der Strafe rechtskräftig wird. Der Gerichtsvollzieher nimmt die Vollstreckung gemäß den im Gerichtsgesetzbuch vorgesehenen Formen vor.

Abschnitt 2 — Strafmaßnahmen

Ausstrahlung ohne Anerkennung

Art. 123 - Wer wissentlich Fernseh- oder Hörfunkprogramme ausstrahlt, ohne im Besitz der erforderlichen Anerkennung zu sein oder wessen Anerkennung ausgesetzt oder entzogen wurde, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 100.000 EUR bestraft.

Widerrechtliche Werbung

Art. 124 - Wer Werbung, Teleshopping oder gesponserte Programme ausstrahlt, die gegen Artikel 6 bis 10, 15 und 19 verstoßen, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 100.000 EUR bestraft.

Zugangskontrollierte Dienste

Art. 125 - Wer Geräte, Geräteteile oder Computerprogramme herstellt beziehungsweise entwirft, einführt, verkauft, vermietet, verteilt, installiert, wartet, austauscht, sie für gewerbliche Zwecke besitzt oder ihre Verbreitung in irgendeiner Weise fördert, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 100.000 EUR bestraft, wenn dies mit dem Ziel geschieht:

1. den Zugang zu einem Rundfunkdienst zu ermöglichen, der ausschließlich über ein Zugangsberechtigungssystem angeboten wird,
2. auf betrügerischer Weise Rundfunkprogramme zu empfangen, die über ein Kabelnetz ausgestrahlt werden.

Wer die in Absatz 1 genannten Geräte, Geräteteile oder Computerprogramme kauft, mietet oder besitzt mit der in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Zielsetzung, wird ebenfalls mit einer Geldstrafe von 100 bis 100.000 EUR bestraft.

Unzulässige Programme

Art. 126 - Wer Fernseh- oder Hörfunkprogramme ausstrahlt, die gegen Artikel 4 verstoßen, wird mit einer Geldstrafe von 500 bis 500.000 EUR bestraft.

Schlussbestimmung

Art. 127 - Die Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85 sind anwendbar auf die in Artikel 123 bis 126 genannten Delikte.

TITEL 8 — Schlussbestimmungen

Europaklausel

Art. 128 - Dieses Dekret dient der Umsetzung folgender Richtlinien, soweit diese in die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen:

1. Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität, abgeändert durch die Richtlinie 97/36/EG;
2. Richtlinie 98/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 1998 über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten;
3. Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie);
4. Richtlinie 2002/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Genehmigungsrichtlinie);
5. Richtlinie 2002/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (Zugangsrichtlinie);
6. Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie).

Übergangsbestimmungen

Art. 129 - Genehmigungen, die auf der Grundlage des bisher geltenden Rechts erteilt worden sind, bleiben für den ursprünglich vorgesehenen Zeitraum wirksam, ohne dass es zu einer stillschweigenden Verlängerung kommt. Bei provisorischen Genehmigungen, die privaten Hörfunkveranstaltern auf der Grundlage des bisher geltenden Rechts erteilt wurden, gelten die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets zu den Frequenznutzungsrechten ab dem Zeitpunkt, ab dem die für provisorische Genehmigungen vorgesehene Zeitspanne abgelaufen ist.

Verwaltungsverfahren, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekrets anhängig sind, werden auf der Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets zu Ende geführt.

Bisher nicht meldepflichtige elektronische Kommunikationsnetze oder -dienste, die auf der Grundlage des vorliegenden Dekrets nunmehr meldepflichtig sind, müssen nach In-Kraft-Treten des Dekrets unverzüglich gemäß Artikel 46 angemeldet werden.

Aufhebungsbestimmung

Art. 130 - Unbeschadet des Artikels 129 wird das Mediendekret vom 26. April 1999, abgeändert durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, das Dekret vom 17. April 2001, das Programmdekret vom 7. Januar 2002, das Programmdekret vom 3. Februar 2003, das Dekret vom 3. Mai 2004 und das Programmdekret vom 21. März 2005 aufgehoben.

Der Erlass der Regierung vom 7. September 2000 zur Ausführung des Mediendekretes bleibt in Kraft, sofern er nicht gegen dieses Dekret verstößt.

Ermächtigung

Art. 131 - § 1 - Die Regierung kann vor dem 31. März 2006 Bestimmungen aus diesem Dekret aufheben, ergänzen, abändern oder ersetzen, um alle erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der sich aus europäischen Richtlinien ergebenden Verpflichtungen zu treffen.

§ 2 - Der in §1 genannte Erlassentwurf ist dem Gutachten der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates unterworfen.

Dieses Gutachten wird gleichzeitig mit dem Bericht an die Regierung und dem entsprechenden Erlass veröffentlicht.

§ 3 - Wird der in §1 genannte Erlass der Regierung nicht binnen fünfzehn Monaten nach seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt durch das Parlament bestätigt, so gilt er als aufgehoben.

In-Kraft-Treten

Art. 132 - Dieses Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 27. Juni 2005

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—————
Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2004-2005:*

Dokumente des Parlamentes: 35 (2004-2005) Nr. 1 Dekretentwurf

35 (2004-2005) Nr. 2 Abänderungsvorschläge + Erratum

35 (2004-2005) Nr. 3 vom Ausschuss II für Kultur angenommener Text

35 (2004-2005) Nr. 4 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

35 (2004-2005) Nr. 5 Bericht

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 27. Juni 2005

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 2201

[C - 2005/33072]

27 JUIN 2005. — Décret sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Champ d'application

Article 1^{er}. Ce décret s'applique à la radiodiffusion, à la fourniture de réseaux et services appropriés à la radiodiffusion et de ressources associées ressortissant à la compétence de la Communauté germanophone, ainsi qu'aux représentations cinématographiques données en Région de langue allemande.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent décret, on entend par :

1° autorisation générale : le cadre juridique qui, conformément au présent décret, garantit le droit de fournir des réseaux ou des services de communications électroniques et qui fixe les obligations propres au secteur pouvant s'appliquer à tous les types de réseaux et de services de communications électroniques, ou à certains d'entre eux;

2° interface de programme d'application : l'interface logicielle entre des applications, fournie par les radiodiffuseurs ou prestataires de service, et les ressources de l'équipement de télévision numérique avancée prévues pour les services de télévision et de radio numérique;

3° fourniture d'un réseau de communications électroniques : la mise en place, l'exploitation, la surveillance ou la mise à disposition d'un tel réseau;

4° chambre décisionnelle : l'organe du Conseil des Médias de la Communauté germanophone mentionné à l'article 86, § 2;

5° opérateur : une entreprise qui fournit ou est autorisée à fournir un réseau de communications public ou une ressource associée;

6° format large : format d'image télévisée dont le rapport entre la longueur et la largeur est égal à 16:9;

7° services de communications électroniques : les services fournis normalement contre rémunération qui consistent entièrement ou principalement en la transmission de signaux sur des réseaux de communications électroniques, à l'exclusion des services consistant à fournir des contenus à l'aide de réseaux et de services de communications électroniques ou à exercer sur eux un contrôle rédactionnel;

8° réseaux de communications électroniques : les systèmes de transmission et, le cas échéant, les équipements de commutation ou de routage et les autres ressources qui permettent l'acheminement de signaux par câble, par voie hertzienne, par moyen optique ou par d'autres moyens électromagnétiques, comprenant les réseaux satellitaires, les réseaux terrestres fixes et mobiles, les systèmes utilisant le réseau électrique, pour autant qu'ils servent à la transmission de signaux, les réseaux utilisés pour la radiodiffusion sonore et télévisuelle et les réseaux câblés de télévision;

9° guide électronique de programmes : un logiciel à l'aide duquel l'offre de programmes de radiodiffusion pouvant être reçue est compilée et qui permet l'utilisation de cette offre;

10° utilisateur final : un utilisateur qui ne fournit pas de réseaux de communications publics ou de services de communications électroniques accessibles au public;

11° équipement de télévision numérique avancée : tout décodeur destiné à être raccordé à un poste de télévision ou tout poste de télévision numérique à décodeur intégré destiné à la réception de services de télévision numérique interactive;

12° œuvres européennes : les œuvres originaires d'Etats membres, les œuvres originaires d'Etats tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontalière du Conseil de l'Europe, ainsi que les œuvres originaires d'autres Etats tiers européens, si ces Etats ne pratiquent aucune discrimination à l'égard des œuvres originaires des Etats membres de l'Union.

Sont considérées comme œuvres originaires d'Etats membres ou originaires d'Etats tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontalière du Conseil de l'Europe les œuvres qui sont réalisées essentiellement avec le concours d'un ou de plusieurs auteurs et de travailleurs résidant dans ces Etats et qui répondent à l'une des trois conditions suivantes :

a) elles ont été réalisées par un ou des producteur(s) établi(s) dans un ou plusieurs de ces Etats;

b) la production de ces œuvres est supervisée et effectivement contrôlée par un ou plusieurs producteur(s) établi(s) dans un ou plusieurs de ces Etats;

c) la contribution des coproducteurs de ces Etats est majoritaire dans le coût total de la production, et la coproduction n'est pas contrôlée par un ou plusieurs producteur(s) établi(s) en dehors de ces Etats.

Sont considérées comme œuvres originaires d'autres Etats tiers européens les œuvres qui sont réalisées soit exclusivement, soit en coproduction avec des producteurs établis dans un ou plusieurs Etats membres par des producteurs établis dans un ou plusieurs Etats tiers européens avec lesquels la Communauté européenne a conclu des accords si ces œuvres sont réalisées essentiellement avec le concours d'auteurs ou de travailleurs résidant dans un ou plusieurs Etats européens.

Les œuvres qui ne sont pas des œuvres européennes au sens du premier alinéa, mais qui sont produites dans le cadre d'accords bilatéraux de coproduction conclus entre des Etats membres et des Etats tiers sont considérées comme des œuvres européennes à condition que les coproducteurs communautaires participent majoritairement au coût total de la production et que la production ne soit pas contrôlée par un ou plusieurs producteurs établis en dehors du territoire des Etats membres.

Les œuvres qui ne sont pas des œuvres européennes au sens des alinéas 1^{er} et 4, mais qui sont réalisées essentiellement avec le concours d'auteurs et de travailleurs résidant dans un ou plusieurs Etats membres sont considérées comme œuvres européennes au prorata de la part des coproducteurs de la Communauté européenne dans le coût total de la production.

Par Etats membres, l'on entend les Etats membres de la Communauté européenne et les autres Etats signataires de l'Accord sur l'Espace économique européen;

13° programme télévisé : l'ensemble des émissions diffusées sous une dénomination commune par un organisme de radiodiffusion télévisuelle;

14° radiodiffusion télévisuelle : émission primaire, avec ou sans fil, terrestre ou par satellite, codée ou non de programmes télévisés destinés au public. Est visée aussi la communication de programmes à d'autres organismes en vue d'une rediffusion à l'intention du public;

15° organisme de radiodiffusion télévisuelle : personne morale qui a la responsabilité éditoriale de programmes télévisés et les transmet ou les fait transmettre;

16° cinéforum : la projection annuelle d'au moins huit films de haute valeur artistique, accessibles aux jeunes et reconnus comme étant de qualité par au moins un organisme d'évaluation d'un des Etats membres de l'Union européenne;

17° journées du cinéma : la projection d'au moins quatre films relatifs à un même thème en une semaine;

18° copie de promotion : copie d'un film projeté au plus tard deux semaines après son lancement national en Belgique ou en République fédérale d'Allemagne financée par un exploitant de cinéma.

19° chambre consultative : l'organe du Conseil des Médias de la Communauté germanophone mentionné à l'article 86, § 2;

20° programme sonore : l'ensemble des émissions diffusées sous une dénomination commune par un organisme de radiodiffusion sonore;

21° organisme de radiodiffusion sonore : personne morale qui a la responsabilité éditoriale de programmes sonores et les transmet ou les fait transmettre;

22° réseau câblé : réseau de communications électroniques permettant de transmettre par câble à des tiers en tout ou partie des signaux porteurs de programmes, codés ou non;

23° exploitants de cinéma : les personnes physiques ou morales qui, en région de langue allemande, exploitent une salle de spectacles cinématographiques où elles projettent des films contre rémunération;

24° transcontrôle : le procédé permettant de changer le système d'accès conditionnel sans toucher au signal embrouillé d'un service de radiodiffusion;

25° marchés transnationaux : les marchés définis par la Commission européenne et qui couvrent la Communauté ou une partie importante de celle-ci;

26° radio locale : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé qui s'adresse à un public limité dans l'espace;

27° Conseil des Médias : le Conseil des Médias de la Communauté germanophone mentionné à l'article 86;

28° utilisateur : une personne physique ou morale qui utilise ou demande un service de communications électroniques accessible au public;

29° chaîne ouverte : programme télévisé mis au point par des personnes physiques ou morales, en ce qu'elles transmettent - sous leur propre responsabilité - des contributions télévisuelles d'une durée limitée, ces personnes ayant la garantie d'un accès libre et équitable;

30° services de communications électroniques accessibles au public : les services de communications électroniques accessibles au grand public;

31° réseau de communications public : un réseau de communications électroniques utilisé entièrement ou principalement pour la fourniture de services de communications électroniques accessibles au public;

32° organisme privé de radiodiffusion télévisuelle : organisme de radiodiffusion télévisuelle de droit privé;

33° organisme privé de radiodiffusion sonore : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé;

34° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

35° radio régionale : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé qui s'adresse à un public régional;

36° service de radiodiffusion : service consistant en l'émission primaire, codée ou non, via des réseaux de communications électroniques, de programmes sonores, télévisés ou autres destinés au public en général ou à une partie de celui-ci. La notion inclut les programmes qui sont diffusés sur appel individuel, indépendamment de la technique utilisée pour cette diffusion, en ce compris le « point-to-point », ainsi que la transmission d'émissions entre entreprises en vue de leur retransmission au public. La notion n'inclut pas les services qui fournissent une information individualisée et caractérisée par une certaine forme de confidentialité;

37° publicité clandestine : présentation verbale ou visuelle de marchandises, de services, du nom, de la marque ou des activités d'un producteur de marchandises ou d'un prestataire de services dans des programmes télévisés ou sonores, lorsque cette présentation est faite de façon intentionnelle par l'organisme de radiodiffusion télévisuelle ou l'organisme de radiodiffusion sonore dans un but publicitaire et risque d'induire le public en erreur sur la nature de cette présentation. Une présentation verbale ou visuelle est considérée intentionnelle, notamment lorsqu'elle est faite contre rémunération ou paiement similaire;

38° parrainage : toute contribution d'une entreprise publique ou privée n'exerçant pas d'activités de production d'oeuvres audiovisuelles, au financement de programmes télévisés ou sonores, dans le but de promouvoir son nom, sa marque, son image, ses activités ou ses réalisations;

39° télé-achat : les émissions qui, contre paiement, proposent directement au public des biens et services, y compris des biens immeubles, des droits et des obligations;

40° système de transmission : la chaîne des opérations de traitement des signaux audio, vidéo et de données associées d'un service de radiodiffusion, destinées à mettre en forme et à transporter ces signaux jusqu'au public. Cette chaîne comporte les éléments suivants : formation des signaux de programmes (codage de source des signaux audio et vidéo, multiplexage des signaux) et adaptation aux moyens de transmission (codage de canal, modulation et, s'il y a lieu, dispersion de l'énergie);

41° consommateur : toute personne physique qui utilise ou demande un service de communications électroniques accessible au public à des fins autres que professionnelles;

42° embrouillage : la chaîne des opérations de traitement des signaux audio et vidéo de services de radiodiffusion destinée à les coder et à les rendre ainsi inintelligibles à toute personne ne disposant pas des titres d'accès requis;

43° publicité : toute forme de message diffusé à la radio ou à la télévision contre rémunération ou paiement similaire, ou encore à des fins d'autopromotion par un organisme de droit public ou privé dans le cadre d'une activité commerciale, industrielle, artisanale ou de profession libérale dans le but de promouvoir la fourniture, contre paiement, de biens ou de services, y compris les biens immeubles, les droits et les obligations;

44° accès : la mise à la disposition d'une autre entreprise, dans des conditions bien définies et de manière exclusive ou non exclusive, de ressources et/ou de services en vue de la fourniture de services de communications électroniques. Il s'agit entre autres de l'accès aux éléments de réseau et aux ressources associées;

45° système d'accès conditionnel : toute mesure et/ou disposition techniques subordonnant l'accès sous une forme intelligible à un service protégé de radio ou de télévision à un abonnement ou à une autre forme d'autorisation individuelle préalable;

46° ressources associées : les ressources associées à un réseau de communications électroniques et/ou à un service de communications électroniques, qui permettent et/ou soutiennent la fourniture de services via ce réseau et/ou ce service; elles comprennent les systèmes d'accès conditionnel, l'interface de programme d'application et les guides électroniques de programmes;

47° interconnexion : la liaison physique et logique des réseaux de communications publics afin de permettre aux utilisateurs d'une entreprise de communiquer avec les utilisateurs de la même entreprise ou d'une autre, ou bien d'accéder aux services fournis par une autre entreprise. Les services peuvent être fournis par les parties concernées ou par d'autres parties qui ont accès au réseau. L'interconnexion est mise en œuvre entre opérateurs de réseaux publics.

Titre 2. — Programmes

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Champ d'application

Art. 3. Sans préjudice du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, ce titre est applicable aux programmes sonores et télévisés du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, ci-après dénommé BRF, aux organismes privés de radiodiffusion télévisuelle, à la chaîne ouverte, aux organismes privés de radiodiffusion sonore et aux fournisseurs d'autres services que des programmes télévisés et sonores.

Emissions interdites

Art. 4. Il est interdit aux organismes de radiodiffusion télévisuelle, à la chaîne ouverte, aux organismes de radiodiffusion sonore et aux fournisseurs d'autres services que des programmes télévisés et sonores de diffuser les émissions suivantes :

1° celles qui sont contraires aux lois, menacent la sécurité de l'Etat, l'ordre public ou les bonnes moeurs ou constituent une offense à l'égard d'un Etat étranger;

2° celles qui sont susceptibles de nuire gravement à l'épanouissement physique, mental ou moral de mineurs, notamment celles qui comprennent des scènes de pornographie ou de violence gratuite. Cette disposition s'étend également aux autres programmes susceptibles de nuire gravement à l'épanouissement physique, mental ou moral de mineurs, sauf s'il est assuré par le choix de l'heure de l'émission ou par toutes mesures techniques que les mineurs se trouvant dans le champ de diffusion ne voient pas ou n'écoutent pas normalement ces émissions. La diffusion de ces programmes, dans la mesure où ceux-ci sont transmis en clair, est de plus annoncée par un signal acoustique et rendue reconnaissable tout au long de la diffusion par des moyens optiques;

3° celles qui incitent à la haine pour des raisons de race, de sexe, de religion ou de nationalité.

Droit de réponse

Art. 5. Les chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, insérés par la loi du 4 mars 1977, s'appliquent aux programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle, de la chaîne ouverte et des organismes de radiodiffusion sonore.

Disposition générale relative à la publicité

Art. 6. Sans préjudice des articles 15 et 19, les programmes des organismes de radiodiffusion sonore et des organismes de radiodiffusion télévisuelle peuvent comporter de la publicité.

Réglementation relative à la publicité, à la publicité clandestine et au télé-achat

Art. 7. § 1^{er}. - La publicité et le télé-achat doivent être identifiables comme tels et être nettement distincts du reste du programme. La distinction s'opère grâce à des moyens optiques en radiodiffusion télévisuelle et acoustiques en radiodiffusion sonore.

Les spots publicitaires et les spots de télé-achat isolés doivent être exceptionnels.

La publicité et le télé-achat ne peuvent utiliser aucune technique subliminale.

La publicité clandestine et des pratiques similaires dans des émissions de télé-achat sont interdites.

§ 2. - Les informations, les magazines d'actualité, les films documentaires, les émissions religieuses et les émissions pour enfants ainsi que la diffusion d'offices religieux ne peuvent être interrompus par la publicité et des spots de télé-achat.

Il est interdit de diffuser de la publicité ou des spots de télé-achat dix minutes avant le début et dix minutes après la fin d'une émission pour enfants.

§ 3. - La publicité et les spots de télé-achat doivent être insérés entre les émissions. Sous réserve des conditions fixées aux paragraphes 4 et 5, la publicité et les spots de télé-achat peuvent aussi être diffusés au cours des émissions, à condition de

— ne porter atteinte ni à l'intégrité ni à la valeur des émissions, en tenant compte des interruptions naturelles du programme ainsi que de sa durée et de sa nature;

— de ne pas porter préjudice aux droits des ayants droit.

Cette disposition ne s'applique pas aux organismes privés de radiodiffusion sonore.

§ 4. - Lors d'émissions composées d'entités autonomes ou lors d'émissions sportives et d'émissions relatant des événements de structure similaire et des spectacles avec pauses, la publicité et les spots de télé-achat ne peuvent être insérés qu'entre les entités autonomes ou durant les pauses.

Lorsque les émissions autres que celles couvertes par le premier alinéa sont interrompues par la publicité ou des spots de télé-achat, une période d'au moins 20 minutes devrait s'écouler entre deux interruptions successives à l'intérieur des émissions.

Ce paragraphe ne s'applique pas aux organismes privés de radiodiffusion sonore.

§ 5. - La transmission d'œuvres audiovisuelles telles que les longs métrages cinématographiques et téléfilms, à l'exclusion des séries, des feuilletons et des émissions de divertissement, peut être interrompue une fois par tranche complète de 45 minutes, pour autant que leur durée de programmation soit supérieure à 45 minutes. Une autre interruption est admise, si la durée de programmation est supérieure d'au moins 20 minutes à deux ou plusieurs tranches complètes de 45 minutes.

Ce paragraphe ne s'applique pas aux organismes privés de radiodiffusion sonore.

Droits de l'homme dans la publicité

Art. 8. La publicité et le télé-achat ne peuvent porter atteinte à la dignité humaine.

Ils ne peuvent contenir aucune discrimination quant à la race, au sexe ou à la nationalité.

Ils ne peuvent blesser des convictions religieuses ou politiques.

Ils ne peuvent encourager aucun comportement susceptible de nuire à la santé et à la sécurité.

Ils ne peuvent encourager aucun comportement susceptible de nuire à la protection de l'environnement.

Protection des mineurs

Art. 9. La publicité et le télé-achat qui s'adressent aux mineurs d'âge doivent tenir compte de leur sensibilité particulière, ne peuvent porter préjudice à leurs intérêts ni leur nuire.

Ils sont soumis, pour des raisons de protection, aux critères suivants :

1° ils n'inciteront pas les mineurs de manière directe à acquérir certains produits ou services en profitant de leur inexpérience et de leur naïveté;

2° ils n'inciteront pas les mineurs de manière directe à pousser leurs parents ou une tierce personne à acquérir certains produits et services;

3° ils ne mettront pas à profit la confiance particulière que témoignent les mineurs envers des parents, des enseignants ou d'autres personnes de confiance;

4° ils ne présenteront pas, sans raison fondée, des mineurs dans des situations dangereuses.

Le télé-achat ne peut de plus inciter des mineurs à conclure des contrats d'achat ou de location pour des biens et des services.

L'alinéa 2, 4°, ne s'applique pas aux organismes de radiodiffusion sonore.

Parrainage

Art. 10. Les programmes parrainés doivent satisfaire aux exigences suivantes :

1° le contenu et le créneau horaire d'une émission parrainée ne peuvent, en aucun cas, être influencés par le parrain de manière à porter atteinte à la responsabilité et à l'indépendance éditoriale de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle quant aux émissions;

2° ils sont clairement identifiés en tant que tels au moyen du nom et/ou de la marque de fabrique du parrain au début et/ou à la fin du programme;

3° ils ne peuvent inciter à acheter ou à louer des produits ou à recourir à des services du parrain ou d'une tierce personne, en particulier en faisant des références promotionnelles spécifiques à ces produits ou services.

Les émissions d'information et les émissions d'information politique ne peuvent être parrainées.

CHAPITRE 2. — Radiodiffusion télévisuelle

Champ d'application

Art. 11. Ce chapitre s'applique aux organismes de radiodiffusion télévisuelle.

Œuvres européennes

Art. 12. Les organismes de radiodiffusion télévisuelle réservent aux œuvres européennes au moins 10% du temps d'antenne des programmes télévisés autorisés, à l'exclusion du temps consacré aux actualités, à des manifestations sportives, à des jeux, à la publicité ou aux services de télétexte ainsi qu'au télé-achat, ou alors consacrent 10% de leur budget de programmation à des œuvres européennes émanant de producteurs indépendants d'organismes de radiodiffusion télévisuelle. Une proportion adéquate doit être réservée à des œuvres récentes, c'est-à-dire des œuvres diffusées dans les cinq ans suivant leur production.

Œuvres cinématographiques

Art. 13. Les organismes de radiodiffusion télévisuelle ne procèdent à aucune diffusion d'œuvres cinématographiques en dehors des délais convenus avec les détenteurs de droit.

Diffusion d'événements d'une importance majeure

Art. 14. § 1^{er}. - Le Gouvernement peut établir une liste reprenant les événements d'une importance majeure pour la société qui, de ce fait, ne peuvent pas faire l'objet d'un exercice de droits d'exclusivité empêchant une part importante du public de suivre l'événement en direct ou en différé dans le cadre d'une émission accessible à tous.

Le Gouvernement détermine si ces événements doivent être transmis intégralement ou partiellement en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, intégralement ou partiellement en différé.

§ 2. - Il est interdit aux organismes de radiodiffusion télévisuelle d'exercer des droits d'exclusivité de telle manière qu'ils priveraient une partie importante du public d'un autre Etat membre de la Communauté européenne de suivre, sur une télévision à accès libre, que ce soit en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, en différé, intégralement ou partiellement des événements désignés par cet Etat et publiés dans le Journal officiel des Communautés européennes.

Publicité télévisée

Art. 15. § 1^{er}. - Le temps de transmission consacré aux spots de télé-achat, aux spots publicitaires ou aux autres formes de publicité, à l'exclusion des écrans réservés aux émissions de télé-achat visés au § 2, ne peut dépasser 20% de la durée journalière d'émission. Le temps de transmission consacré aux spots de publicité ne peut dépasser 15% de la durée journalière d'émission.

Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ou aux spots de télé-achat ne peut dépasser 20% en une heure, à partir d'une heure complète. Ceci ne vaut pas pour les programmes consacrés exclusivement au télé-achat.

Ne sont pas considérés comme publicité au sens des alinéas précédents :

1° les références de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle à ses propres programmes et produits connexes directement dérivés de ces programmes;

2° les messages de service public ou les appels en faveur d'œuvres de bienfaisance diffusés gratuitement.

§ 2. - Les fenêtres réservées aux émissions de télé-achat qui ne sont pas diffusées par un programme consacré exclusivement à du télé-achat doivent avoir une durée minimale de 15 minutes sans interruption.

Le nombre maximal de fenêtres réservées aux émissions de télé-achat pouvant être diffusé est fixé à huit par jour; leur durée totale ne peut dépasser trois heures par jour.

Les fenêtres réservées aux émissions de télé-achat doivent être clairement signalées comme telles grâce à des moyens optiques et acoustiques.

CHAPITRE 3. — Chaîne ouverte

Principes

Art. 16. § 1^{er}. - La Communauté germanophone crée une chaîne ouverte dont elle est le pouvoir organisateur.

La mise en œuvre technique et organisationnelle de la chaîne ouverte est confiée à une association sans but lucratif ouverte à toutes tendances philosophiques ou idéologiques.

Les statuts de l'association doivent être soumis à l'approbation du Gouvernement.

§ 2. - La chaîne ouverte offre aux personnes physiques ou morales la faculté de diffuser, sous leur propre responsabilité, des participations télévisuelles dont la durée est limitée.

A cette fin, la chaîne ouverte apporte ou fait apporter une aide au niveau des techniques de production et de l'organisation, prodigue ou fait prodiguer des conseils et met à disposition des moyens de production.

De plus, le Gouvernement peut confier à la chaîne ouverte des missions dans le cadre du concept "pédagogie à l'aide des médias" élaboré par la Communauté germanophone.

Les participations ne sont pas rémunérées et ne peuvent contenir de publicité. Les participations parrainées sont interdites. Les participations ne peuvent enfreindre les dispositions de l'article 4. Le nom et le domicile ou le siège social ou des responsable(s) doivent être mentionnés au début et à la fin d'une participation.

§ 3. - Peut jouir de cette faculté quiconque a son domicile, son siège social, son lieu de travail ou son lieu de formation en région de langue allemande. Le Gouvernement peut étendre ce droit en vue de promouvoir les relations interrégionales et internationales.

Les organismes de radiodiffusion télévisuelle et sonore, les institutions et autorités étatiques et communales ainsi que les partis politiques ne jouissent pas de ce droit.

§ 4. - Le Gouvernement établit un règlement d'utilisation.

Le règlement d'utilisation garantit :

1° un accès et une utilisation libres et équitables, la diffusion des participations suivant en principe l'ordre des demandes;

2° le droit de réponse en vertu des chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, insérés par la loi du 4 mars 1977, la demande de réponse devant être adressée à l'utilisateur responsable de la contribution.

§ 5. - Chaque année, l'association sans but lucratif visée au § 1^{er}, alinéa 2, soumet un rapport d'activités au Gouvernement.

CHAPITRE 4. — Radiodiffusion sonore

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Indicatif

Art. 17. La diffusion des programmes des organismes de radiodiffusion sonore est précédée et suivie d'un indicatif permettant d'identifier la radio et de connaître la localisation de l'émetteur et les fréquences utilisées. Cet indicatif est, de plus, répété à intervalles réguliers pendant la diffusion même du programme.

Emissions d'information

Art. 18. Les émissions d'information doivent être objectives et pertinentes.

Les informations doivent être contrôlées quant à leur fond, leur source et leur véracité.

Les commentaires doivent être nettement distincts des informations et le nom de leur auteur doit être mentionné.

Les émissions d'information doivent être conçues en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Section 2. — BRF

Publicité au BRF

Art. 19. Les programmes sonores du BRF respectent les principes suivants.

Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ou aux autres formes de publicité ne peut dépasser 15% de la durée journalière d'émission.

Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ou aux autres formes de publicité ne peut dépasser 20% en une heure, à partir d'une heure complète.

TITRE 3. — Organismes privés de radiodiffusion télévisuelle et sonore et fournisseurs d'autres services

CHAPITRE 1^{er}. — Organismes privés de radiodiffusion télévisuelle

Principe

Art. 20. Sans préjudice du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut agréer des organismes de radiodiffusion télévisuelle. Tout programme télévisé d'un organisme privé de radiodiffusion télévisuelle nécessite une agrégation.

Validité de l'agrégation, modifications après l'agrégation

Art. 21. § 1^{er}. - L'agrégation est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit son octroi. Elle est personnelle et ne peut être cédée à des tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

Elle est prorogée tacitement pour six ans, sauf si le Gouvernement la résilie par recommandé au cours du premier semestre de la dernière année de validité ou si l'organisme agréé a entre-temps déclaré par recommandé qu'il y renonçait.

§ 2. - Avant de réaliser toute modification qu'il envisage apporter aux conditions déterminantes pour l'agrégation, telles qu'énumérées aux articles 23 et 24, l'organisme doit en informer par écrit le Gouvernement. Dans la mesure où l'agrégation peut aussi être accordée ou maintenue à l'organisme lorsqu'intervient la modification, le Gouvernement confirme que la modification ne présente aucun inconvénient. Si ce n'est pas le cas, le Gouvernement constate que l'agrégation ne peut être octroyée si la modification intervient. Si l'organisme réalise une modification dont on ne peut confirmer en vertu de la deuxième phrase qu'elle ne présente aucun inconvénient, l'article 120 s'applique mutatis mutandis.

Diffusion, utilisation de radiofréquences

Art. 22. Le titre 4 est d'application dès que la fourniture d'un réseau ou service de communications électroniques ou l'utilisation de radiofréquences est envisagée.

Conditions

Art. 23. Peut être agréée comme organisme privé de radiodiffusion télévisuelle toute personne morale qui

1° est constituée en société commerciale;

2° est implantée en Belgique.

C'est le cas lorsque :

a) le demandeur a son siège social en Belgique et les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises en Belgique par le demandeur;

b) le demandeur a son siège social en Belgique, les décisions de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, et seule une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

c) le siège social se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère simultanément dans les deux Etats;

d) le siège social du demandeur se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle n'opère dans aucun de ces Etats et d'une part le demandeur a commencé l'activité de diffusion selon le système juridique belge et d'autre part un lien durable et réel avec l'économie belge continue d'exister;

e) le siège social se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises dans un pays tiers, ou vice-versa, et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

f) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci utilise une fréquence assignée par la Belgique;

g) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un autre Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, mais utilise la capacité de transmission d'un satellite appartenant à la Belgique;

h) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ni la capacité de transmission d'un satellite, mais utilise une station de diffusion « terre-satellite » en Belgique;

i) les points a) à h) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci est implanté en Belgique conformément aux articles 43 et suivants de la version coordonnée du Traité instituant la Communauté européenne;

3° a son siège social en région de langue allemande ou les décisions éditoriales relatives à la programmation y sont prises par le demandeur.

Demande d'agrément

Art. 24. La demande d'agrément comprend les documents suivants :

- 1° la forme juridique du demandeur;
- 2° les statuts;
- 3° les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création;
- 4° la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration;
- 5° l'adresse de l'implantation et/ou du siège social;
- 6° la dénomination du demandeur et du programme télévisé;
- 7° la grille de programmes projetée;
- 8° les services éventuellement fournis en plus des programmes télévisés;
- 9° le mode de transmission des programmes aux téléspectateurs;
- 10° l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande ainsi qu'
- 11° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions exécutoires et les lois en général.

La demande est introduite par recommandé.

Le Gouvernement peut demander tout autre document pour compléter la demande.

Convention

Art. 25. Parallèlement à l'agrément d'un organisme privé de radiodiffusion télévisuelle, le Gouvernement conclut avec cet organisme une convention visant

- 1° l'illustration et la défense de la langue allemande en diffusant notamment une partie des émissions en langue allemande;
- 2° l'illustration de la Communauté germanophone en diffusant notamment des émissions et bulletins sur la Communauté germanophone.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

Rapport d'activités

Art. 26. L'organisme introduit chaque année un rapport d'activités auprès du Gouvernement. Ce rapport mentionne au moins :

- 1° la grille des programmes;
- 2° des données quant au respect de la convention et
- 3° les bilans et comptes annuels de l'année précédente.

CHAPITRE 2. — Organismes privés de radiodiffusion sonore

Principe

Art. 27. Sans préjudice du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut agréer des organismes de radiodiffusion sonore. Tout programme sonore d'un organisme privé de radiodiffusion sonore doit être agréé par le Gouvernement.

Les organismes privés de radiodiffusion sonore se répartissent en radios régionales et locales.

Validité de l'agrément

Art. 28. § 1^{er}. - Le Gouvernement peut octroyer une agrément provisoire pour une période maximale de douze mois. Au terme de cette période, le Gouvernement émet un avis sur la mutation de l'agrément provisoire en agrément définitive dans la mesure où l'organisme privé de radiodiffusion sonore continue de remplir les conditions.

L'agrément définitive vaut :

- 1° jusqu'à la fin de la douzième année civile suivant l'année de l'octroi de l'agrément pour les radios régionales;
- 2° jusqu'à la fin de la sixième année civile suivant l'année de l'octroi de l'agrément pour les radios locales.

L'agrément est personnelle et ne peut être cédée à des tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

Elle est prorogée tacitement pour six ans, sauf si le Gouvernement la résilie au cours du premier semestre de la dernière année de validité ou si l'organisme agréé a entre-temps déclaré par recommandé qu'il y renonçait.

§ 2. - Avant de réaliser toute modification qu'il envisage apporter aux conditions déterminantes pour l'agrément, telles qu'énumérées aux articles 30 à 34, l'organisme doit en informer par écrit le Gouvernement. Dans la mesure où l'agrément peut aussi être accordée ou maintenue à l'organisme lorsqu'intervient la modification, le Gouvernement confirme que la modification ne présente aucun inconvénient. Si ce n'est pas le cas, le Gouvernement constate que l'agrément ne peut être octroyée si la modification intervient. Si l'organisme réalise une modification dont on ne peut confirmer en vertu de la deuxième phrase qu'elle ne présente aucun inconvénient, l'article 120 s'applique mutatis mutandis.

Diffusion, utilisation de radiofréquences

Art. 29. Le titre 4 est d'application dès que la fourniture d'un réseau ou service de communications électroniques ou l'utilisation de radiofréquences est envisagée.

Conditions générales

Art. 30. Pour être agréé comme radio régionale ou locale, le demandeur doit remplir les conditions générales suivantes :

1° être une personne morale de droit privé dont le siège et les établissements de diffusion et de production se trouvent en région de langue allemande, à l'intérieur de la zone desservie par l'émetteur;

2° par ses programmes :

a) se consacrer à l'information, en tenant compte de la diversité d'opinions et de l'équilibre de l'information;

b) avoir pour objet le divertissement et la prestation de services, ces objectifs pouvant être poursuivis séparément ou simultanément;

3° être indépendants d'organisations représentatives des employeurs et des travailleurs ou d'associations politiques;

4° veiller à valoriser notamment la culture ainsi que les artistes de la Communauté germanophone et des régions limitrophes dans ses programmes et ce conformément aux conditions fixées par le Gouvernement en vertu de l'article 35 et

5° permettre en tout temps aux agents du Ministère de la Communauté germanophone d'effectuer sur place un contrôle quant au fonctionnement de l'organisme privé de radiodiffusion sonore.

Conditions particulières (radios régionales)

Art. 31. Sans préjudice de l'article 30, le demandeur doit en outre, pour être agréé comme radio régionale :

1° se consacrer à ce qui se passe en Communauté germanophone et dans les régions limitrophes;

2° organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 50% de programmes élaborés par les collaborateurs de la radio régionale, abstraction faite des programmes de musique continue et

3° concevoir les émissions d'information en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Une radio régionale diffuse au moins 8 émissions d'information par jour, d'une durée minimale de 3 minutes chacune, non compris les bulletins météo et d'infotrafic.

Conditions particulières (radios locales)

Art. 32. Sans préjudice de l'article 30, le demandeur doit en outre, pour être agréé comme radio locale :

1° se consacrer à ce qui se passe dans la zone desservie;

2° organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 25% de programmes élaborés par les collaborateurs de la radio locale, abstraction faite des programmes de musique continue; les autres programmes peuvent être produits en collaboration avec d'autres radios locales agréées ou fournis par des tiers, s'il ne s'agit toutefois pas de personnes agréées comme radios régionales en vertu de ce décret.

Mise en réseau

Art. 33. Sous réserve de la condition mentionnée à l'article 32, 2°, au sujet des productions propres, différentes radios locales peuvent émettre simultanément le même programme.

Demande d'agrément

Art. 34. La demande d'agrément comprend les documents suivants :

1° la forme juridique du demandeur;

2° les statuts;

3° les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création;

4° la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration;

5° l'implantation géographique des installations de production;

6° la dénomination du programme sonore;

7° la grille de programmes projetée;

8° l'indicatif;

9° les services éventuellement fournis en plus des programmes sonores;

10° le mode de transmission des programmes aux auditeurs;

11° lorsque sont diffusées des émissions d'information, le nom du ou des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste, qui au moment de la demande signent par écrit en tant que responsable des informations diffusées;

12° un engagement de communiquer immédiatement par écrit toute modification au niveau du personnel en ce qui concerne les journalistes professionnels responsables au sens du point 11°;

13° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions exécutoires et les lois en général.

La demande est introduite par recommandé. Pour l'agrément comme radio locale, la demande d'agrément doit être signée par au moins deux personnes y habilitées qui assurent la gestion de l'organisme de radiodiffusion et sont domiciliées en région de langue allemande à l'intérieur de la zone desservie.

Le Gouvernement peut demander d'autres documents pour compléter la demande.

Convention

Art. 35. Parallèlement à l'agrément d'un organisme privé de radiodiffusion sonore, le Gouvernement conclut avec cet organisme une convention visant à valoriser la culture et les artistes de la Communauté germanophone et des régions limitrophes.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

Rapport d'activités

Art. 36. L'organisme introduit chaque année un rapport d'activités auprès du Gouvernement. Ce rapport mentionne au moins :

- 1° la grille des programmes;
- 2° des données quant au respect de la convention et
- 3° les bilans et comptes annuels de l'année précédente.

CHAPITRE 3. — Fournisseurs d'autres services

Principe

Art. 37. Tout un chacun peut fournir d'autres services de radiodiffusion que des programmes télévisés et sonores aux conditions fixées dans le présent chapitre, pour autant que :

- 1° le demandeur soit une personne morale;
- 2° le service réponde aux exigences du titre 2 du présent décret et soit indépendant d'un parti politique.

Ces services peuvent être diffusés en tout ou partie sous forme de signaux embrouillés. La réception peut être payante.

Obligation d'enregistrement

Art. 38. La fourniture envisagée d'autres services que des programmes télévisés et sonores ainsi que ses modifications ou son interruption doivent préalablement être communiquées par recommandé à la chambre décisionnelle.

L'enregistrement comporte les éléments suivants :

- 1° la forme juridique du demandeur;
- 2° les statuts;
- 3° les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création;
- 4° la composition précise du capital et des organes d'administration ou les documents correspondants;
- 5° l'adresse de l'implantation et/ou du siège social;
- 6° la description détaillée quant au contenu du service;
- 7° le mode de transmission du service aux utilisateurs;
- 8° les tarifs et redevances possibles
- 9° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions exécutoires et les lois en général.

Conditions

Art. 39. Pour être agréée comme fournisseur d'autres services de radiodiffusion que les programmes télévisés et sonores, une personne morale doit remplir les conditions suivantes :

- 1° être constituée en société commerciale;
- 2° être implantée en Belgique.

C'est le cas lorsque :

a) le siège social du demandeur se trouve en Belgique et les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises en Belgique par le demandeur;

b) le siège social du demandeur se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises par l'organisme de radiodiffusion télévisuelle dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, et seule une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

c) le siège social se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises par le demandeur dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère simultanément dans les deux Etats;

d) le siège social du demandeur se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises par le demandeur dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, une part importante des effectifs n'opère dans aucun de ces Etats et d'une part la société commerciale a commencé l'activité de diffusion selon le système juridique belge et d'autre part un lien durable et réel avec l'économie belge continue d'exister;

e) le siège social se trouve en Belgique, les décisions éditoriales relatives à la programmation sont prises dans un pays tiers, ou vice-versa, et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

- f) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci utilise une fréquence assignée par la Belgique;
- g) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un autre Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, mais utilise la capacité de transmission d'un satellite appartenant à la Belgique;
- h) les points a) à e) ne s'appliquent pas au demandeur et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ni la capacité de transmission d'un satellite, mais utilise une station de diffusion « terre-satellite » en Belgique;
- i) les points a) à h) ne s'appliquent pas à au demandeur et celui-ci est implanté en Belgique conformément aux articles 43 et suivants de la version coordonnée du Traité instituant la Communauté européenne;
- 3° avoir son siège social en région de langue allemande ou les décisions de fond et de forme relatives aux services proposés y sont prises;
- 4° le service comporte une offre significative au niveau commercial, formatif, social ou culturel.

Demande d'agrément

Art. 40. La demande d'agrément comprend les documents suivants :

- 1° la forme juridique du demandeur;
- 2° les statuts;
- 3° les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création;
- 4° la composition précise du capital et des organes d'administration ou les documents correspondants;
- 5° l'adresse de l'implantation et/ou du siège social;
- 6° une description détaillée quant au contenu des services;
- 7° le mode de transmission des services aux utilisateurs;
- 8° les tarifs et redevances possibles;
- 9° l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande ainsi qu'
- 10° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions exécutoires et les lois en général.

La demande est introduite par recommandé.

Le Gouvernement peut demander tout autre document pour compléter la demande.

Rapport d'activités

Art. 41. L'organisme introduit chaque année un rapport d'activités auprès du Gouvernement. Ce rapport mentionne au moins :

- 1° les activités de l'année précédente et
- 2° les bilans et comptes annuels de l'année précédente.

TITRE 4. — Réseaux et services de communications électroniques

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Champ d'application

Art. 42. Nonobstant les dispositions contenues dans les titres 2 et 3 et sans préjudice de la compétence d'autres autorités, le présent titre s'applique à la fourniture de réseaux et services de communications électroniques. Il sert à garantir une égalité des chances au niveau de la concurrence et la viabilité de celle-ci, à promouvoir le développement du marché intérieur de l'Union européenne dans le domaine des réseaux et services de communications électroniques et la promotion des intérêts des citoyens.

Suspension de droits

Art. 43. Les droits prévus dans ce titre peuvent être suspendus par le Gouvernement lorsque c'est nécessaire pour d'importantes raisons

- 1° en vue de garantir les télécommunications publiques;
- 2° découlant de données internationales.

L'opérateur doit répondre dans un délai raisonnable et à ses frais à la suspension ordonnée conformément au premier alinéa.

Modification de droits et obligations

Art. 44. Si la chambre décisionnelle du Conseil des médias, ci-après dénommée chambre décisionnelle, envisage de modifier les droits, conditions et procédures relatifs à l'autorisation générale, aux droits d'utilisation ou aux droits de mise en place de ressources, elle donne l'occasion aux parties prenantes de prendre position dans un délai minimal de quatre semaines. Des modifications ne peuvent intervenir que dans des cas objectivement motivés et dans le respect de la proportionnalité.

Les droits de mise en place de ressources ne peuvent être limités ou retirés avant l'expiration du terme pour lequel ils ont été accordés que dans des cas motivés.

CHAPITRE 2. — Fourniture de réseaux et services de communications électroniques

Section 1^{re}. — Autorisation générale

Principe

Art. 45. Toute entreprise peut fournir des réseaux et services de communications électroniques conformément aux conditions fixées par le présent décret.

Obligation d'enregistrement

Art. 46. La fourniture envisagée de réseaux et services de communications électroniques, ses modifications ou son interruption doivent préalablement être communiquées par recommandé à la chambre décisionnelle et au Gouvernement.

Cette communication comprend les données suivantes :

- 1° la dénomination et l'adresse de l'entreprise et de sa personne de contact;
- 2° le numéro d'entreprise;
- 3° la composition du capital et des organes d'administration;
- 4° une brève description du réseau ou service et
- 5° le délai prévu pour le début, la modification ou l'interruption de l'activité.

La chambre décisionnelle tient un registre des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques et le publie.

Antennes collectives

Art. 47. La fourniture d'antennes collectives ne doit pas être communiquée, pour autant qu'elles soient à l'usage exclusif de détenteurs d'appareils récepteurs occupant :

- 1° des chambres ou appartements d'un même immeuble;
- 2° des immeubles groupés d'un même propriétaire dont le nombre ne dépasse pas cinquante;
- 3° des habitations groupées dont le nombre ne dépasse pas cinquante;
- 4° des caravanes ou emplacements d'un même camping.

Déclaration d'enregistrement

Art. 48. Dans la semaine suivant la réception de la communication mentionnée à l'article 46, la chambre décisionnelle établit une déclaration standardisée d'enregistrement. Cette déclaration d'enregistrement sert à faciliter les procédures d'installation d'équipements, les négociations relatives à une interconnexion ainsi que les demandes d'accès ou d'interconnexion.

La déclaration d'enregistrement comprend :

- 1° la confirmation de l'inscription;
- 2° l'indication des dispositions de ce décret en vertu desquelles l'entreprise est autorisée à demander le droit d'installer des équipements, le droit de négocier une interconnexion et/ou le droit d'obtenir un accès ou une interconnexion.

Section 2. — Droits d'utilisation pour des radiofréquences

Plan de radiofréquences

Art. 49. Le Gouvernement établit le plan de radiofréquences en tenant compte des normes techniques fédérales en la matière. A défaut de telles normes, le Gouvernement se base sur les normes internationales. Le Gouvernement peut fixer ses propres normes dans le respect desdites normes.

Attribution de radiofréquences

Art. 50. Toute utilisation de radiofréquences nécessite au préalable l'attribution de radiofréquences. Une attribution de radiofréquences est l'octroi, par la chambre décisionnelle et à certaines conditions, d'un droit d'utilisation pour des radiofréquences. Les radiofréquences sont attribuées selon l'affectation prévue dans le respect du plan de fréquences, sans discrimination et sur la base de procédures objectives fixées par le Gouvernement.

Les radiofréquences attribuées sont publiées.

Le demandeur n'a pas droit à une radiofréquence particulière.

Information quant à la disponibilité de radiofréquences

Art. 51. La chambre décisionnelle publie la liste de toutes les radiofréquences disponibles ou disponibles à l'avenir en Communauté germanophone, le moment où elles sont disponibles pour une attribution ainsi que le choix de l'heure de l'émission pour tout mode de transmission en fixant un délai raisonnable pour introduire les demandes.

Conditions

Art. 52. Les radiofréquences sont attribuées

- 1° lorsque le demandeur est agréé conformément au titre 3;
- 2° lorsque les radiofréquences sont indiquées dans le plan de radiofréquences pour l'utilisation prévue;
- 3° lorsqu'elles sont compatibles avec les autres utilisations de radiofréquences et
- 4° lorsqu'une utilisation efficace et sans perturbation des radiofréquences est garantie par le demandeur.

Demande

Art. 53. La demande d'attribution de radiofréquences doit être introduite par écrit auprès de la chambre décisionnelle. La demande doit indiquer :

- 1° le territoire où la radiofréquence sera exploitée;
- 2° le service presté ou la nature du réseau ou de la technologie pour lesquels les droits d'utilisation de radiofréquences doivent être octroyés;
- 3° le lieu d'implantation géographique des installations de production et d'émission;
- 4° la marque et le type de l'émetteur ainsi que son numéro d'homologation ou un rapport de mesure répondant aux règles fixées par l'autorité fédérale compétente;
- 5° la marque, le type et les caractéristiques de l'antenne ainsi que la hauteur prévue par rapport au niveau moyen du sol;
- 6° le type et la longueur du câble de connexion entre l'émetteur et l'antenne et
- 7° le permis d'exploitation pour le pylône de diffusion.

Dans les six semaines à dater du moment où il est constaté que les demandes sont complètes, la chambre décisionnelle statue sur ces demandes.

Obligation d'information

Art. 54. Le début et la fin de l'utilisation de radiofréquences doit être immédiatement communiquée à la chambre décisionnelle. Les modifications de nom et d'adresse doivent être communiquées à la chambre décisionnelle.

Cession de droits d'utilisation de radiofréquences

Art. 55. Une modification de l'attribution de radiofréquences doit être immédiatement demandée par écrit auprès de la chambre décisionnelle par la présentation des preuves ad-hoc lorsque les droits d'utilisation de radiofréquences doivent être cédés.

Dans ce cas, des radiofréquences peuvent continuer d'être utilisées jusqu'à ce qu'il soit statué sur la demande.

Il sera fait droit à la demande lorsque les conditions mises à une attribution de radiofréquences en vertu de l'article 52 sont remplies, qu'il ne faut pas craindre une distorsion de concurrence sur l'espace couvert par le marché concerné et que l'utilisation efficace et sans perturbation est garantie.

Validité de l'attribution de radiofréquences

Art. 56. Les radiofréquences sont attribuées pour une période déterminée. La validité de l'attribution de fréquences correspond à celle de l'agrément comme organisme de radiodiffusion télévisuelle ou sonore ou comme fournisseur d'autres services que des programmes télévisés ou sonores.

Attribution de radiofréquences pour une durée déterminée

Art. 57. Dans des cas particuliers motivés, notamment en vue de tester des technologies innovantes ou lorsqu'il y a besoin de fréquences à court terme, la chambre décisionnelle peut attribuer des radiofréquences pour une durée déterminée. La demande motivée doit être adressée par écrit à la chambre décisionnelle. L'article 53 est applicable mutatis mutandis.

Utilisation commune de radiofréquences

Art. 58. Des radiofréquences dont on ne peut attendre une utilisation individuelle efficace peuvent être attribuées à plusieurs pour une utilisation commune. Les titulaires des radiofréquences attribuées doivent supporter les inconvénients d'une utilisation commune de radiofréquences répondant aux dispositions.

Positions orbitales et utilisation de fréquences satellitaires

Art. 59. Tout exercice des droits de la Communauté germanophone en matière de positions orbitales et d'utilisation de radiofréquences nécessite l'attribution de radiofréquences par la chambre décisionnelle.

Éléments constitutifs de l'attribution de radiofréquences

Art. 60. Dans l'attribution de radiofréquences, la chambre décisionnelle détermine notamment la nature et le volume de l'utilisation de radiofréquences, dans la mesure où c'est nécessaire pour garantir une utilisation efficace et sans perturbation des fréquences.

Afin de garantir une utilisation efficace et sans perturbation des radiofréquences, l'attribution de radiofréquences peut être assortie de dispositions accessoires.

L'opérateur d'un réseau de communications électroniques doit suivre immédiatement les instructions de l'Institut belge des Services postaux et des Télécommunications ou de toute société ou tout service de distribution d'électricité.

Retrait de l'attribution de radiofréquences, renonciation

Art. 61. § 1^{er}. - Sans préjudice de l'article 121, la chambre décisionnelle peut retirer l'attribution de radiofréquences :

1° lorsqu'une des conditions fixées à l'article 52 n'est plus remplie;

2° lorsque la sécurité publique l'exige;

3° lorsque les radiofréquences ne sont pas ou n'ont plus été utilisées depuis plus d'un an;

4° lorsqu'un manque de radiofréquences apparaissant après l'attribution des radiofréquences empêche ou perturbe de manière inadmissible la concurrence ou l'introduction de nouvelles techniques permettant une optimisation de l'utilisation des radiofréquences.

Le retrait sera déclaré par recommandé. Le délai de prise d'effet du retrait est d'au moins six mois.

§ 2. - Une renonciation rend caduque l'attribution de radiofréquences. La renonciation doit être déclaré à la chambre décisionnelle par recommandé.

Section 3. — Droits de passage et utilisation partagée d'équipements

Principes des droits de passage

Art. 62. Sans préjudice des dispositions relatives à l'aménagement du territoire et à l'urbanisme et conformément à cette section, l'entreprise enregistrée dispose, pour permettre la mise en place d'équipements, de droits de passage sur, au-dessus ou au-dessous du domaine public ou privé.

Droits de passage

Art. 63. § 1^{er}. - Un opérateur qui pose des câbles pour fournir son réseau de communications électroniques a le droit de faire réaliser à sa charge, sur ou sous des places, rues, chemins, sentiers, cours d'eau ou canaux appartenant au domaine public, tous travaux inhérents à la pose et à l'entretien des câbles et équipements connexes, à condition de respecter les lois et arrêtés relatifs à l'utilisation du domaine public et de respecter l'usage auquel il est affecté.

Avant d'user de ce droit, les opérateurs devront soumettre à l'approbation de l'autorité publique compétente, propriétaire, des documents sur le tracé de l'emplacement et les détails d'installation des conducteurs. Cette autorité devra statuer dans les trois mois de la date d'envoi de ces documents et donner notification de sa décision à la personne concernée. Passé ce délai, le silence de l'autorité vaut approbation. Si des contestations persistent, le Gouvernement statue sur l'affaire par arrêté.

L'autorité compétente a en tout cas le droit de faire modifier ultérieurement, sur sa propriété, les dispositions ou le tracé d'une installation ainsi que les ouvrages qui s'y rapportent. Les frais sont à charge de l'opérateur si les modifications sont imposées soit pour des raisons de sécurité publique, pour préserver un site, dans l'intérêt de la voirie, des cours d'eau, des canaux ou d'un service public, soit comme conséquence d'un changement apportés par les

riverains aux accès des propriétés en bordure des voies empruntées. Dans les autres cas, ils sont à charge de l'autorité qui impose ces modifications. Elle peut exiger un devis préalable et, en cas de désaccord, faire exécuter ces travaux en régie propre.

§ 2. - Un opérateur qui pose des câbles pour fournir son réseau de communications électroniques a également le droit d'établir à demeure des supports et ancrages pour les câbles et les équipements connexes sur des murs et façades donnant sur la voie publique et d'établir ses câbles dans un terrain ouvert et non bâti ou de les faire passer sans attache au-dessus des propriétés privées.

Les travaux ne pourront commencer qu'après une notification dûment établie, faite par écrit aux propriétaires suivant les données du cadastre, aux locataires et aux habitants.

L'exécution de ces travaux n'entraîne aucune dépossession.

La fixation de supports et d'ancrages sur les murs ou façades ne peut faire perdre au propriétaire le droit de démolir ou de réparer son bien.

Les câbles souterrains et supports établis dans un terrain ouvert et non bâti devront être enlevés à la demande du propriétaire, si celui-ci use de son droit de construire ou de se clore; les frais d'enlèvement seront alors à charge de l'opérateur. Le propriétaire devra toutefois prévenir l'opérateur sous pli recommandé à la poste, au moins trois mois avant d'entreprendre les travaux mentionnés aux alinéas 4 et 5.

§ 3. - En cas de dommage résultant de l'établissement ou de l'exploitation d'un réseau câblé, les indemnités dues seront entièrement à charge de l'opérateur qui reste responsable de toutes les conséquences dommageables envers les tiers.

§ 4. - L'opérateur est tenu de donner une suite immédiate à toute réquisition de l'Institut belge des Services postaux et des Télécommunications, de toute entreprise de distribution d'énergie électrique ou de la chambre décisionnelle, en vue de faire cesser sur-le-champ toute perturbation ou influence nuisible dans le fonctionnement des installations téléphoniques, télégraphiques ou de distribution d'énergie électrique.

Faute de satisfaire à cette réquisition, les mesures jugées nécessaires, y compris le déplacement des câbles et équipements connexes seront ordonnées par les services ou entreprises intéressés, aux frais, risques et périls de l'opérateur.

§ 5. - Les autorités publiques et les collectivités territoriales qui ont une participation dans ou contrôlent les opérateurs de réseaux de communications électroniques ou à des fournisseurs de services de communications électroniques, opèrent une distinction structurelle réelle entre l'octroi des droits mentionnés dans le présent article et les activités en relation avec la propriété et le contrôle.

Utilisation partagée d'équipements

Art. 64. Dans la mesure où l'exercice du droit prévu à l'article 62 n'est pas possible ou ne l'est que moyennant une dépense disproportionnée, il est possible de faire valoir le recours à l'utilisation partagée d'autres équipements lorsque l'utilisation partagée est économiquement viable et que des travaux supplémentaires significatifs ne sont pas nécessaires. Dans ce cas, le détenteur d'un droit d'utilisation partagée doit prester à ses partenaires une compensation pécuniaire raisonnable.

Si les intéressés ne parviennent pas à un accord, l'utilisation partagée est ordonnée par la chambre décisionnelle après audition publique d'une durée raisonnable au cours de laquelle tous les intéressés auront eu l'occasion de s'exprimer.

La convention d'utilisation partagée est communiquée à la chambre décisionnelle dans le mois suivant son entrée en vigueur.

CHAPITRE 3. — Régulation du marché

Section 1^{re}. — Définition et analyse de marché

Définition de marché

Art. 65. Après adoption par la Commission européenne de sa « recommandation sur les marchés pertinents de produits et de services » ou de sa mise à jour éventuelle, ou si les circonstances du marché en Communauté germanophone l'exigent, la chambre décisionnelle détermine les services pertinents et les marchés géographiques pertinents qui entrent en ligne de compte pour une régulation en vertu de ce chapitre, et ce dans le respect des principes du droit de la concurrence et après avoir effectué les consultations prévues à l'article 103.

Analyse de marché

Art. 66. Après avoir défini les services pertinents et les marchés géographiques pertinents, la chambre décisionnelle examine s'il existe une concurrence effective sur le marché analysé. Il n'y a pas de concurrence effective lorsqu'une ou plusieurs entreprises occupent une position dominante sur le marché. Lors de l'examen, la chambre décisionnelle tient le plus grand compte des critères établis par la Commission européenne dans les « lignes directrices de la Commission sur l'analyse des marchés et l'évaluation de la puissance sur le marché ». La chambre décisionnelle coopère avec les autorités fédérales compétentes en matière de concurrence.

Une entreprise est considérée comme disposant d'une puissance significative sur le marché si, individuellement ou conjointement avec d'autres, elle se trouve dans une position équivalant à une position dominante, c'est-à-dire une position qui, d'un point de vue économique, est telle qu'elle lui permet de se comporter, dans une mesure appréciable, de manière indépendante des concurrents, des clients, des consommateurs et des utilisateurs finaux.

Si une entreprise dispose d'une puissance significative sur un marché pertinent, elle peut aussi être considérée comme disposant d'une puissance significative sur un marché voisin considéré comme pertinent au sens de l'article 65. C'est le cas lorsque les relations entre les deux marchés permettent de transposer la puissance d'un marché à l'autre et de renforcer ainsi la puissance totale de l'entreprise.

Dans le cas de marchés transnationaux, la chambre décisionnelle examine s'il y a puissance significative sur le marché, en coopération avec les autorités réglementaires nationales des Etats membres où se situent ces marchés.

Des consultations sont effectuées conformément à l'article 103.

Section 2. — Obligations pour les entreprises

Sous-section 1^{re}. — Conséquences juridiques de l'analyse de marché

Principe

Art. 67. Les obligations imposées par la chambre décisionnelle aux entreprises disposant d'une puissance significative conformément aux objectifs énumérés à l'article 89 doivent être raisonnables et justifiées et correspondre à la nature du problème.

Conséquences juridiques de l'analyse de marché

Art. 68. Si la chambre décisionnelle constate qu'il n'y a pas concurrence effective, elle détermine des entreprises disposant d'une puissance significative sur ce marché conformément à l'article 66 et leur impose des obligations appropriées. Dans la mesure où cela s'avère nécessaire, les obligations existantes peuvent être modifiées ou maintenues.

Par « obligations appropriées », l'on entend les obligations imposées en vertu de la sous-section 2 de la présente section ou, le cas échéant, les obligations imposées sur un marché pertinent de clients finaux en vertu de l'article 69.

Si la chambre décisionnelle constate qu'il y a concurrence effective, elle n'impose ni ne maintient ces obligations.

La procédure visée aux alinéas 1^{er} et 2 est menée par la chambre décisionnelle parallèlement à la procédure de consultation visée à l'article 103.

Dans le cas mentionné à l'article 66, alinéa 4, la chambre décisionnelle fixe de commun accord avec l'autorité réglementaire nationale concernée quelles obligations doit (doivent) remplir l' (les) entreprise(s) disposant d'une puissance significative. La procédure de consultation visée à l'article 103 est appliquée mutatis mutandis.

Mesures de régulation pour les services aux utilisateurs finaux

Art. 69. Si la chambre décisionnelle constate dans une procédure d'analyse de marché

1° qu'il n'y a pas de concurrence effective sur un marché pertinent d'utilisateurs finaux et

2° que des obligations spécifiques en vertu de l'article 72 ne permettront pas d'atteindre les objectifs énoncés à l'article 89,

elle impose des obligations appropriées aux entreprises disposant d'une puissance significative sur un marché d'utilisateurs finaux.

Conformément à l'article 106, la chambre décisionnelle transmet à la Commission européenne, à la demande de celle-ci, des informations sur les mesures de régulation menées sur le marché d'utilisateurs finaux en vertu du premier alinéa.

Sous-section 2. — Régulation de l'accès

Obligation de négocier

Art. 70. Afin de garantir la fourniture de services, tout opérateur enregistré d'un réseau de communications public est autorisé et, sur demande, obligé de négocier l'interconnexion avec d'autres opérateurs de réseaux de communications publics qui, au sein de la Communauté européenne, remplissent les conditions pour fournir des services ou réseaux de communications.

Confidentialité des informations

Art. 71. Des informations obtenues par des entreprises dans le cadre de négociations relatives à l'accès ou à l'interconnexion ne peuvent être utilisées qu'aux fins pour lesquelles elles ont été fournies. Les informations ne peuvent être transmises à des tiers qui pourraient en tirer des avantages concurrentiels, notamment pas à d'autres départements, filiales ou partenaires commerciaux des parties ayant négocié.

Obligations pour les entreprises disposant d'une puissance significative

Art. 72. La chambre décisionnelle peut imposer une ou plusieurs des obligations suivantes aux opérateurs puissants de réseaux de communications publics :

1° des obligations de transparence en matière d'accès et/ou d'interconnexion;

2° des obligations de non-discrimination en matière d'accès et/ou d'interconnexion;

3° des obligations de mener une comptabilité séparée pour certaines activités d'accès;

4° des obligations de négocier honnêtement avec des entreprises qui demandent un accès;

5° des obligations en matière d'accès à et d'utilisation de certains éléments de réseaux et ressources associées et

6° des obligations relatives à la couverture des frais et au contrôle des prix, en ce compris le « prix-vérité ».

Si un opérateur prouve que le recours à la prestation menacerait le maintien de l'intégrité du réseau ou la sécurité de fonctionnement du réseau, la chambre décisionnelle n'impose pas ladite obligation d'accès ou l'impose sous une forme modifiée. Le maintien de l'intégrité du réseau et la sécurité de fonctionnement du réseau doivent être jugés selon des critères objectifs.

Les obligations imposées en vertu du présent article doivent correspondre à la nature du problème rencontré.

La procédure de consultation prévue à l'article 103 s'applique mutatis mutandis. Les litiges entre entreprises et les litiges transfrontaliers sont réglés conformément à l'article 100.

Obligations plus larges pour les entreprises disposant d'une puissance significative

Art. 73. Sans préjudice de l'article 76, la chambre décisionnelle peut, dans des circonstances exceptionnelles et après approbation par la Commission européenne, imposer d'autres obligations d'accès aux entreprises disposant d'une puissance significative.

La procédure de consultation prévue à l'article 103 est applicable mutatis mutandis.

Obligations pour les entreprises qui exercent le contrôle de l'accès aux utilisateurs finaux

Art. 74. Sans préjudice des mesures prises à l'encontre d'opérateurs puissants, la chambre décisionnelle peut, dans des cas motivés, obliger des opérateurs de réseaux de communications publics qui contrôlent l'accès aux utilisateurs finaux, sur demande allant en ce sens, à interconnecter leurs réseaux avec ceux d'opérateurs d'autres

réseaux de communications publics, dans la mesure où cela est nécessaire pour garantir le bouclage de services. A cette fin, la chambre décisionnelle peut en plus imposer d'autres obligations d'accès à ces opérateurs.

La procédure de consultation prévue à l'article 103 est applicable mutatis mutandis.

Guides électroniques de programmes et interfaces de programme d'application

Art. 75. Pour garantir l'accès des utilisateurs finaux aux services de radio et de télévision numérique déterminés par le Gouvernement, la chambre décisionnelle peut obliger les opérateurs de réseaux de communications publics à accorder l'accès à des conditions équitables, raisonnables et non-discriminatoires à des interfaces de programme d'application ou à des guides électroniques de programmes.

La procédure de consultation prévue à l'article 103 est applicable mutatis mutandis.

Cession de contrôle

Art. 76. Les systèmes d'accès conditionnel doivent justifier des possibilités techniques nécessaires pour une cession à prix avantageux de la fonction de contrôle, afin de permettre aux opérateurs de réseaux de contrôler l'accès de leurs clients aux services de télévision et de radio numérique par le biais de leur propre système d'accès conditionnel.

Obligations des fournisseurs de services avec système d'accès conditionnel

Art. 77. Les fournisseurs de services avec système d'accès conditionnel qui fournissent des services d'accès pour la télévision et la radio numériques et dont les organismes dépendent offrent à tous les organismes qui en font la demande, à des conditions égales, raisonnables et non-discriminatoires, des services techniques permettant à des téléspectateurs ou à des auditeurs jouissant d'un droit d'accès de recevoir leurs services numériques au moyen de décodeurs. Ces services sont gérés par les fournisseurs.

Lorsque le fournisseur exerce d'autres activités, il doit tenir une comptabilité séparée pour l'activité mentionnée au premier alinéa.

Obligations relatives à l'octroi de licences

Art. 78. Les détenteurs de droits de propriété industrielle sur des systèmes et produits d'accès conditionnel doivent octroyer des licences aux fabricants d'appareils de consommation à des conditions équitables, raisonnables et non-discriminatoires.

L'octroi de licences pour lesquelles des facteurs techniques et commerciaux spécifiques doivent être pris en compte ne peut être lié par les détenteurs de droits à des conditions interdisant, empêchant ou rendant difficile l'intégration dans un certain produit

1° soit d'une interface commune d'interconnexion avec d'autres systèmes d'accès

2° soit d'éléments d'un autre système d'accès au cas où le concessionnaire de la licence respecte les conditions sensées et raisonnables garantissant la sécurité des transactions des fournisseurs de systèmes d'accès conditionnel.

CHAPITRE 4. — Accès à des contenus et services spécifiques

May carry

Art. 79. § 1^{er}. - Pour autant qu'ils aient obtenu les autorisations nécessaires des ayants droit conformément à la loi du 30 juin 1994 relative au droit d'auteur et aux droits voisins, les exploitants de réseaux câblés peuvent :

1° transmettre librement les programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle autorisés par un Etat membre de la Communauté européenne, par un autre Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ou par une autorité belge compétente;

2° transmettre, moyennant information préalable du Gouvernement, les programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle qui ne sont pas du ressort d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, programmes autorisés par un Etat non-membre de l'Union européenne. Le Gouvernement dispose d'un délai de soixante jours pour s'opposer à la diffusion d'un programme si cette mesure est nécessaire pour garantir la sécurité nationale, l'intégrité territoriale ou la sûreté publique, le maintien de l'ordre et la prévention de la criminalité, la protection de la santé ou de la morale, la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire ou s'il y a infraction à l'article 4.

§ 2. - Les exploitants de réseaux câblés peuvent diffuser des programmes sonores et fournir des services autres que la transmission des programmes sonores et télévisés moyennant information préalable du Gouvernement et de la chambre décisionnelle.

Le Gouvernement dispose d'un délai de soixante jours pour s'y opposer si cette mesure est nécessaire pour garantir la sécurité nationale, l'intégrité territoriale ou la sûreté publique, le maintien de l'ordre et la prévention de la criminalité, la protection de la santé ou de la morale, la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire, ou lorsqu'il y a infraction à l'article 4.

Suspension provisoire

Art. 80. § 1^{er}. - Le Gouvernement peut suspendre provisoirement la retransmission, sur les réseaux câblés, d'émissions de radiodiffusion télévisuelle en provenance d'un autre Etat membre de l'Union européenne si les conditions suivantes sont remplies :

1° une émission de radiodiffusion télévisuelle viole d'une manière manifeste et grave l'article 4, 2°, première et deuxième phrases, et 3°;

2° l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a déjà violé au moins deux fois au cours des 12 derniers mois la règle mentionnée au 1°;

3° le Gouvernement a notifié par écrit à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et à la Commission européenne, les violations présumées et les mesures envisagées pour les récidives;

4° les consultations menées avec l'Etat à partir duquel l'émission est diffusée et la Commission européenne n'ont pas abouti à un règlement amiable dans un délai de quinze jours à dater de la notification visée au point 3, et il y a une nouvelle fois violation de la règle.

La suspension provisoire prend fin dès que la Commission européenne la déclare incompatible avec le droit communautaire.

§ 2. - Le Gouvernement peut ordonner une interdiction de retransmission de programmes télévisés en provenance d'un Etat non-membre de la Communauté européenne ou non signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen lorsqu'existe un des motifs d'opposition mentionnés à l'article 79, § 1, 2°.

§ 3. - Le Gouvernement peut ordonner l'interdiction de la retransmission de programmes sonores ou de la prestation d'autres services que des programmes télévisés et sonores lorsqu'existe un des motifs d'opposition mentionnés à l'article 79, § 2.

Must carry

Art. 81. § 1^{er}. - Sans préjudice de l'article 79, les exploitants de réseaux câblés dont les réseaux sont utilisés par un grand nombre d'utilisateurs finaux pour la réception de programmes sonores sont tenus, pour promouvoir la diversité d'opinions et de cultures et tenir compte de la particularité culturelle de la Communauté germanophone, de retransmettre au moment de leur diffusion et dans leur intégralité :

1° les programmes du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone ainsi que des sociétés commerciales avec lesquelles le centre a conclu un accord de coopération ou participe directement ou indirectement à leur capital;

2° les programmes des radios régionales agréées par le Gouvernement et les programmes télévisés autorisés par le Gouvernement;

3° les programmes sonores et télévisés transmis par les organismes de radiodiffusion sonore et télévisuelle de droit public de la Communauté Française et de la Communauté Flamande;

4° le programme de la chaîne ouverte.

§ 2. - Après concertation avec les exploitants de réseaux câblés dont les réseaux sont utilisés par un grand nombre d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de programmes sonores, la chambre décisionnelle peut les obliger à diffuser d'autres programmes sonores et télévisés ou à proposer des services autres que des programmes sonores et télévisés.

La chambre décisionnelle peut attribuer un canal en vue de son utilisation à différents moments ou à tour de rôle pour différents programmes.

Services obligatoires additionnels

Art. 82. Sur avis de la chambre consultative du Conseil des médias, ci-après dénommée chambre consultative, le Gouvernement peut fixer des services obligatoires additionnels que doivent proposer les opérateurs de réseaux de communications électroniques et les fournisseurs de services de communications électroniques.

CHAPITRE 5. — Normes techniques

Algorithme commun d'embrouillage et réception en clair

Art. 83. Tous les équipements grand public vendus, loués ou autrement mis à disposition qui sont capables de désembrouiller des signaux numériques de télévision doivent pouvoir permettre :

1° le désembrouillage de ces signaux selon l'algorithme européen commun d'embrouillage administré par un organisme de normalisation européen reconnu;

2° la reproduction de signaux qui ont été transmis en clair, à la condition que, dans le cas où l'équipement considéré est loué, le locataire se conforme au contrat de location.

Systèmes de transmission, format large

Art. 84. Les services de télévision proposés par tous les organismes de radiodiffusion télévisuelle doivent

1° s'ils sont à format large en 625 lignes et ne sont pas entièrement numériques, utiliser le système de transmission 16:9-D2-MAC ou un système de transmission 16:9 entièrement compatible avec les systèmes PAL ou SECAM;

2° s'ils sont à haute définition et ne sont pas entièrement numériques, utiliser le système de transmission HD-MAC;

3° s'ils sont entièrement numériques, utiliser un système de transmission qui a été normalisé par un organisme de normalisation européen reconnu.

Les opérateurs de réseaux de communications électroniques qui reçoivent des services ou programmes de télévision en format large doivent conserver le format large.

Interopérabilité de récepteurs de télévision

Art. 85. § 1^{er}. - Tout récepteur de télévision analogique équipé d'un écran d'affichage intégral d'une diagonale visible supérieure à 42 cm qui est mis sur le marché aux fins de vente ou de location doit être doté d'au moins une prise d'interface ouverte, telle que normalisée par un organisme de normalisation européen reconnu, permettant le raccordement d'appareils périphériques, et notamment de décodeurs supplémentaires et récepteurs numériques.

§ 2. - Tout récepteur de télévision numérique qui est mis sur le marché à des fins de vente ou de location doit

1° s'il est équipé d'un écran d'affichage intégral d'une diagonale visible supérieure à 30 centimètres, être doté d'au moins une prise d'interface normalisée par un organisme de normalisation européen reconnu ou conforme à une spécification acceptée par l'ensemble du secteur industriel concerné et permettant le raccordement de récepteurs de télévision numériques ainsi que la possibilité d'un accès conditionnel;

2° s'il est équipé d'une interface de programme d'application, remplir les exigences minimales d'une telle interface, normalisée par un organisme de normalisation européen reconnu ou conforme à une spécification pour les interfaces acceptée par l'ensemble du secteur industriel concerné et permettre à des tiers de produire et d'exploiter leurs propres applications indépendamment du processus de transmission.

TITRE 5. — Conseil des Médias de la Communauté germanophone

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Statut, organes, séances

Art. 86. § 1^{er}. - Le Conseil des médias de la Communauté germanophone, ci-après dénommé le Conseil des médias, jouit de la personnalité juridique. Il se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement.

§ 2. - Les organes du Conseil des médias sont la chambre décisionnelle et la chambre consultative.

Le Gouvernement nomme les membres de la chambre décisionnelle et de la chambre consultative et désigne le président.

Le président représente le Conseil des médias dans les actes judiciaires et extrajudiciaires. Il mène les affaires courantes du Conseil des médias, prépare les décisions de la chambre décisionnelle et exécute les décisions de celle-ci.

§ 3. - Le Gouvernement charge un membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone du suivi du Conseil des médias.

§ 4. - Les séances de la chambre décisionnelle et de la chambre consultative sont convoquées selon les besoins par le président. Les séances ordinaires ne sont pas publiques.

Mandat

Art. 87. Le mandat des membres du Conseil des médias a une durée correspondant à une législature du Parlement de la Communauté germanophone. Il commence dans les trois mois qui suivent le mois de l'élection du Parlement de la Communauté germanophone. Au terme du mandat, les organes du Conseil des médias poursuivent les affaires jusqu'à ce que les nouveaux organes correspondants tiennent leur assemblée constituante.

Le mandat est renouvelable.

Rapport d'activités

Art. 88. Le Conseil des médias établit chaque année un rapport d'activités qu'il remet au Gouvernement de la Communauté germanophone et au Parlement de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 2. — Chambre décisionnelle

Section 1^{re}. — Organisation

Objectifs

Art. 89. En mettant en œuvre les mesures énumérées dans le présent décret, la chambre décisionnelle a pour mission d'atteindre les objectifs suivants :

1° veiller aux intérêts des utilisateurs, notamment les utilisateurs handicapés;

2° garantir une égalité des chances au niveau de la concurrence et la viabilité de celle-ci, notamment en encourageant les investissements efficaces en matière d'infrastructure et les innovations, ainsi qu'une utilisation efficace et sans perturbation des fréquences;

3° promouvoir le développement du marché intérieur de l'Union européenne;

4° promouvoir la diversité d'opinions, de langues et de cultures.

Lorsqu'elle remplit ses missions, la chambre décisionnelle tient largement compte des recommandations pertinentes de la Commission européenne. Elle communique à la Commission européenne les dérogations motivées. Il n'est pas porté préjudice à l'article 103.

Composition, prestation de serment

Art. 90. La chambre décisionnelle se compose de trois membres, y compris le président du Conseil des médias. Un président suppléant est nommé par le Gouvernement au sein de la chambre décisionnelle.

Les membres de la chambre décisionnelle prêtent le serment prévu par le décret du 20 juillet 1831 concernant le serment à la mise en vigueur de la monarchie constitutionnelle représentative.

Conditions personnelles, incompatibilités

Art. 91. Les membres de la chambre décisionnelle doivent avoir des connaissances dans les domaines des sciences, du droit, de l'économie et des techniques au niveau des médias ou être des experts dans le domaine des communications électroniques. Ils doivent jouir des droits civils et politiques et être majeurs.

Ne peuvent faire partie de la chambre décisionnelle :

1° les membres de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Parlement régional ou communautaire, du Parlement européen, d'un Conseil provincial, d'un Conseil communal, du Gouvernement fédéral, d'un Gouvernement régional ou communautaire, d'un Collège provincial ou d'un Cabinet ministériel;

2° un Gouverneur de Province, un Commissaire d'arrondissement ou un Bourgmestre;

3° les membres de la chambre consultative, à l'exception du président,;

4° toute personne qui a un intérêt dans des entreprises qui fournissent des réseaux, appareils ou services de communications électroniques ou qui fournit directement ou indirectement des services ou exerce des fonctions pour de telles entreprises, que ce soit contre rémunération ou non.

Motifs de retrait

Art. 92. Un membre se retire de la chambre décisionnelle pour les motifs suivants :

1° il est absent, sans être excusé, à plus de la moitié des séances par an;

2° il est révoqué par le Gouvernement conformément à l'article 93.

Si un membre de la chambre décisionnelle se retire, un successeur doit être nommé pour le reste du mandat selon les règles applicables à la nomination.

Révocation

Art. 93. Si un membre de la chambre décisionnelle ne remplit plus les conditions énumérées à l'article 91 ou qu'il contrevient à l'article 108, le Gouvernement le révoque.

Coopération avec d'autres autorités

Art. 94. § 1^{er}. - La chambre décisionnelle coopère avec

- 1° l'autorité compétente en matière de concurrence, citée à l'article 66, alinéa 1^{er};
- 2° les autorités réglementaires d'autres secteurs économiques;
- 3° la Commission européenne, conformément entre autres à l'article 106;
- 4° une autre autorité réglementaire belge ou d'un Etat membre de la Communauté européenne, conformément entre autres à l'article 107 et
- 5° les autorités chargées de la protection des consommateurs.

La chambre décisionnelle échange notamment des informations avec les autres autorités réglementaires et les autorités compétentes en matière de concurrence, sans préjudice de l'article 108.

§ 2. - Dans la mesure où cela s'avère nécessaire à l'accomplissement des missions qui lui sont assignées, le Conseil des médias peut conclure des traités et des accords de coopération avec d'autres autorités belges ou étrangères.

En vue de préparer sa décision ou pour rendre un avis sur des questions de régulation, la chambre décisionnelle peut faire appel à des consultants spécialisés.

Recours contre des décisions prises par la chambre décisionnelle

Art. 95. Toute partie intéressée peut introduire un recours auprès du Conseil d'Etat contre des décisions prises par la chambre décisionnelle.

Tutelle

Art. 96. Les membres de la chambre décisionnelle ne sont pas liés à des instructions. Toutefois, le Gouvernement peut indiquer à la chambre décisionnelle des mesures ou des omissions qui violent ce décret ou les lois en général.

Le Gouvernement peut, par un arrêté motivé, suspendre certaines décisions de la chambre décisionnelle fixées par arrêté et qui violent les lois. L'arrêté de suspension est pris par le Gouvernement dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision. Le Gouvernement en informe immédiatement la chambre décisionnelle. La chambre décisionnelle doit modifier la décision suspendue dans les quinze jours calendrier suivant l'adoption de l'arrêté de suspension en se conformant à cet arrêté.

A la demande du Gouvernement, la chambre décisionnelle doit communiquer les renseignements nécessaires à l'exercice de la tutelle et fournir les documents correspondants.

Section 2. — Missions

Principe

Art. 97. La chambre décisionnelle assure les missions fixées par le présent décret.

Décisions

Art. 98. La chambre décisionnelle agit comme collègue et prend des décisions administratives par consensus. En cas d'urgence, le président peut prendre des mesures urgentes et mener à la place de la chambre décisionnelle des affaires qui ne peuvent être reportées. Il informe immédiatement la chambre décisionnelle de telles mesures. Celle-ci doit entériner les mesures.

Résolution extrajudiciaire de litiges

Art. 99. Sans préjudice de la compétence des tribunaux ordinaires, des litiges dans lesquels des consommateurs sont impliqués et des questions relatives à une violation présumée des articles 69 et 81 peuvent être soumis à la chambre décisionnelle. Des entreprises qui fournissent des réseaux et services de communications électroniques sont obligées de coopérer à une telle procédure et de fournir tout renseignement et remettre tout document nécessaire à la compréhension de la cause.

La chambre décisionnelle doit arriver à une solution consensuelle ou communiquer son opinion sur le cas aux parties. Pour ce faire, la chambre décisionnelle s'en tient à la recommandation 98/257/CE concernant les principes applicables aux organes responsables pour la résolution extrajudiciaire des litiges de consommation.

Résolution de litiges entre entreprises

Art. 100. § 1^{er}. - Si des litiges entre entreprises fournissant des réseaux ou services de communications électroniques surviennent en relation avec des obligations contenues dans le titre 4, la chambre décisionnelle prend, à la demande d'une partie, une décision motivée contraignante. Sauf cas exceptionnel, cette décision doit être prise dans les quatre mois. Il n'est pas porté préjudice à la compétence des tribunaux ordinaires.

La décision prise par la chambre décisionnelle se base sur la réalisation des objectifs énoncés à l'article 89. Sans préjudice de l'article 108, elle est rendue publique conformément à l'article 105.

§ 2. - En cas de litiges entre parties relevant de différents Etats membres qui concernent l'application du titre 4 et ressortissent à la compétence des autorités réglementaires nationales d'au moins deux Etats membres, chacune des parties peut saisir les instances compétentes, sans préjudice de la compétence des tribunaux ordinaires. Les instances coordonnent leurs mesures pour résoudre le litige.

Obligation d'informer la Commission européenne

Art. 101. La chambre décisionnelle communique à la commission le nom des entreprises dont on suppose, au sens du présent décret, qu'elles disposent d'une puissance significative sur le marché, ainsi que les obligations qui leur ont été imposées en vertu de ce décret.

Toute modification des obligations imposées aux entreprises ou des entreprises concernées par le présent décret doit être immédiatement communiquée à la Commission européenne.

Demande de renseignements

Art. 102. Sans préjudice des obligations de rapport et d'information, les exploitants de réseaux publics de communications, les fournisseurs de services de communications électroniques ainsi que les titulaires de droits d'utilisation de fréquences sont obligés, dans les limites des droits et devoirs découlant de ce décret, de fournir à la demande de la chambre décisionnelle les renseignements nécessaires pour l'exécution du décret et des prescriptions internationales pertinentes. Il s'agit notamment des renseignements nécessaires pour pouvoir

1° remplir ses obligations d'information vis-à-vis de la Commission européenne et d'autres instances internationales;

2° vérifier si les conditions et obligations découlant de ce décret sont remplies et vérifier les demandes d'octroi de droits d'utilisation de radiofréquences;

3° mener une analyse de marché;

4° et prendre une mesure appropriée en vertu de l'article 121.

Procédure de consultation

Art. 103. § 1^{er}. - Dans un délai raisonnable, la chambre décisionnelle donne l'occasion aux parties intéressées de prendre position sur tout projet de mesures à prendre conformément à ce décret et qui auront des répercussions significatives sur le marché concerné. La procédure d'audition ainsi que les résultats sont publiés par la chambre décisionnelle. Il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties conformément à l'article 108. A cette fin, la chambre décisionnelle installe un point d'information unique où est tenue une liste de toutes les auditions en cours.

§ 2. - De plus, la chambre décisionnelle communique à la Commission européenne ainsi qu'aux autorités réglementaires nationales des Etats membres le projet des mesures à prendre conformément à ce décret, dans la mesure où ces dernières peuvent avoir des répercussions sur le commerce entre les Etats membres. La Commission européenne et les autorités réglementaires nationales des Etats membres ne peuvent prendre position que dans un délai d'un mois ou avant l'expiration d'un délai plus long déterminé conformément au § 1^{er}.

La chambre décisionnelle doit tenir largement compte des positions adoptées par la Commission européenne et par les autorités réglementaires des autres Etats membres. Elle communique à la Commission européenne le projet qui en découle.

Si un projet comporte la définition d'un marché pertinent se distinguant de ceux définis dans la « recommandation sur les marchés pertinents de produits et de services » que la Commission européenne publie conformément à l'article 15, alinéa 1, de la directive 2002/21/CE du Parlement européen et du conseil du 7 mars 2002 relative à un cadre réglementaire commun pour les réseaux et services de communications électroniques (directive « cadre »), dans la version respectivement applicable, ou la définition de la mesure dans laquelle une ou plusieurs entreprises dispose(nt) d'une puissance significative sur ce marché, et si la Commission européenne déclare dans le délai fixé conformément à la deuxième phrase de l'alinéa 1 que le projet créerait un obstacle pour le marché intérieur ou si elle a des doutes sérieux quant à la compatibilité avec le droit communautaire et en particulier avec les objectifs de l'article 8 de la directive « cadre », la chambre décisionnelle reporte de deux mois la décision sur le projet de mesure. Si la Commission européenne décide dans ce délai d'inviter la chambre décisionnelle à retirer le projet, cette décision est contraignante pour la chambre décisionnelle. Si la chambre décisionnelle veut suivre les modifications proposées par la Commission européenne, elle modifie le projet conformément à la décision de la Commission européenne et le transmet à la Commission.

Si la chambre décisionnelle est d'avis, lorsque se présentent des circonstances exceptionnelles, qu'il faut agir d'urgence. - sans suivre la procédure du § 1^{er} et des alinéas 1 à 3 - afin de garantir la concurrence et de protéger les intérêts des utilisateurs, elle peut prendre directement des mesures ad hoc provisoires. Elle communique immédiatement celles-ci à la Commission européenne et aux autres autorités réglementaires nationales avec une motivation complète. Une décision de la chambre décisionnelle de rendre ces mesures durables ou de prolonger leur durée de validité est soumise aux dispositions du § 1^{er} et des alinéas 1 à 3.

Audition des intéressés

Art. 104. Pour toutes les questions relatives aux droits des utilisateurs finaux et aux droits des consommateurs de services de communications électroniques accessibles au public, la chambre décisionnelle tient compte de l'opinion des utilisateurs finaux et consommateurs dans la mesure où c'est approprié, notamment lorsque ces questions ont des répercussions significatives sur le marché.

Publication d'informations

Art. 105. Sans préjudice de l'article 108, la chambre décisionnelle publie sur Internet des informations relatives aux droits, conditions, procédures, redevances administratives et décisions portant sur les autorisations générales, les droits d'utilisation et la régulation du marché. Elle veille à la mise à jour permanente des informations. Si les informations peuvent être obtenues auprès d'autres organismes ou autorités réglementaires belges, la chambre décisionnelle veille à ce que l'ensemble des informations soit présenté de manière conviviale.

La chambre décisionnelle transmet à la Commission européenne une copie de toutes les informations publiées en matière de régulation du marché.

Obligation d'information

Art. 106. Sans préjudice de l'article 108, la chambre décisionnelle met, sur demande motivée de la Commission européenne, les informations nécessaires à disposition afin que la Commission puisse remplir ses missions. S'il s'agit d'informations transmises par des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques, la chambre décisionnelle en informe ceux-ci.

Obligation d'informer une autre instance belge ou une instance d'un autre Etat membre

Art. 107. Sans préjudice de l'article 108, la chambre décisionnelle transmet, sur demande motivée d'une autre instance belge ou d'une instance d'un autre Etat membre de la Communauté européenne, les informations dont ladite instance a besoin pour remplir les obligations lui imposées par le droit communautaire.

Secrets de fabrique et secrets commerciaux

Art. 108. La chambre décisionnelle doit traiter confidentiellement les secrets de fabrique et les secrets commerciaux dont elle a eu connaissance.

Frais exposés

Art. 109. Les membres de la chambre décisionnelle ont droit au remboursement des frais de déplacement et à des jetons de présence raisonnables fixés par le Gouvernement.

Financement

Art. 110. Les recettes de la chambre décisionnelle comprennent :

- 1° toutes les recettes provenant des activités de la chambre décisionnelle;
- 2° des revenus aléatoires;
- 3° des dons et legs.

Pour couvrir les frais administratifs, la chambre décisionnelle peut fixer des redevances administratives à charge des entreprises qui fournissent un réseau ou un service ou auxquelles un droit d'utilisation a été octroyé. Le Gouvernement fixe les autres modalités.

Section 3. — Chambre consultative

Composition

Art. 111. § 1^{er}. - Lors de la composition de la chambre consultative il est fait application du décret du 3 mai 2004 promouvant la présence équilibrée d'hommes et de femmes dans les organes consultatifs.

Les membres suivants appartiennent au groupe des opérateurs dans le domaine des médias :

- 1° un membre sur la proposition du Conseil d'administration du BRF;
- 2° un membre sur la proposition des organismes privés de radiodiffusion télévisuelle agréés;
- 3° un membre sur la proposition des radios locales agréées;
- 4° un membre par radio régionale agréée, sur la proposition de la radio concernée;
- 5° un membre sur la proposition des exploitants enregistrés de réseaux câblés;
- 6° un membre sur la proposition de l'association sans but lucratif chargée de l'exécution technique et organisationnelle de la chaîne ouverte et
- 7° un membre sur la proposition des unités de presse reconnues en vertu du décret du 7 février 1994 relatif à l'aide accordée à la presse quotidienne.

Les membres suivants font partie du groupe des utilisateurs de médias :

- 1° un membre sur la proposition des organisations représentatives des travailleurs;
- 2° un membre sur la proposition des organisations représentatives des employeurs ou des organisations des Classes moyennes;
- 3° un membre sur la proposition des organisations de défense des consommateurs établies en région de langue allemande;
- 4° un membre sur la proposition du Conseil pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;
- 5° un membre sur la proposition du Conseil de la Jeunesse germanophone;
- 6° un membre sur la proposition du Conseil des Personnes âgées;

Le président du Conseil des médias est de droit président de la chambre consultative.

§ 2. - Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif.

§ 3. - Les mandataires élus au sein du Parlement de la Communauté germanophone peuvent, pour la liste sur laquelle ils étaient candidats, déléguer auprès de la chambre consultative un représentant qui aura voix consultative ainsi qu'un représentant suppléant.

§ 4. - Si un des organismes habilités à proposer des candidats n'en propose aucun, de sorte que la chambre consultative ne peut être constituée conformément aux §§ 1^{er} et 2, la désignation des autres membres effectifs et suppléants de la chambre consultative et la composition de celle-ci sont toutefois considérées comme régulières.

Les mandats restés vacants peuvent également être occupés après l'installation de la chambre consultative conformément à la procédure déterminée aux §§ 1^{er} et 2.

Conditions personnelles, incompatibilités

Art. 112. Seuls peuvent être membres de la chambre consultative les personnes remplissant les conditions suivantes :

- 1° jouir des droits civils et politiques;
- 2° être majeur.

La qualité de membre est incompatible avec celle de membre de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Parlement régional ou communautaire, du Parlement européen, d'un Conseil provincial, d'un Conseil communal, du Gouvernement fédéral, d'un Gouvernement régional ou communautaire, du Collège provincial ou d'un Cabinet ministériel; de plus, un membre de la chambre consultative ne peut être Gouverneur de Province, Commissaire d'arrondissement ou bourgmestre.

Motifs de retrait

Art. 113. Un membre se retire de la chambre consultative pour les raisons suivantes :

1° il ne remplit plus une des conditions personnelles mentionnées à l'article 112, alinéa 1^{er}, ou une des incompatibilités mentionnées à l'article 112, alinéa 2, intervient;

2° il est absent sans être excusé à plus de la moitié des séances par an;

3° l'organe visé à l'article 111, § 1^{er}, et qui l'a proposé retire le mandat.

En cas de retrait d'un membre, le suppléant termine le mandat. Le Gouvernement désigne un nouveau suppléant.

Missions

Art. 114. § 1^{er}. - La chambre consultative a pour missions :

1° d'émettre un avis préliminaire aux décisions du Gouvernement

a) concernant la demande d'agrément d'un organisme privé de radiodiffusion télévisuelle conformément à l'article 20;

b) concernant la demande d'agrément d'un organisme privé de radiodiffusion sonore conformément à l'article 27;

c) concernant la demande d'agrément d'un fournisseur d'autres services que des programmes sonores et télévisés conformément à l'article 37;

d) concernant l'établissement de la liste des événements majeurs visée à l'article 14;

e) concernant l'opposition à la diffusion d'un programme télévisé visée à l'article 79, § 1^{er}, 2°;

f) concernant l'opposition à la diffusion de programmes sonores visée à l'article 79, § 2 ou à la fourniture d'autres services que des programmes sonores et télévisés;

g) concernant l'interdiction de diffusion de programmes sonores visée à l'article 80, § 2 ou de la fourniture d'autres services que des programmes sonores et télévisés;

h) avant la fixation du règlement d'utilisation visé à l'article 16, § 4, alinéa 1^{er};

2° d'émettre un avis avant l'application des sanctions administratives énumérées à l'article 120. La chambre consultative émet un tel avis :

a) d'initiative lorsqu'elle constate des infractions aux dispositions du présent décret ou ses dispositions d'exécution;

b) à la demande du Gouvernement;

c) à la demande d'une personne physique ou morale qui signale des infractions aux dispositions du présent décret ou ses dispositions d'exécution.

L'avis contient une proposition motivée d'application éventuelle de l'une des sanctions administratives visées à l'article 120;

3° d'élaborer des règlements déontologiques types en matière de médias, entre autres en ce qui concerne la protection des mineurs et la publicité. Ces règlements types seront transmis aux différents opérateurs dans le domaine des médias;

4° de rendre des avis concernant :

a) le contenu des programmes ainsi que la programmation générale du BRF qui sont transmis au Conseil d'administration du BRF, et ce en application de la loi du 16 juillet 1973 garantissant la protection des tendances idéologiques et philosophiques;

b) d'autres thèmes relatifs aux médias que le Gouvernement soumet à la chambre consultative, pour autant que ces thèmes ne soient pas du ressort de la chambre décisionnelle;

5° d'examiner les plaintes, des impulsions et des propositions concernant la radiodiffusion en Communauté germanophone et qui ont été soumis à la chambre consultative par une personne physique ou morale, dans la mesure où ces thèmes ne sont pas du ressort de la chambre décisionnelle.

Outre sa fonction consultative, la chambre consultative peut jouer le rôle de médiateur en cas de conflits d'intérêts entre opérateurs dans le domaine des médias et utilisateurs de médias;

6° de rédiger, pour chaque mandat, un rapport sur le paysage médiatique de la Communauté germanophone, un rapport qui traite entre autres de l'équilibrage des programmes et de la défense de la diversité d'opinions en ce qui concerne les programmes diffusés par les organismes privés de radiodiffusion télévisuelle et les radios privées ainsi que des influences sur le paysage médiatique.

§ 2. - Les avis mentionnés au § 1^{er}, 1° doivent être rendus dans les trois mois suivant la demande, sinon, ils sont censés être rendus.

Suffrages exprimés

Art. 115. Un avis est rendu à la majorité des voix. Les abstentions ne sont pas admises. En cas de parité des voix, la voix du président est prépondérante.

Si aucune majorité ou parité ne se dégage au sein du groupe des opérateurs dans le domaine des médias ou de celui des utilisateurs de médias, ledit groupe peut rendre un avis minoritaire.

Frais exposés

Art. 116. § 1^{er}. - Les frais de fonctionnement de la chambre consultative sont à charge du budget de la Communauté germanophone.

§ 2. - Les membres de la chambre consultative ont droit à des jetons de présence et à une indemnité kilométrique.

Le Gouvernement fixe les modalités d'octroi de ces indemnités.

TITRE 6. — Exploitants de cinéma

Subventionnement des exploitants de cinéma et promotion de leurs projets

Art. 117. La Communauté germanophone promeut la réalisation des projets d'exploitants de cinéma, projets visés à l'alinéa 2, 2°, en accordant un subside annuel de € 17.500 dans le cadre des crédits budgétaires disponibles.

Pour obtenir ce subside, les exploitants de cinéma doivent remplir les conditions suivantes :

- 1° chacun d'eux doit organiser au moins 200 projections par an dans le format 35 mm habituel;
- 2° soumettre ensemble un accord réglant la coopération, notamment en vue de l'organisation annuelle de cinéforums ou de journées du cinéma, ainsi que la projection d'au moins 4 copies de promotion par an.

Le subside visé au premier alinéa est liquidé à parts égales aux exploitants de cinéma participants, sur présentation des justificatifs des frais engagés dans le cadre de la réalisation du projet visé à l'alinéa 2, 2°.

Majorations

Art. 118. Le subside visé à l'article 117 est majoré de 20% au plus lorsque la commune sur le territoire de laquelle se situe la salle de spectacles cinématographiques de l'exploitant de cinéma participe, dans le cadre d'un accord avec la Communauté germanophone, au financement des frais d'infrastructure, de fonctionnement ou de personnel encourus par l'exploitant de cinéma pour l'exploitation de la salle de spectacles cinématographiques.

Coefficient

Art. 119. Le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants fixés aux articles 117 et 118 afin de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

TITRE 7. — Sanctions

Section 1^{re}. — Sanctions administratives

Sanction des dispositions des titres 2 et 3

Art. 120. En cas d'infraction aux dispositions des titres 2 et 3 de ce décret, de ses dispositions d'exécution ainsi que des lois relatives à la radiodiffusion, et sur avis de la chambre consultative, le Gouvernement peut imposer les sanctions suivantes aux organismes privés de radiodiffusion télévisuelle agréés, aux organismes privés de radiodiffusion sonore agréés et aux fournisseurs agréés d'autres services que des programmes télévisés et sonores :

- 1° un avertissement;
- 2° la publication d'une annonce dans la presse;
- 3° après audition, la suspension provisoire, la réduction ou le retrait de l'agrément;
- 4° après audition, le paiement d'une amende administrative de 2.500 à € 25.000 .

En cas de retrait de l'agrément, le délai d'entrée en vigueur du retrait est de six mois au moins.

Sanction des dispositions des chapitres 2 et 3 du titre 4

Art. 121. § 1^{er}. - Si la chambre décisionnelle constate que les obligations imposées par les chapitres 2 et 3 du titre 4 ne sont pas remplies, elle donne l'occasion à l'entreprise concernée de prendre position ou de remédier aux manquements

- 1° dans le mois qui suit la communication;
- 2° dans un délai plus court convenu avec l'entreprise ou fixé par la chambre décisionnelle en cas de récidive;
- 3° dans un délai plus long fixé par la chambre décisionnelle.

Si l'entreprise ne remédie pas aux manquements dans le délai mentionné au premier alinéa, la chambre décisionnelle prend des mesures appropriées afin que les exigences soient rencontrées. La décision motivée est communiquée dans la semaine à l'entreprise, avec fixation d'un délai raisonnable pour satisfaire aux mesures.

Par "mesures appropriées" au sens de l'alinéa 2, l'on entend :

- 1° un avertissement;
- 2° la publication d'une annonce dans la presse;
- 3° la saisie des ressources (équipements);
- 4° le paiement d'une amende administrative de 2.500 à 25.000 €.

§ 2. - En cas de manquement grave et répété aux obligations imposées en vertu des chapitres 2 et 3 du titre 4, la chambre décisionnelle peut interdire de continuer à fournir des réseaux ou services de communications électroniques ou suspendre voire retirer les droits d'utilisation de fréquences dans la mesure où les mesures appropriées prises en vertu du § 1 sont restées sans suite. En cas de menace immédiate et grave de l'ordre public, de la sécurité publique ou de la santé publique, la chambre décisionnelle peut prendre des mesures d'urgence en référé.

§ 3. - Sans préjudice du § 1^{er}, la chambre décisionnelle peut ordonner le paiement d'une amende administrative de 2.500 à € 25.000 lorsqu'une entreprise ne remplit pas les obligations lui imposées en vertu de l'article 102 dans le délai fixé par la chambre décisionnelle.

Fonctionnaire délégué

Art. 122. Le Gouvernement désigne un agent chargé du recouvrement des amendes ainsi dues et de la saisie. Il a pouvoir de dresser contrainte, laquelle est exécutoire dans les huit jours de la notification qui en est faite au débiteur de l'amende. Elles sont exécutées par huissier de justice dans les formes prévues par le code judiciaire.

Section 2. — Sanctions pénales

Diffusion sans agréation

Art. 123. Est passible d'une amende de 100 à € 100.000 celui qui diffuse sciemment des programmes sonores ou télévisés sans être en possession de l'agréation requise ou dont l'agréation est suspendue ou retirée.

Publicité illégale

Art. 124. Est passible d'une amende de 100 à € 100.000 celui qui diffuse de la publicité, du télé-achat ou des programmes parrainés violant les articles 6 à 10, 15 et 19.

Services à accès conditionnel

Art. 125. Est passible d'une amende de 100 à € 100.000 celui qui fabrique ou conçoit, importe, vend, loue, distribue, installe, échange des appareils, parties d'appareils ou des programmes informatiques, en assure l'entretien, les possède à des fins commerciales ou promeut de quelque manière que ce soit leur mise en circulation lorsqu'il le fait dans le but de

- 1° de permettre l'accès à un service de radiodiffusion qui n'est proposé que via un système de droit d'accès;
- 2° recevoir de manière frauduleuse des programmes de radiodiffusion diffusés par câble.

Est également passible d'une amende de 100 à € 100.000 celui qui vend, loue ou possède les appareils mentionnés au premier alinéa, des parties d'appareils ou des programmes informatiques pour les buts mentionnés à l'alinéa 1, 1° et 2°.

Programmes interdits

Art. 126. Est passible d'une amende de 500 à € 500.000 celui qui diffuse des programmes sonores ou télévisés violant l'article 4.

Disposition finale

Art. 127. Les dispositions du Livre Ier du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, sont applicables aux délits visés aux articles 123 à 126.

TITRE 8. — Dispositions finales

Clause européenne

Art. 128. Ce décret transpose les directives suivantes dans la mesure où elles ressortissent à la compétence de la Communauté germanophone :

1° Directive 89/552/CEE du Conseil, du 3 octobre 1989, visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle, modifiée par la directive 97/36/CE;

2° Directive 98/84/CE du parlement européen et du conseil du 20 novembre 1998 concernant la protection juridique des services à accès conditionnel et des services d'accès conditionnel;

3° Directive 2002/21/CE du Parlement européen et du conseil du 7 mars 2002 relative à un cadre réglementaire commun pour les réseaux et services de communications électroniques (directive « cadre »);

4° Directive 2002/20/CE du Parlement européen et du conseil du 7 mars 2002 relative à l'autorisation de réseaux et de services de communications électroniques (directive « autorisation »);

5° Directive 2002/19/CE du Parlement européen et du conseil du 7 mars 2002 relative à l'accès aux réseaux de communications électroniques et aux ressources associées, ainsi qu'à leur interconnexion (directive « accès »);

6° Directive 2002/22/CE du Parlement européen et du conseil du 7 mars 2002 concernant le service universel et les droits des utilisateurs au regard des réseaux et services de communications électronique (directive « service universel »).

Dispositions transitoires

Art. 129. Les autorisations accordées conformément au droit en vigueur jusqu'à présent restent valables pour la période initialement prévue, sans qu'il y ait prorogation tacite. Pour les autorisations provisoires octroyées à des organismes de radiodiffusion sonore conformément au droit en vigueur jusqu'à présent, les dispositions de ce décret relatives aux droits d'utilisation des fréquences sont d'application à partir du moment où expire la période initialement prévue pour des autorisations provisoires.

Les procédures administratives en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent décret doivent être menées à bonne fin en vertu des dispositions du présent décret.

Des réseaux ou services de communications électroniques qui jusqu'à présent ne nécessitaient pas d'inscription mais en nécessiteront une à l'avenir conformément à ce décret, devront après l'entrée en vigueur du présent décret être immédiatement inscrits en vertu de l'article 46.

Disposition abrogatoire

Art. 130. Sans préjudice de l'article 129, le décret sur les médias du 26 avril 1999, modifié par le décret-programme du 23 octobre 2000, le décret du 17 avril 2001, le décret-programme du 7 janvier 2002, le décret-programme du 3 février 2003, le décret du 3 mai 2004 et le décret-programme du 21 mars 2005, est abrogé.

L'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2000 portant exécution du décret sur les médias du 26 avril 1999 reste en vigueur dans la mesure où il ne contrevient pas au présent décret.

Habilitatation

Art. 131. § 1^{er}. - Le Gouvernement peut, avant le 31 mars 2006, abroger, compléter, modifier ou remplacer des dispositions du présent décret pour prendre toutes les mesures nécessaires afin de remplir les obligations découlant des directives européennes.

§ 2. - Le projet d'arrêté visé au § 1^{er} est soumis à l'avis de la section de législation du Conseil l'Etat.

Cet avis est publié en même temps que le rapport au Gouvernement et l'arrêté correspondant.

§ 3. - Si l'arrêté visé au § 1^{er} n'est pas confirmé par le Parlement dans les quinze mois suivant sa publication dans le *Moniteur belge*, il est censé être abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 132. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption
Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.
Donné à Eupen, le 27 juin 2005.

K.-H. LAMBERTZ,
Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,
Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,
Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS,
Ministre de la Culture et des Médias,
de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2004-2005.*

Documents du Parlement. — 35 (2004-2005) 1 : Projet de décret
35 (2004-2005) 2 : Propositions d'amendement + erratum
35 (2004-2005) 3 : Texte adopté par la Commission II pour la culture
35 (2004-2005) 4 : Proposition d'amendement au texte adopté par la Commission
35 (2004-2005) 5 : Rapport
Compte rendu intégral. — Discussion et adoption — Séance du 27 juin 2005

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 2201

[C — 2005/33072]

27 JUNI 2005. — Decreet over de radio-omroep en de filmvoorstellingen (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

TITEL 1. — Algemene bepalingen

Toepassingsgebied

Artikel 1. Dit decreet is van toepassing op de radio-omroep, voor het aanbieden van voor het overbrengen van radio-omroepuitzendingen geschikte netwerken, diensten en bijbehorende faciliteiten, welke onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen, alsmede op de filmvoorstellingen die in het Duitse taalgebied plaatsvinden.

Begripsbepalingen

Art. 2. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1° algemene machtiging : de regelgeving waarbij, overeenkomstig dit decreet, rechten worden verleend voor het aanbieden van elektronische- communicatienetwerken of -diensten en specifieke sectorgebonden verplichtingen worden vastgesteld die voor alle of voor wel bepaalde soorten elektronische-communicatienetwerken en -diensten kunnen gelden;

2° Application Program Interface - applicatieprogramma-interface (API) : een software interface tussen toepassingen, die beschikbaar is gesteld door omroepen, dienstleveranciers, alsmede de hulpmiddelen voor geavanceerde digitale eindapparatuur voor digitale televisie- en radiodiensten;

3° aanbieden van een elektronische-communicatienetwerk : het bouwen, exploiteren, leiden of beschikbaar stellen van een dergelijk netwerk;

4° beslissingskamer : het lichaam van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 86, § 2;

5° exploitant : onderneming die een openbaar communicatienetwerk of een bijbehorende faciliteit aanbiedt of gemachtigd is aan te bieden;

6° breedbeeldformaat : televisiebeeldformaat waarvan de verhouding tussen de lengte en de breedte gelijk is aan 16 : 9;

7° elektronische-communicatiedienst : een gewoonlijk tegen vergoeding aangeboden dienst die geheel of hoofdzakelijk bestaat in het overbrengen van signalen via elektronische-communicatienetwerken, doch niet de dienst waarbij met behulp van elektronische- communicatienetwerken en- diensten overgebrachte inhoud wordt geleverd of redactioneel wordt gecontroleerd;

8° elektronische-communicatienetwerk : de transmissiesystemen en in voorkomend geval de schakel- of routeringsapparatuur en andere middelen die het mogelijk maken signalen over te brengen via draad, radiogolven, optische of andere elektromagnetische middelen waaronder satellietnetwerken, vaste en mobiele terrestrische netwerken, elektriciteitsnetten, voor zover deze voor overdracht van signalen worden gebruikt, netwerken voor radio- en televisieomroep en kabeltelevisienetwerken;

9° elektronische programmagids : elektronisch computerprogramma dat het programma-aanbod van omroepen oplist en het gebruik ervan mogelijk maakt;

10° eindgebruiker : een gebruiker die geen openbaar communicatienetwerk of openbare elektronische-communicatiediensten aanbiedt;

11° geavanceerde digitale eindapparatuur : kastjes met converter en decoder en geïntegreerde digitale televisietoestellen voor de ontvangst van de digitale interactieve televisiediensten;

12° Europese producties : producties die afkomstig zijn uit Europese lidstaten, alsmede producties uit derde Europese staten die ondertekende partij zijn bij het Europees Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa, en producties uit andere derde Europese staten, als in de betrokken derde staten geen discriminerende maatregelen genomen worden t.o.v. producties uit de lidstaten.

Onder producties die afkomstig zijn uit Europese lidstaten of uit derde Europese staten die ondertekende partij zijn bij het Europees Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa, verstaat men producties die voornamelijk tot stand zijn gekomen met de hulp van één of meer auteurs en werknemers die in deze staten wonen en die aan één van de volgende drie voorwaarden voldoen :

a) deze producties zijn tot stand gebracht door één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en);

b) de vervaardiging ervan wordt door één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en) gesuperviseerd en daadwerkelijk gecontroleerd;

c) de bijdrage van de coproducten uit deze staten in de totale productiekosten bedraagt meer dan de helft, en de coproductie wordt niet door één of meer buiten deze staten gevestigde producenten gecontroleerd.

Onder producties die afkomstig zijn uit andere derde Europese staten verstaat men producties die uitsluitend of in coproductie met in één of meer Europese lidstaten gevestigde producenten zijn vervaardigd door producenten die gevestigd zijn in één of meer derde Europese staten waarmee de Gemeenschap overeenkomsten gesloten heeft, indien deze producties voornamelijk vervaardigd zijn met behulp van auteurs en werknemers die in één of meer Europese staten wonen.

Producties die geen Europese producties zijn in de zin van het eerste lid, echter in het kader van bilaterale coproductieverdragen gesloten tussen Europese lidstaten en derde staten zijn vervaardigd, worden als Europese producties beschouwd, voor zover het aandeel van coproducten uit de Gemeenschap in de totale productiekosten de meerderheid vormt en de vervaardiging niet door één of meerdere producenten gecontroleerd wordt die buiten het gebied van de lidstaten wonen.

Producties die geen Europese producties zijn in de zin van de leden 1 en 4, echter voornamelijk in samenwerking met in één of meer Europese lidstaten gevestigde auteurs en werknemers zijn vervaardigd, worden als Europese producties beschouwd naar rato van het aandeel van coproducten uit de Europese Gemeenschap in de totale productiekosten.

Onder Europese lidstaten verstaat men de lidstaten van de Europese Gemeenschap en de andere staten die ondertekende partij zijn bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte.

13° televisieprogramma : het geheel van de uitzendingen die onder een gemeenschappelijke benoeming door een televisieomroeporganisatie worden doorgegeven;

14° televisieomroep : het oorspronkelijk uitzenden via de kabel of draadloos, via zendapparatuur op aarde of aan boord van een satelliet, al dan niet in gecodeerde vorm, van voor ontvangst door het publiek bestemde programma's. Hieronder is ook begrepen het overdragen van programma's tussen organisaties met het oog op het doorgeven daarvan aan het publiek.

15° televisieomroeporganisatie : rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor televisieprogramma's en zulke programma's uitzendt of laat uitzenden;

16° cineforum : jaarlijkse voorstelling van ten minste acht films met hoge kunstwaarde die voor de jongelui toegankelijk zijn en waarvan de kwaliteit door ten minste één evaluatie-instelling van één der lidstaten van de Europese Unie erkend werd;

17° cinedagen : voorstelling van ten minste vier films met hetzelfde thema over een week;

18° promotiekopie : door een bioscoophouder gefinancierde kopie van een film dat ten laatste twee weken na zijn nationaal lanceren in België of in de Bondsrepubliek Duitsland voorgesteld wordt;

19° advieskamer : het lichaam van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 86, § 2;

20° geluidsprogramma : het geheel van de uitzendingen die onder een gemeenschappelijke benoeming door een radio-omroeporganisatie worden doorgegeven;

21° radio-omroeporganisatie : de rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor radioprogramma's en zulke programma's uitzendt of laat uitzenden;

22° kabelnet : elektronisch communicatienetwerk dat het mogelijk maakt programmasignalen via even welke aard draad, geheel of gedeeltelijk, al dan niet in gecodeerde vorm, aan derden over te brengen;

23° bioscoophouder : de natuurlijke of rechtspersonen die in het Duitse taalgebied een bioscoopzaal bedrijven waar zij films tegen betaling voorstellen;

24° controle-overdracht : procédé waarmee het mogelijk is van systeem voor voorwaardelijke toegang te veranderen, zonder te raken aan het gescrambelde signaal van een omroepdienst;

25° transnationale markten : de door de Europese Commissie gedefinieerde markten die de Europese Gemeenschap of een aanzienlijk deel daarvan beslaan;

26° lokale radio : een private radio-omroeporganisatie die gericht is tot een geografisch beperkt publiek;

27° Mediaraad : de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 86;

28° gebruiker : een natuurlijke of rechtspersoon die gebruik maakt van of verzoekt om een openbare elektronische-communicatiedienst;

29° open kanaal : een televisieprogramma uitgewerkt door natuurlijke of rechtspersonen die op eigen verantwoordelijkheid televisuele participaties met een beperkte duur uitzenden, waarbij deze personen een vrije en billijke toegang gewaarborgd wordt;

30° openbaar toegankelijke elektronische communicatiediensten : de voor de brede openbaarheid beschikbare elektronische-communicatiediensten;

31° openbaar communicatienetwerk : een elektronische-communicatienetwerk dat geheel of hoofdzakelijk wordt gebruikt om openbare elektronische-communicatiediensten aan te bieden;

32° private televisieomroeporganisatie : een privaatrechtelijke televisieomroeporganisatie;

33° private radio-omroeporganisatie : een privaatrechtelijke radio-omroeporganisatie;

34° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

35° regionale radio : een private radio-omroeporganisatie die gericht is tot een regionaal publiek;

36° omroepdienst : dienst voor het oorspronkelijk uitzenden via elektronische communicatienetwerken, al dan niet in gecodeerde vorm, van radio- of televisieprogramma's of van andere soorten programma's bestemd voor het publiek in het algemeen of voor een deel ervan. Hieronder zijn ook de programma's begrepen die op individueel verzoek worden uitgezonden, ongeacht de techniek die voor de uitzending wordt gebruikt, met inbegrip van de punt-tot-punt techniek, en het overdragen van programma's tussen ondernemingen met het oog op het doorgeven daarvan aan het publiek. Hieronder zijn diensten die geïndividualiseerde en door een vorm van vertrouwelijkheid gekenmerkte informatie leveren niet begrepen;

37° sluitreclame : het vermelden of vertonen van goederen, diensten, naam, handelsmerk of activiteiten van een producent van goederen of een dienstverlener in televisie- of geluidsprogramma's, indien dit door de televisie- of radio-omroeporganisatie wordt gedaan met de bedoeling reclame te maken en indien het publiek kan worden misleid omtrent het eigenlijke doel van deze vermelding of vertoning. Een bedoeling wordt met name geacht aanwezig te zijn, indien tegenover de vermelding of vertoning een geldelijke of andere vergoeding staat;

38° sponsoring : elke bijdrage van een overheidsbedrijf of particuliere onderneming die zich niet bezighoudt met de vervaardiging van audiovisuele producties, aan de financiering van televisie- of geluidsprogramma's met het doel hun naam, handelsmerk, imago, activiteiten of realisaties meer bekendheid te geven;

39° telewinkelen : de uitzendingen die tegen betaling goederen en diensten, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen rechtstreeks aan het publiek aanbieden;

40° transmissiesysteem : de reeks fasen met betrekking tot de verwerking van de audio- en videosignalen en daarmee verband houdende gegevens van een omroepdienst die ertoe dient deze signalen vorm te geven en naar het publiek over te brengen. Die reeks omvat voorzieningen voor het genereren van programmasignalen (broncodering van audio- en videosignalen, multiplexing van signalen) en aanpassing aan de transmissiemedia (kanaalcodering, modulatie en, voor zover nodig, energiedispersie);

41° consument : een natuurlijke persoon die gebruik maakt van of verzoekt om een openbare elektronische-communicatiedienst voor andere dan bedrijfs- of beroepsdoelstellingen;

42° scrambling : de verwerking van audio- en videosignalen van omroepdiensten, om die te coderen en zo onverstaabaar te maken voor elke persoon die niet over de vereiste toegangsbewijzen beschikt;

43° reclame : de door een overheidsbedrijf of particuliere onderneming tegen betaling of soortgelijke vergoeding dan wel ten behoeve van zelfpromotie op televisie of radio uitgezonden boodschap - in welke vorm dan ook - in verband met de uitoefening van enige commerciële, industriële of ambachtelijke activiteit of van een vrij beroep, met het oog op de bevordering van de levering van goederen of diensten tegen betaling, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen;

44° toegang : het beschikbaar stellen van faciliteiten en/of diensten aan een andere onderneming, onder uitdrukkelijke voorwaarden, hetzij op exclusieve hetzij op niet-exclusieve basis, met het oog op het aanbieden van elektronische-communicatiediensten. Daaronder valt o.a. de toegang tot netcomponenten en bijbehorende faciliteiten;

45° systeem voor voorwaardelijke toegang : elke technische maatregel of regeling waarbij toegang tot een beschermd radio- of televisie-omroepdienst afhankelijk wordt gemaakt van een abonnement of een individuele machtiging;

46° bijbehorende faciliteiten : de bij een elektronische-communicatienetwerk en/of een elektronische-communicatiedienst behorende faciliteiten die het aanbieden van diensten via dat netwerk en/of deze dienst mogelijk maken en/of ondersteunen. Daartoe behoren ook systemen voor voorwaardelijke toegang, Application Program Interface - applicatieprogramma-interface (API) en elektronische programmagidsen;

47° interconnectie : het fysiek en logisch verbinden van openbare elektronische-communicatienetwerken die door dezelfde of een andere onderneming worden gebruikt om het de gebruikers van een onderneming mogelijk te maken te communiceren met die van dezelfde of van een andere onderneming of toegang te hebben tot diensten die door een andere onderneming worden aangeboden. Diensten kunnen worden aangeboden door de betrokken partijen of andere partijen die toegang hebben tot het netwerk. Interconnectie wordt gerealiseerd tussen exploitanten van openbare netwerken.

TITEL 2. — Programma's

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Toepassingsgebied

Art. 3. Onverminderd het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, is deze titel van toepassing op de televisie-omroepprogramma's van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, hierna BRF genoemd, op private televisieomroeporganisaties, op het open kanaal, op private radio-omroeporganisaties en op aanbieders van andere omroepdiensten dan televisie- en geluidsprogramma's.

Verboden uitzendingen

Art. 4. De televisieomroeporganisaties, het open kanaal, de radio-omroeporganisaties en de aanbieders van andere omroepdiensten dan televisie- en geluidsprogramma's mogen programma's niet uitzenden die :

1° de wetten overtreden, de veiligheid van de Staat, de openbare orde of de goede zeden in gevaar brengen of een vreemde staat beledigen;

2° de lichamelijke, geestelijke of zedelijke ontwikkeling van minderjarigen ernstig zouden kunnen aantasten, inzonderheid programma's met pornografische scènes of metodeloos geweld. Deze bepaling geldt ook voor andere programma's die de lichamelijke, geestelijke of zedelijke ontwikkeling van minderjarigen ernstig zouden kunnen aantasten, tenzij door de keuze van de zender van uitzending of door technische maatregelen gewaarborgd wordt dat de minderjarigen die zich in de uitzendingszone bevinden naar die uitzendingen normaal niet kijken of luisteren. Deze programma's, voor zover ze ongescrembeld uitgezonden worden, worden bovendien door akoestische middelen aangekondigd en door optische middelen tijdens de hele zending herkenbaar gemaakt;

3° tot haat aanzetten om redenen in verband met ras, geslacht, godsdienst of nationaliteit.

Weerwoord

Art. 5. De hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, zijn toepasselijk op de programma's van de televisieomroeporganisaties, het open kanaal en de radio-omroeporganisatie.

Algemene bepaling met betrekking tot reclame

Art. 6. Onverminderd de artikelen 15 en 19 mogen de programma's van de televisie- en radio-omroeporganisaties reclame inhouden.

Regeling van de reclame, sluikreclame en telewinkeluitzendingen

Art. 7. § 1. - Reclame- en telewinkeluitzendingen moeten als dusdanig erkenbaar zijn en duidelijk onderscheiden zijn van de andere programmaonderdelen. In televisie-uitzendingen geschiedt de onderscheiding door optische en/of akoestische middelen en in de radio-uitzendingen door akoestische middelen.

Afzonderlijke reclame- en telewinkelspots moeten een uitzondering blijven.

In de reclame- en telewinkeluitzendingen is het gebruik van subliminale technieken verboden.

In de telewinkeluitzendingen zijn sluikreclame en dienovereenkomstige praktijken verboden.

§ 2. - Nieuws, magazines over de actualiteit, documentaires, religieuze uitzendingen en kinderprogramma's, alsmede de uitzending van kerkdiensten mogen niet door reclame- en telewinkelspots worden onderbroken.

10 minuten vóór het begin en 10 minuten na het einde van kinderprogramma's zijn reclame- of telewinkeluitzendingen verboden.

§ 3. - De reclame- en telewinkeluitzendingen moeten tussen de uitzendingen ingevoegd worden. Onder de in de §§ 4 en 5 vermelde voorwaarden mogen de reclame- en telewinkelspots ook tijdens de lopende uitzendingen worden ingevoegd, op voorwaarde dat :

— zij de integriteit en de waarde van de uitzendingen niet aantasten, waarbij moet rekening worden gehouden met de natuurlijke programmaonderbrekingen, de lengte en de aard van het programma,

— zij de rechten van rechthebbenden niet tegengaan.

Deze bepaling geldt niet voor private radio-omroeporganisaties.

§ 4. - Voor de uitzendingen die uit autonome delen bestaan of voor sportuitzendingen en uitzendingen betreffende gebeurtenissen en vertoningen met pauzes die op dezelfde wijze gestructureerd zijn, mogen de reclame- en telewinkelspots slechts tussen autonome delen of gedurende de pauzes ingevoegd worden.

Worden andere dan de in lid 1 vermelde uitzendingen door reclame- of telewinkelspots onderbroken, dan moet een tussentijd van ten minste 20 minuten bestaan tussen de twee opeenvolgende onderbrekingen.

Deze paragraaf geldt niet voor private radio-omroeporganisaties.

§ 5. - De uitzending van audiovisuele werken zoals bioscoop- en televisiefilms, met uitzondering van series, feuilletons en amusementsprogramma's mag per volle tijdruimte van 45 minuten éénmaal onderbroken worden, indien de geprogrammeerde zendtijd meer dan 45 minuten bedraagt. Een verdere onderbreking is toelaatbaar, indien de geprogrammeerde zendtijd twee of meer volle tijdruimten van 45 minuten met ten minste 20 minuten overschrijdt.

Deze paragraaf geldt niet voor private radio-omroeporganisaties.

Mensenrechten in de reclame

Art. 8. De reclame- en telewinkeluitzendingen mogen de menselijke waardigheid niet aantasten.

Zij mogen geen ras-, seks- of nationaliteitsdiscriminatie bevatten.

Zij mogen de religieuze of politieke overtuigingen niet kwetsen.

Zij mogen geen gedrag bevorderen dat de gezondheid en de veiligheid in gevaar kan brengen.

Zij mogen geen gedrag bevorderen dat de bescherming van het leefmilieu in gevaar kan brengen.

Bescherming van minderjarigen

Art. 9. De Reclame- en telewinkeluitzendingen die voor minderjarigen bedoeld zijn, moeten rekening houden met hun bijzondere sensibeleiteit, mogen hun belangen niet aantasten noch hen schaden.

Om beschermingsredenen worden ze aan volgende criteria onderworpen :

1° Ze mogen de minderjarigen niet direct aanmanen tot de aanschaffing van bepaalde producten of diensten door voordeel te trekken van hun onervarenheid en onbevangenheid;

2° Ze mogen de minderjarigen er niet direct toe aanmanen, hun ouders of een derde tot de aanschaffing van bepaalde producten en diensten aan te zetten;

3° Ze mogen niet voordeel trekken van het bijzonder vertrouwen dat de minderjarigen tegenover ouders, leraars of andere vertrouwenspersonen hebben;

4° Zonder gegronde reden mogen ze minderjarigen niet in gevaarlijke situaties tonen.

Bovendien mag telewinkelen minderjarigen niet aansporen, koop- en huurovereenkomsten voor waren of dienstverleningen te sluiten.

Lid 2, 4°, geldt niet voor radio-omroeporganisaties.

Sponsoring

Art. 10. Gesponsorde programma's moeten aan de volgende vereisten voldoen :

1° Inhoud en zenduur van een gesponsorde uitzending mogen in geen geval door de sponsor zo beïnvloed worden dat de verantwoordelijkheid en de redactionele onafhankelijkheid van de televisieomroeporganisatie met betrekking tot de uitzendingen aangetast worden.

2° Ze moeten als gesponsorde programma's duidelijk gekenmerkt worden door middel van de naam en/of handelsmerk van de sponsor aan programmabegin en/of -einde.

3° Ze moeten niet tot koop of huur van producten of tot gebruikmaking van diensten aangeboden door de sponsor of een derde aanmanen, inzonderheid door specifieke inlichtingen naar voren te brengen die deze producten of diensten betreffen en de verkoop bevorderen.

Nieuws en politieke uitzendingen mogen niet gesponsord worden.

HOOFDSTUK 2. — Televisie

Toepassingsgebied

Art. 11. Dit hoofdstuk is van toepassing op de televisieomroeporganisaties.

Europese werken

Art. 12. De televisieomroeporganisaties moeten ofwel ten minste 10% van de zendtijd van elk televisieprogramma die niet aan nieuws, sport, spel, reclame, teletekst of telewinkeluitzendingen gewijd is ofwel 10% van hun begroting reserveren voor de uitzending van Europese producties, vervaardigd door producenten die van de televisieomroeporganisaties onafhankelijk zijn. Bovendien moet een behoorlijk gedeelte worden gereserveerd voor recente producties, d.w.z. producties die binnen de vijf jaar na hun vervaardiging worden uitgezonden.

Bioscoopfilms

Art. 13. De televisieomroeporganisaties mogen geen cinematografische werken uitzenden buiten de met de houders van rechten overeengekomen periodes.

Uitzenden van buitengewone evenementen

Art. 14. § 1. - De Regering kan een lijst opstellen van evenementen die van aanzienlijk belang voor de samenleving worden geacht, derhalve niet op een exclusieve basis zodanig mogen worden uitgezonden dat een belangrijk deel van het publiek dergelijke evenementen niet via rechtstreekse of uitgestelde verslaggeving op de kosteloze televisie kan volgen.

De Regering bepaalt of deze evenementen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving beschikbaar moeten zijn.

§ 2. - Het is de televisieomroeporganisaties verboden verworven exclusieve rechten zodanig uit te oefenen dat een belangrijk deel van het publiek in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap evenementen die door die lidstaat aangewezen zijn en waarvan de lijst in het Publicatieblad van de Europese Gemeenschappen bekendgemaakt is, niet op de kosteloze televisie kan volgen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving.

Televisiereclame

Art. 15. § 1. - De zendtijd voor de reclame- of telewinkelspots en voor andere reclamevormen, met uitzondering van de in § 2 bedoelde blokken voor telewinkelen mag 20% van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden. De zendtijd voor de reclamespots mag 15% van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden.

De zendtijd voor de reclame- of telewinkelspots mag 20% in één uur, gerekend vanaf een volle uur, niet overschrijden. Dit geldt niet voor pure telewinkelenprogramma's.

Gelden niet als reclame in de zin van voorafgaande leden :

1° aanwijzingen van de televisieomroeporganisatie in verband met haar eigen programma's en met rechtstreeks daarvan afgeleide ondersteunende producten;

2° mededelingen van de overheid en liefdadigheidsgroepen die gratis worden uitgezonden

§ 2. - Blokken voor telewinkelen die niet door een puur telewinkelenprogramma worden uitgezonden, moeten zonder onderbreking minimaal 15 minuten in beslag nemen.

Het maximaal aantal blokken voor telewinkelen per dag bedraagt acht. De totale duur ervan mag niet meer dan 3 uren per dag bedragen.

Zij moeten door optische en akoestische middelen duidelijk herkenbaar worden gemaakt als blokken voor telewinkelen.

HOOFDSTUK 3. — Open kanaal

Beginselen

Art. 16. § 1. - De Duitstalige Gemeenschap richt een open kanaal op waarvan ze de inrichtende macht is.

De technische en organisatorische aanwending van het open kanaal wordt een vereniging zonder winstoogmerk toevertrouwd die voor alle filosofische en ideologische strekkingen openstaat.

De statuten van de vereniging moeten ter goedkeuring aan de Regering worden voorgelegd.

§ 2. - Het open kanaal geeft aan natuurlijke of rechtspersonen de mogelijkheid om hun televisuele participaties op eigen verantwoordelijkheid uit te zenden waarvan de duur beperkt is.

Te dien einde helpt of laat het open kanaal hen helpen bij de productie en de organisatie, geeft hen raad of laat hen raad geven en stelt productiemiddelen ter hunne beschikking.

Bovendien kan de Regering het open kanaal - in het kader van het concept "pedagogie met behulp van de media" uitgewerkt door de Duitstalige Gemeenschap - dienovereenkomstige opdrachten toevertrouwen.

De participaties worden niet vergoed en kunnen geen reclame inhouden. Gesponsorde participaties zijn verboden. De participaties mogen de bepalingen van artikel 4 niet overtreden. De naam en de woonplaats of maatschappelijke zetel van de verantwoordelijke(n) dienen aan het begin en aan het einde van een participatie te worden vermeld.

§ 3. - Geniet het gebruiksrecht elkeen die zijn woonplaats, zijn maatschappelijke zetel, zijn werkplaats of zijn opleidingsplaats in het Duitse taalgebied heeft. De Regering kan dit recht uitbreiden om de interregionale en internationale betrekkingen te bevorderen.

De televisie- en radio-omroeporganisaties, de Rijks- en gemeentelijke inrichtingen en overheden alsmede de politieke partijen genieten dit gebruiksrecht niet.

§ 4. - De Regering legt een gebruiksreglement vast.

In het gebruiksreglement wordt gezorgd voor :

1° een vrije en billijke toegang alsmede een vrij en billijk gebruik, waarbij de participaties principieel naar de volgorde van het verzoek uitgezonden worden;

2° het recht op weerwoord, overeenkomstig de hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, waarbij het verzoek om weerwoord aan de voor de participatie verantwoordelijke gebruiker moet worden gericht.

§ 5. - De vereniging zonder winstoogmerk bedoeld in § 1, lid 2, legt de Regering jaarlijks een activiteitenverslag voor.

HOOFDSTUK 4. — Radio-omroep

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Herkenningsmelodie

Art. 17. De uitzending van de programma's van de radio-omroeporganisaties moet voorafgegaan en gevolgd worden door een herkenningmelodie die het mogelijk maakt de radio te identificeren en te lokaliseren alsook de gebruikte frequentie te kennen. Die herkenningmelodie wordt bovendien tijdens de uitzending van het programma met regelmatig tussenpauzen uitgezonden.

Nieuwsuitzendingen

Art. 18. Nieuwsuitzendingen moeten objectief en zakelijk zijn.

De informatie moet qua inhoud, bron en waarachtigheid worden onderzocht.

Commentaren zijn van de informatie duidelijk te onderscheiden en de naam van hun auteur moet worden vermeld.

De informatie moet in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen uitgewerkt worden die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist.

Afdeling 2. — BRF

Reclame bij het BRF

Art. 19. De geluidsprogrammas' van het BRF dienen de volgende beginselen te eerbiedigen.

De zendtijd voor de reclamespots en voor andere reclamevormen mag 15% van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden.

De zendtijd voor de reclamespots en voor andere reclamevormen mag 20% in één uur, gerekend vanaf een volle uur, niet overschrijden.

TITEL 3. — Private televisie- en radio-omroeporganisaties en aanbieders van andere diensten

HOOFDSTUK 1. — Private televisie-omroeporganisaties

Beginsel

Art. 20. Onverminderd het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, kan de Regering private televisie-omroeporganisaties erkennen. Elk televisieprogramma van een private televisie-omroeporganisatie dient vergund te worden.

Geldigheid van de erkenning, wijzigingen na de erkenning

Art. 21. § 1. - De erkenning is geldig tot het einde van het twaalfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan. Ze is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na het schriftelijk akkoord van de Regering.

Ze wordt stilzwijgend met 6 jaar verlengd, behoudens de Regering ze in de loop van het eerste semester van het laatste geldigheidsjaar per aangetekende brief opzegt of de erkende organisatie intussen er per aangetekende brief van afstand heeft gedaan.

§ 2. - De organisatie die wijzigingen wenst door te voeren die de voor de erkenning beslissende voorwaarden, vermeld in de artikelen 23 en 24, betreffen, dient vooraf de Regering schriftelijk ervan te informeren. Kan de erkenning ondanks de doorvoering van de wijziging toegekend of gehandhaafd worden, dan bekrachtigt de Regering dat er aan de wijziging geen nadeel verbonden is. Is het niet het geval, dan verklaart de Regering dat de erkenning niet kan worden toegekend, indien de wijziging wordt doorgevoerd. Voert de organisatie een wijziging door waarvan men niet overeenkomstig de tweede zin kan bekrachtigen dat er daaraan geen nadeel is verbonden, dan geldt artikel 120 mutatis mutandis.

Uitzending, gebruik van radiofrequenties

Art. 22. Is ofwel het aanbieden van een elektronische-communicatienetwerk of -dienst ofwel het gebruik van radiofrequenties gepland, dan is titel 4 van toepassing.

Voorwaarden

Art. 23. Kan als private televisie-omroeporganisatie erkend worden een rechtspersoon die :

1° als handelsmaatschappij opgericht is;

2° een vestiging in België heeft.

Het wordt geacht het geval te zijn als volgende voorwaarden vervuld zijn :

a) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België en neemt daar de redactionele programmeringsbesluiten;

b) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België, de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom - en slechts een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

c) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België, de programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is tegelijk in beiden staten werkzaam;

d) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België, de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom -, een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in geen van deze staten werkzaam, de televisieomroeporganisatie is echter met haar omroepactiviteiten volgens het Belgische rechtsstelsel begonnen en onderhoudt een duurzame en reële band met de Belgische economie;

e) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België, de redactionele programmeringsbesluiten worden in een derde staat genomen - of andersom - en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

f) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager en deze gebruikt een door België toegekende frequentie;

g) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie, maakt echter gebruik van een satellietcapaciteit behorende tot België;

h) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie of satellietcapaciteit, maakt echter gebruik van een aarde-satellietverbinding in België;

i) de letters a) tot h) zijn niet van toepassing op de aanvrager en deze is in België gevestigd overeenkomstig de artikelen 43 en volgende van de gecoördineerde versie van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;

3° haar hoofdkantoor in het Duitse taalgebied heeft, ofwel de redactionele programmeringsbesluiten worden daar door de aanvrager genomen.

Aanvraag om erkenning

Art. 24. De aanvraag om erkenning omvat volgende documenten :

- 1° de rechtsvorm van de aanvrager;
- 2° de statuten;
- 3° de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting;
- 4° de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten;
- 5° het adres van de vestiging of van het hoofdkantoor;
- 6° de benaming van de aanvrager en het televisieprogramma;
- 7° het geplande programmaschema;
- 8° de lijst van de prestaties die naast de uitzending van televisieprogramma's kunnen worden verstrekt;
- 9° de wijze waarop de televisieprogramma's worden uitgezonden;
- 10° alle gegevens die de behandeling van de aanvraag mogelijk maken;
- 11° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten over het algemeen na te leven.

De aanvraag wordt per aangetekende brief ingediend.

Ter aanvulling van de aanvraag kan de Regering verdere documenten opvragen.

Overeenkomst

Art. 25. Wanneer de Regering een private televisie-omroeporganisatie erkent, sluit ze tegelijkertijd een overeenkomst met de bedoelde organisatie met het oog op :

- 1° de bescherming en de luister van de Duitse taal, o.a. door een bepaald aantal zendingen in het Duits,
- 2° de luister van de Duitstalige Gemeenschap, o.a. door een bepaald aantal zendingen en berichten over de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering bepaalt de nadere modaliteiten.

Activiteitenverslag

Art. 26. Jaarlijks dient de organisatie een activiteitenverslag bij de Regering in. Dit verslag omvat ten minste :

- 1° het programmaschema;
- 2° gegevens inzake naleving van de overeenkomst en
- 3° de balansen en jaarrekeningen m.b.t. het voorjaar.

HOOFDSTUK 2. — Private radio-omroeporganisaties

Beginsel

Art. 27. Onverminderd het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, kan de Regering private radio-omroeporganisaties erkennen. Elk geluidsprogramma van een private radio-omroeporganisatie dient door de Regering te worden erkend.

Private radio-omroeporganisaties verdelen zich onder regionale en lokale radio's.

Geldigheid van de erkenning, wijzigingen na de erkenning

Art. 28. § 1. - De Regering kan de voorlopige erkenning voor een periode van ten hoogste twaalf maanden toekennen. Na afloop van deze periode reikt de Regering een bericht uit waarin de voorlopige erkenning tot een definitieve erkenning wordt omgezet, voor zover de private radio-omroeporganisatie aan de voorwaarden blijft voldoen.

De definitieve erkenning geldt :

- 1° voor regionale radio's tot het einde van het twaalfde kalenderjaar volgend op het jaar van de erkenning;
- 2° voor lokale radio's tot het einde van het zesde kalenderjaar volgend op het jaar van de erkenning.

De erkenning is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na het schriftelijk akkoord van de Regering.

Ze wordt stilzwijgend met zes jaar verlengd, behoudens de Regering de erkenning in de loop van het eerste semester van het laatste geldigheidsjaar per aangetekende brief opzegt of de erkende organisatie intussen er per aangetekende brief van afstand heeft gedaan.

§ 2. - De organisatie die wijzigingen wenst door te voeren die de voor de erkenning beslissende voorwaarden, vermeld in de artikelen 23 en 24, betreffen, dient vooraf de Regering schriftelijk ervan te informeren. Kan de erkenning ondanks de doorvoering van de wijziging toegekend of gehandhaafd worden, dan bekrachtigt de Regering dat er aan de wijziging geen nadeel verbonden is. Is het niet het geval, dan verklaart de Regering dat de erkenning niet kan worden toegekend, indien de wijziging wordt doorgevoerd. Voert de organisatie een wijziging door waarvan men niet overeenkomstig de tweede zin kan bekrachtigen dat er daaraan geen nadeel is verbonden, dan geldt artikel 120 mutatis mutandis.

Uitzending, gebruik van radiofrequenties

Art. 29. Wanneer ofwel het aanbieden van een elektronische-communicatienetwerk of -dienst ofwel het gebruik van radiofrequenties is gepland, is titel 4 van toepassing.

Algemene voorwaarden

Art. 30. Om als regionale of lokale radio erkend te worden, dient de aanvrager aan de volgende voorwaarden te voldoen :

1° een privaatrechtelijke rechtspersoon zijn met haar zetel en productie- en zendinstallaties in het Duitse taalgebied binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt;

2° door zijn programmering :

a) zich aan de berichtgeving wijden, rekening houdend met de opinieverscheidenheid en met de balancerings van de informatie;

b) animatie en dienstverlening afzonderlijk of tegelijk ten doel hebben;

3° onafhankelijk zijn van werkgevers- of werknemersorganisaties of van politieke groeperingen;

4° in zijn programma's voor het herwaarderen van de cultuur en van de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken zorgen onder de door de Regering overeenkomstig artikel 35 bepaalde voorwaarden;

5° ervoor zorgen dat de ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap te allen tijde de werkwijze van de private radio-omroeporganisatie ter plaatse kunnen onderzoeken.

Bijzondere voorwaarden (regionale radio's)

Art. 31. Onverminderd artikel 30 moet een aanvrager bovendien om als regionale radio erkend te worden :

1° zich wijden aan de informatie over wat in de Duitstalige Gemeenschap en in de naburige streken gebeurt;

2° tussen 6 en 22 uur een programmatie hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, ten minste 50% uit programma's bestaat die door de medewerkers van de regionale radio worden gerealiseerd;

3° nieuwsuitzendingen in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen uitwerken die onder voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 over de erkenning en de bescherming van de beroepstitel als beroepsjournalist.

Een regionale radio moet ten minste 8 nieuwsuitzendingen per dag doorgeven die telkens tenminste 3 minuten duren, weer- en verkeersberichten niet inbegrepen.

Bijzondere voorwaarden (lokale radio's)

Art. 32. Onverminderd artikel 30 moet de aanvrager bovendien om als lokale radio erkend te worden,

1° zich wijden aan de berichtgeving, met name aan de plaatselijke informatie;

2° tussen 6 en 22 uur een programmatie hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, ten minste 25% uit programma's bestaat die door de medewerkers van de lokale radio worden gerealiseerd. De andere programmaonderdelen kunnen in samenwerking met andere erkende lokale radio's worden geproduceerd of door derden worden verzorgd, echter niet door een overeenkomstig dit decreet als regionale radio erkende persoon.

Koppeling van lokale radio's in een netwerk

Art. 33. Onverminderd de voorwaarde betreffende de eigenproducties, vermeld in artikel 32, 2°, kunnen verscheidene lokale radio's tegelijkertijd hetzelfde programma uitzenden.

Aanvraag om erkenning

Art. 34. De aanvraag om erkenning omvat volgende documenten :

1° de rechtsvorm van de aanvrager;

2° de statuten;

3° de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting;

4° de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten;

5° de geografische ligging van de productie-installaties;

6° de benaming van de aanvrager en het geluidsprogramma;

7° het geplande programmaschema;

8° het omroepteken;

9° de lijst van de prestaties die naast de uitzending van geluidsprogramma's kunnen worden verstrekt;

10° de wijze waarop de programma's worden uitgezonden naar de luisteraars;

11° bij nieuwsuitzendingen, de naam van de beroepsjournalist(en) of van de personen die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist, en die zich op het ogenblik van de aanvraag schriftelijk verantwoordelijk stellen voor de uitgezonden informaties;

12° een verbintenis, naamwijzigingen op het vlak van de verantwoordelijke beroepsjournalisten in de zin van punt 11° onverwijld schriftelijk mede te delen;

13° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten over het algemeen na te leven.

De aanvraag wordt per aangetekende brief ingediend. Om als lokale radio erkend te worden, dient een erkenningsaanvraag door ten minste twee daarvoor bevoegde personen ondertekend te worden die het beheer van de radio-omroeporganisatie voeren en hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt.

Ter aanvulling van de aanvraag kan de Regering bijkomende documenten opvragen.

Overeenkomst

Art. 35. Gelijktijdig met de erkenning sluit de Regering met de private radio-omroeporganisatie een overeenkomst die het herwaarderen van de cultuur en van de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken beoogt.

De Regering bepaalt de nadere modaliteiten.

Activiteitenverslag

Art. 36. Jaarlijks dient de organisatie een activiteitenverslag bij de Regering in. Dit verslag omvat ten minste :

1° het programmaschema;

2° gegevens inzake naleving van de overeenkomst en

3° de balansen en jaarrekeningen m.b.t. het voorjaar.

HOOFDSTUK 3. — Aanbieders van andere diensten

Beginsel

Art. 37. Elkeen kan andere omroepdiensten dan televisie- en geluidsprogramma's aanbieden overeenkomstig de voorwaarden bepaald in dit hoofdstuk, voor zover :

1° de aanvrager een rechtspersoon is;

2° de dienst aan de vereisten bepaald in titel 2 van dit decreet voldoet en onafhankelijk van een politieke partij is.

Deze diensten kunnen geheel of gedeeltelijk als signalen in gecodeerde vorm uitgezonden worden. De ontvangst ervan kan tegen betaling gebeuren.

Registratieplicht

Art. 38. Het voornemen om andere diensten dan televisie- en geluidsprogramma's aan te bieden, te wijzigen of daarmee te stoppen, moet vooraf de beslissingskamer per aangetekende brief worden medegedeeld.

De mededeling behelst de volgende gegevens :

1° de rechtsvorm van de aanvrager;

2° de statuten;

3° de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting;

4° de precieze samenstelling van het kapitaal en van de bestuursapparaten of de overeenkomende documenten;

5° het adres van de vestiging of van het hoofdkantoor;

6° een uitvoerige inhoudelijke beschrijving van de dienst;

7° de wijze waarop de programma's worden uitgezonden naar de gebruikers;

8° de mogelijke tarieven en rechten;

9° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten over het algemeen na te leven.

Voorwaarden

Art. 39. Om als aanbieder van een andere omroepdienst dan een televisie- of geluidsprogramma erkend te worden, dient een rechtspersoon aan de volgende voorwaarden te voldoen :

1° als handelsmaatschappij opgericht zijn;

2° een vestiging in België hebben.

Het wordt geacht het geval te zijn als volgende voorwaarden vervuld zijn :

a) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België en neemt daar de redactionele programmeringsbesluiten;

b) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België en de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen door de televisieomroeporganisatie in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom - en slechts een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

c) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België en de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen door de aanvrager in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is tegelijk in beiden staten werkzaam;

d) de aanvrager heeft zijn hoofdkantoor in België en de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen door de aanvrager in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom -, een aanzienlijk deel van het personeel

is in geen van deze staten werkzaam, de handelsmaatschappij is echter met haar omroepactiviteiten volgens het Belgische rechtstelsel begonnen en onderhoudt een duurzame en reële band met de Belgische economie;

e) het hoofdkantoor bevindt zich in België, de redactionele programmeringsbesluiten worden genomen in een derde staat genomen - of andersom - en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

f) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager en deze gebruikt een door België toegekende frequentie;

g) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie, maakt echter gebruik van een satellietcapaciteit behorende tot België;

h) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de aanvrager, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie of satellietcapaciteit, maakt echter gebruik van een aarde-satellietverbinding in België;

i) de letters a) tot h) zijn niet van toepassing op de aanvrager en deze is in België gevestigd overeenkomstig de artikelen 43 en volgende van de gecoördineerde versie van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;

3° haar hoofdkantoor in het Duitse taalgebied hebben, of de beslissingen qua inhoud en redactie m.b.t. de aangeboden diensten worden daar door de aanvrager genomen;

4° de dienst heeft een aanzienlijk aanbod op commercieel, opleidend, sociaal of cultureel vlak.

Aanvraag om erkenning

Art. 40. De aanvraag om erkenning omvat volgende documenten :

1° de rechtsvorm van de aanvrager;

2° de statuten;

3° de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting;

4° de precieze samenstelling van het kapitaal en van de bestuursapparaten of de overeenkomende documenten;

5° het adres van de vestiging of van het hoofdkantoor;

6° een uitvoerige inhoudelijke beschrijving van de dienst;

7° de wijze waarop de programma's worden uitgezonden;

8° de mogelijke tarieven en rechten;

9° alle gegevens die de behandeling van de aanvraag mogelijk maken;

10° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten over het algemeen na te leven.

De aanvraag wordt per aangetekende brief ingediend.

Ter aanvulling van de aanvraag kan de Regering bijkomende documenten opvragen.

Activiteitenverslag

Art. 41. Jaarlijks dient de organisatie een activiteitenverslag bij de Regering in. Dit verslag omvat ten minste :

1° de activiteiten m.b.t. het voorjaar en

2° de balansen en jaarrekeningen m.b.t. het voorjaar.

TITEL 4. — Elektronische-communicatienetwerken en -diensten

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Toepassingsgebied

Art. 42. Niettegenstaande de bepalingen van de titels 2 en 3 en onverminderd de bevoegdheid van andere overheden is deze titel van toepassing op het aanbieden van elektronische-communicatienetwerken en -diensten. Doel van deze titel is tot een daadwerkelijke en eerlijke mededinging te komen en de ontwikkeling van de interne markt van de Europese Unie op het gebied van de elektronische-communicatienetwerken en -diensten alsmede de belangen van de burger te bevorderen.

Opschorting van rechten

Art. 43. De in deze titel bepaalde rechten kunnen door de Regering worden opgeschort indien belangrijke redenen het noodzakelijk maken, te weten

1° om het openbare telecommunicatieverkeer te garanderen

2° wegens internationale omstandigheden.

De exploitant is ertoe verplicht elke overeenkomstig lid 1 opgelegde opschorting binnen een redelijk termijn op eigen kosten na te leven.

Wijziging van rechten en verplichtingen

Art. 44. Indien de beslissingskamer van de Mediaraad, hierna beslissingskamer genoemd, voornemens is de rechten, voorwaarden en procedures die van toepassing zijn bij de algemene machtiging en bij de gebruiksrechten of rechten om faciliteiten te installeren, te wijzigen, dan geeft ze de belanghebbende partijen de gelegenheid om binnen een termijn van ten minste vier weken hun standpunt kenbaar te maken. Wijzigingen mogen slechts in objectief gerechtvaardigde gevallen en op proportionele wijze worden aangebracht.

Behalve in met redenen omklede gevallen mogen de rechten om faciliteiten te installeren niet beperkt noch ingetrokken worden vóór het verstrijken van de periode waarvoor zij verleend zijn.

HOOFDSTUK 2. — Aanbieden van elektronische-communicatienetwerken en -diensten

Afdeling 1. — Algemene machtiging

Beginsel

Art. 45. Elke onderneming mag elektronische-communicatienetwerken en -diensten overeenkomstig de in dit decreet vastgelegde voorwaarden aanbieden.

Registratieplicht

Art. 46. Het voornemen om elektronische-communicatienetwerken en -diensten aan te bieden, te wijzigen of daarmee te stoppen, moet vooraf de beslissingskamer en de Regering per aangetekende brief worden medegedeeld.

De mededeling behelst de volgende gegevens :

- 1° de benaming en het adres van de onderneming of van haar contactpersoon;
- 2° de ondernemingsnummer (registratienummer van de onderneming);
- 3° de samenstelling van het kapitaal en van de bestuursorganen;
- 4° een korte beschrijving van het netwerk resp. de dienst en
- 5° de datum waarop de activiteit vermoedelijk van start gaat, gewijzigd wordt of een einde neemt.

De beslissingskamer houdt een register van de exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en van de aanbieders van elektronische-communicatiediensten bij en publiceert het.

Collectieve antennes

Art. 47. Het aanbieden van collectieve antennes dient niet medegedeeld te worden, die uitsluitend ten behoeve van houders van ontvangsttoestellen verblijvende in :

- 1° kamers of appartementen van hetzelfde gebouw;
- 2° gegroepeerde gebouwen van een zelfde eigenaar waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;
- 3° gegroepeerde woningen waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;
- 4° caravans of op percelen van een zelfde camping worden gebruikt.

Registratieverklaring

Art. 48. Binnen een week na de ontvangst van de in artikel 46 vermelde kennisgeving geeft de beslissingskamer een standaard-registratieverklaring uit met als doel de procedures m.b.t. het installeren van faciliteiten, het onderhandelen over interconnectie alsmede aanvragen om toegang of interconnectie te vergemakkelijken.

De registratieverklaring omvat :

- 1° een bevestiging van de registratie;
- 2° de vermelding van de bepalingen van dit decreet die de onderneming ertoe machtigen om het recht te verzoeken faciliteiten te installeren, over een interconnectie te onderhandelen en/of een toegang of interconnectie te verkrijgen.

Afdeling 2. — Gebruiksrechten voor radiofrequenties

Radiofrequentieplan

Art. 49. De Regering stelt het radiofrequentieplan met inachtneming van de desbetreffende federale technische normen op. Bij gebrek aan zulke normen richt zich de Regering naar de overeenkomstige internationale normen. Met inachtneming van deze normen kan de Regering eigen normen bepalen.

Toewijzing van radiofrequenties

Art. 50. Om radiofrequenties te kunnen gebruiken, dienen vooraf de radiofrequenties te worden toegewezen. Radiofrequenties toewijzen betekent dat een gebruiksrecht voor radiofrequenties door de beslissingskamer onder vastgelegde voorwaarden wordt verleend. De radiofrequenties worden met een bepaalde bestemming toegewezen, met inachtneming van het frequentieplan en onder niet-discriminerende voorwaarden op grond van objectieve procedures vastgelegd door de Regering.

De toegewezen radiofrequenties worden openbaar gemaakt.

De aanvrager heeft geen recht op een bepaalde radiofrequentie.

Informatie over de beschikbaarheid van radiofrequenties

Art. 51. De beslissingskamer maakt het inventaris bekend van alle in de Duitstalige Gemeenschap beschikbare resp. beschikbaar te stellen radiofrequenties, het ogenblik waarop ze kunnen worden toegewezen alsmede de beschikbare zendtijden voor elke wijze van uitzending met bepaling van een redelijke termijn om de aanvragen in te dienen.

Voorwaarden

Art. 52. Radiofrequenties worden toegewezen wanneer

- 1° de aanvrager erkend is overeenkomstig titel 3;
- 2° de radiofrequenties worden toegewezen met het oog op het gepland gebruik ervan in het radiofrequentieplan;
- 3° ze met andere radiofrequenties verenigbaar zijn;
- 4° een efficiënt en storingvrij gebruik van de radiofrequenties gegarandeerd wordt door de aanvrager.

Aanvraag

Art. 53. De aanvraag om toewijzing van radiofrequenties dient bij de beslissingskamer schriftelijk te worden ingediend. De aanvraag omvat volgende inlichtingen :

- 1° het gebied waar de radiofrequentie moet worden gebruikt;
- 2° de dienstprestatie of de aard van het netwerk of van de technologie waarvoor de gebruiksrechten voor de radiofrequenties moeten worden verleend;

3° de lokalisatie van de productie- en zendinstallaties;

4° de merk en het type van de zender alsmede het homologatienummer ervan of een meetverslag conform de door de bevoegde federale overheid vastgelegde regels;

5° de merk, het type en de kenmerken van de antenne alsmede de maximale hoogte ervan, berekend t.o.v. van de grond;

6° het type en de lengte van de kabels tussen zender en antenne en

7° de vergunning voor het in werking hebben van de antennemast.

Zes weken nadat vastgesteld is dat de aanvragen volledig zijn, spreekt zich de beslissingskamer over deze aanvragen uit.

Mededelingsplicht

Art. 54. De aanvang en het einde van het gebruik van de radiofrequenties dienen onverwijld aan de beslissingskamer te worden medegedeeld. Naam- en adreswijzigingen dienen aan de beslissingskamer te worden medegedeeld.

Overdracht van gebruiksrechten voor radiofrequenties

Art. 55. Om de toewijzing van radiofrequenties te wijzigen, dient onverwijld een schriftelijke aanvraag met voorlegging van de overeenkomstige bewijzen bij de beslissingskamer te worden ingediend, wanneer de gebruiksrechten voor radiofrequenties moeten worden overgedragen.

In dit geval kunnen radiofrequenties nog worden gebruikt totdat de beslissing m.b.t. de wijzigingsaanvraag wordt genomen.

De wijzigingsaanvraag dient goedgekeurd te worden indien er aan de voorwaarden voor een toewijzing van radiofrequenties overeenkomstig artikel 52 voldaan wordt, er geen concurrentievervalsing ontstaat op de ruimtelijk relevante markt en er voor een efficiënt en storingvrij frequentiegebruik gezorgd wordt.

Geldigheid der toewijzing van radiofrequenties

Art. 56. Radiofrequenties worden voor een bepaalde duur toegewezen. De geldigheid van de frequentietoewijzing stemt overeen met die van de erkenning als radio- of televisie-omroeporganisatie resp. als aanbieder van andere diensten dan televisie- en geluidsprogramma's.

Voor een bepaalde duur toegewezen radiofrequenties

Art. 57. In gerechtvaardigde bijzondere gevallen, in het bijzonder om innovatieve technologieën te testen of in geval van behoefte aan frequenties voor een korte termijn, kan de beslissingskamer radiofrequenties voor een bepaalde duur toewijzen. De met redenen omklede aanvraag dient bij de beslissingskamer schriftelijk te worden ingediend. Artikel 53 geldt mutatis mutandis.

Gedeeld gebruik van radiofrequenties

Art. 58. Radiofrequenties die door een particulier niet efficiënt kunnen worden gebruikt, kunnen ook aan meerderen worden toegewezen met het oog op een gedeeld gebruik ervan. De houders van deze toegewezen radiofrequenties moeten de verantwoordelijkheid dragen voor de nadelen die zouden kunnen voortvloeien uit een gedeeld gebruik van de radiofrequentie overeenkomstig de bepalingen.

Orbitale posities en frequentiegebruik door satellieten

Art. 59. Om de rechten van de Duitstalige Gemeenschap qua orbitale posities en gebruik van radiofrequenties uit te oefenen, is een toewijzing van radiofrequenties door de beslissingskamer vereist.

Bestanddelen der toewijzing van radiofrequenties

Art. 60. Bij de toewijzing van radiofrequenties bepaalt de beslissingskamer in het bijzonder de aard en omvang van het gebruik van radiofrequenties voor zover het noodzakelijk is om een efficiënt en storingvrij frequentiegebruik te waarborgen.

Om een efficiënt en storingvrij gebruik van radiofrequenties te waarborgen, kan de frequentietoewijzing aan bijkomende bepalingen worden onderworpen.

De exploitant van een elektronische-communicatienetwerk dient de onderrichtingen van het Belgisch Instituut voor Postdiensten en Telecommunicatie of van elke elektriciteitsmaatschappij of -dienst onverwijld na te leven.

Intrekking van toegewezen radiofrequenties, afstand

Art. 61. § 1. - Onverminderd artikel 121 kan de beslissingskamer toegewezen radiofrequenties intrekken, wanneer :

1° aan één der voorwaarden van artikel 52 niet meer voldaan wordt;

2° de Openbare Veiligheid het vereist,

3° de radiofrequenties niet meer gebruikt worden of op zijn minst sinds langer dan één jaar;

4° als er na de toewijzing van radiofrequenties een gebrek aan radiofrequenties ontstaat dat de mededinging of de invoering van nieuwe technieken verhindert of belemmert die het optimaliseren van het gebruik van radiofrequenties mogelijk maken;

De intrekking dient schriftelijk te worden verklaard. Deze termijn totdat de intrekking van toepassing wordt, belooft ten minste zes maanden.

§ 2. - De toewijzing van radiofrequenties vervalt door afstand. De afstand dient bij de beslissingskamer per aangetekende brief te worden verklaard.

Afdeling 3. — Doorgangsrechten en gedeeld gebruik van faciliteiten

Beginselen m.b.t. doorgangsrechten

Art. 62. Onverminderd de bepalingen betreffende de ruimtelijke ordening en de stedenbouw en om de installatie van faciliteiten mogelijk te maken, beschikt de geregistreerde onderneming over doorgangsrechten op, over of onder openbaar of particulier eigendom overeenkomstig deze afdeling.

Doorgangsrechten

Art. 63. § 1. - De exploitanten die kabels aanleggen om hun elektronische-communicatienetwerken aan te bieden, hebben het recht op of onder de pleinen, straten, wegen, paden, waterlopen en vaarten die deel uitmaken van het openbaar domein alle werken m.b.t. het aanleggen of onderhouden van de kabels en bijbehorende uitrustingen op hun kosten te laten uitvoeren, op voorwaarde dat ze zich gedragen naar de wetten en besluiten over het vruchtgebruik van het openbaar domein en de bestemming ervan eerbiedigen.

Alvorens dit recht uit te oefenen, leggen de exploitanten documenten over het tracé en de bijzonderheden van de aanleg van de geleidingen voor advies voor aan de respectievelijk bevoegde overheid die eigenares is van het openbaar domein. Binnen drie maanden te rekenen van de datum waarop deze documenten werden ingezonden, moet de overheid een advies uitbrengen en de belanghebbende haar beslissing ter kennis geven. Na het verstrijken van deze termijn geldt het stilzwijgen van de overheid als goedkeuring. In geval van blijvende onenigheid wordt daarover besloten bij wege van een besluit van de Regering.

Later heeft de bevoegde overheid in elk geval het recht om de bestemming of het tracé van een aanleg, alsmede de daarmee verband houdende werkzaamheden op haar eigendom te laten wijzigen. Worden wijzigingen opgelegd ofwel om reden van de openbare veiligheid, ofwel tot de bescherming van het milieu, ofwel in het belang van de wegen, waterlopen, vaarten of van een openbare dienst, ofwel als gevolg van een verandering die de aangelanden aan de toegangen tot hun privé-eigendom langs de gebezigde wegen hebben aangebracht, dan worden de werken ten laste van de exploitant uitgevoerd. In de andere gevallen vallen de werken ten laste van de overheid die de wijzigingen oplegt. Deze overheid mag vooraf een kostenraming eisen en, in geval van onenigheid, de werken in eigen regie laten uitvoeren.

§ 2. - De exploitanten die kabels aanleggen om hun elektronische-communicatiewerken aan te bieden, hebben tevens het recht voor de aanleg van de kabels en de bijbehorende uitrustingen steunen en ankers aan te brengen op muren en gevels die uitkomen op de openbare weg en hun kabels in open en onbebouwde grond aan te leggen of zonder vasthechting of aanraking boven particuliere eigendommen te laten doorgaan.

De werken mogen slechts beginnen nadat aan de eigenaars, volgens de gegevens van het kadaster, aan de huurders en aan de bewoners een behoorlijke schriftelijke kennisgeving is bezorgd.

De uitvoering van de werken heeft geen buitenbezitstelling tot gevolg.

Het plaatsen van steunen en ankers op muren of gevels mag de eigenaar niet hinderen in zijn recht zijn goed af te breken of te herstellen.

De ondergrondse kabels en de steunen geplaatst in een open en onbebouwde grond moeten, op verzoek van de eigenaar, worden weggenomen, indien hij zijn recht om te bouwen of te omheinen uitoefent. De kosten m.b.t. het wegnemen van de installaties vallen ten laste van de exploitant. De eigenaar dient evenwel ten minste drie maanden vóór het begin van de in het vierde en vijfde lid bedoelde werken de exploitant hiervan te verwittigen bij een ter post aangetekende brief.

§ 3. - De vergoedingen voor schade wegens de aanleg of de exploitatie van een kabelnetwerk vallen ten laste van de vergunninghouder die aansprakelijk blijft voor al de voor derden schadelijke gevolgen.

§ 4. - De exploitant is ertoe verplicht onmiddellijk gevolg te geven aan elke vordering van het Belgisch Instituut voor Postdiensten en Telecommunicatie of van enig bedrijf voor elektriciteitsvoorziening om elke storing in of nadelige invloed op de werking van de telefoon- of telegraafinstallaties of van de installaties voor elektriciteitsvoorziening onverwijld te doen ophouden.

Bij gebreke daarvan worden de nodig geachte maatregelen, met inbegrip van het verplaatsen van de kabels en de bijbehorende installaties, door de betrokken diensten of bedrijven getroffen op kosten en risico van de exploitant.

§ 5. - Openbare overheden of gebiedsomschrijvingen die de eigendom van of controle behouden over exploitanten van elektronische-communicatiediensten of aanbieders van elektronische-communicatienetwerken garanderen een daadwerkelijke structurele scheiding tussen het verlenen van de in voorliggend artikel bedoelde rechten en de activiteiten die verband houden met de eigendom of controle.

Gedeeld gebruik van faciliteiten

Art. 64. Indien het recht overeenkomstig artikel 62 niet of slechts met een overmatige uitgave kan worden uitgeoefend, is het mogelijk het gedeeld gebruik van andere faciliteiten aan te wenden, op voorwaarde dat het gedeeld gebruik vanuit economisch oogpunt redelijk is en dat geen bijkomende grote bouwmaatregelen noodzakelijk zijn. In dit geval dient de houder van een recht op gedeeld gebruik zijn partners een gepaste tegenprestatie te leveren.

Indien de betrokken partijen tot geen regeling komen, wordt het gedeeld gebruik door de beslissingskamer voorgeschreven na een openbaar verhoor van een redelijke duur waar alle belanghebbende partijen de mogelijkheid krijgen hun standpunt naar voren te brengen.

De regeling inzake gedeeld gebruik wordt de beslissingskamer binnen één maand na inwerkingtreding ervan medegedeeld.

HOOFDSTUK 3. — Marktregulering

Afdeling 1. — Marktdefinitie- en -analyse

Marktdefinitie

Art. 65. Na het aannemen door de Europese Commissie van haar aanbeveling inzake relevante markten voor producten en diensten of de eventuele actualisatie ervan of wanneer de daadwerkelijke marktomstandigheden in de Duitstalige Gemeenschap het vereisen, legt de beslissingskamer in overeenstemming met de beginselen van het mededingingsrecht na de raadplegingen bedoeld in artikel 103 te hebben uitgevoerd de in aanmerking komende relevante diensten en relevant geografische markten uit die overeenkomstig dit hoofdstuk in aanmerking komen voor een regulering.

Marktanalyse

Art. 66. Na de relevante dienstenmarkten en relevante geografische markten te hebben gedefinieerd, gaat de beslissingskamer na of de onderzochte markt daadwerkelijk concurrerend is. Er wordt niet van efficiënte mededinging gesproken wanneer één of meerdere ondernemingen op deze markt een aanmerkelijke marktmacht bezitten. Bij het onderzoek houdt de beslissingskamer zoveel mogelijk rekening met de door de Europese Commissie vastgelegde criteria die aangegeven zijn in de « Richtsnoeren van de Commissie voor de marktanalyse en de beoordeling van aanmerkelijke marktmacht ». De beslissingskamer werkt samen met de federale mededingingsoverheden.

Een onderneming wordt geacht een aanmerkelijke marktmacht te hebben, wanneer zij, alleen of samen met andere, een aan machtspositie gelijkwaardige positie, dit wil zeggen een economische kracht bezit die haar in staat stelt zich in belangrijke mate onafhankelijk van haar concurrenten, klanten, consumenten en eindgebruikers te gedragen.

Wanneer een onderneming op een relevante markt een aanmerkelijke marktmacht bezit, kan zij ook op een nauw verwante, krachtens artikel 65 bepaalde relevante markt als onderneming met een aanmerkelijke marktmacht worden aangemerkt. Het is het geval als de koppelingen tussen beide markten van dien aard zijn dat de marktmacht van de ene op de andere markt zodanig worden overgedragen dat de marktmacht van de onderneming wordt vergroot.

In geval van transnationale markten gaat de beslissingskamer, samen met de nationale regelgevende instanties van de lidstaten waarin deze markten zich bevinden, na of er al dan niet van aanmerkelijke marktmacht sprake is.

Raadplegingen worden overeenkomstig artikel 103 uitgevoerd.

Afdeling 2. — Verplichtingen van ondernemingen

Onderafdeling 1. — Rechtsgevolgen van de marktanalyse

Beginsel

Art. 67. De verplichtingen die aan de ondernemingen met een aanmerkelijke marktmacht door de beslissingskamer worden opgelegd overeenkomstig de in artikel 89 bedoelde doelstellingen, moeten redelijk toegepast, gerechtvaardigd zijn en met de aard van het probleem overeenstemmen.

Rechtsgevolgen van de marktanalyse

Art. 68. Wanneer de beslissingskamer vaststelt dat een markt niet daadwerkelijk concurrerend is, gaat zij na welke ondernemingen op die markt een aanmerkelijke marktmacht in de zin van artikel 66 hebben en legt zij de betrokken ondernemingen passende verplichtingen op. Reeds bestaande verplichtingen van deze aard kunnen zo nodig gewijzigd of gehandhaafd worden.

Onder « passende verplichtingen » wordt verstaan de verplichtingen bepaald overeenkomstig onderafdeling 2 van deze afdeling of, desgevallend, de verplichtingen opgelegd op een relevante markt voor uiteindelijke consumenten overeenkomstig artikel 69.

Stelt de beslissingskamer vast dat de markt daadwerkelijk concurrerend is, dan legt ze niet één van deze verplichtingen op noch handhaaft ze.

De beslissingskamer voert de procedure bedoeld onder de leden 1 en 2 uit tegelijk met de consultatieprocedure bedoeld in artikel 103.

Bij het geval bedoeld in artikel 66, lid 4, bepaalt de beslissingskamer in onderlinge overeenstemming met de betrokken nationale reguleringsoverheden welke verplichtingen de onderneming(en) met een aanmerkelijke marktmacht moeten nakomen. De consultatieprocedure bedoeld in artikel 103 geldt mutatis mutandis.

Reguleringsmaatregelen in verband met diensten voor eindgebruikers

Art. 69. Wanneer de beslissingskamer bij een marktanalyse vaststelt :

1° dat er op de relevante eindgebruikersmarkt aan efficiënte mededinging ontbreekt en

2° dat specifieke verplichtingen opgelegd overeenkomstig artikel 72 niet zullen leiden tot het bereiken van de in artikel 89 bedoelde doelstellingen,

dan legt ze de ondernemingen met een aanmerkelijke marktmacht op een eindgebruikersmarkt passende verplichtingen op.

Overeenkomstig artikel 106 deelt de beslissingskamer de Europese Commissie, op haar verzoek, inlichtingen mede over de overeenkomstig lid 1 uitgevoerde reguleringsmaatregelen voor de eindgebruikersmarkt.

Onderafdeling 2. — Toegangsregulering

Onderhandelingsplicht

Art. 70. Elke geregistreerde exploitant van een openbaar communicatienetwerk is gerechtigd en op verzoek verplicht met andere exploitanten van openbare communicatienetwerken die binnen de Europese Gemeenschap aan de voorwaarden voldoen om communicatiediensten en -netwerken te mogen aanbieden over interconnectie te onderhandelen, ten einde de verlening van diensten te waarborgen.

Vertrouwelijkheid van informatie

Art. 71. Informatie die door ondernemingen in het kader van onderhandelingen over toegangen of interconnecties werd verkregen, mag uitsluitend worden gebruikt voor het doel waarvoor zij werd verstrekt. Informatie mag niet aan derden, in het bijzonder andere afdelingen, dochterondernemingen of partners, worden doorgegeven die door die informatie concurrentievoordeel zouden kunnen behalen

Verplichtingen ten aanzien van ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht

Art. 72. De beslissingskamer kan één of meerdere van de volgende verplichtingen opleggen aan exploitanten van openbare communicatienetwerken die een aanmerkelijke marktmacht bezitten :

1° verplichtingen tot transparantie m.b.t. toegang en/of interconnectie;

2° verplichtingen inzake non-discriminatie m.b.t. toegang en/of interconnectie;

3° verplichtingen een gescheiden boekhouding te houden voor bepaalde werkzaamheden i.v.m. toegangsdiensten;

4° verplichtingen te goeder trouw te onderhandelen met ondernemingen die om toegang verzoeken;

5° verplichtingen inzake toegang tot en gebruik van bepaalde netwerkonderdelen en bijbehorende faciliteiten;

6° verplichtingen inzake kostendekking en prijscontrole, inclusief verplichtingen inzake kostenoriëntering van de prijzen.

Levert een exploitant het bewijs aan dat de prestatie het behoud van de netwerkintegriteit of de veiligheid van de netwerkwerking zou kunnen bedreigen, dan legt de beslissingskamer de desbetreffende toegangsverplichting niet op of legt ze deze verplichting op een andere wijze op. Het behoud van de netwerkintegriteit en de veiligheid van de netwerkwerking moeten worden beoordeeld volgens objectieve maatstaven.

De op grond van dit artikel opgelegde verplichtingen moeten met de aard van het probleem overeenstemmen.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 103 geldt mutatis mutandis. Geschillen tussen ondernemingen en grensoverschrijdende geschillen worden overeenkomstig artikel 100 beslecht.

Ruimere verplichtingen voor ondernemingen met een aanmerkelijke marktmacht

Art. 73. Onverminderd artikel 76 kan de beslissingskamer in buitengewone omstandigheden en na goedkeuring van de Europese Commissie ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht andere toegangsverplichtingen opleggen.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 103 geldt mutatis mutandis.

Verplichtingen voor ondernemingen die de toegang tot de eindgebruikers controleren

Art. 74. Onverminderd de maatregelen ten aanzien van exploitanten met een aanmerkelijke marktmacht kan de beslissingskamer exploitanten van openbare communicatienetwerken die de toegang tot de eindgebruikers controleren, in gegronde gevallen en op dienovereenkomstig verzoek ertoe verplichten voor de interconnectie van hun netwerken met die van exploitanten van andere openbare communicatienetwerken te zorgen voorzover het noodzakelijk is om eind-tot-eindverbindingen van diensten te waarborgen. Te dien einde kan de beslissingskamer daarenboven deze exploitanten andere toegangsverplichtingen opleggen.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 103 geldt mutatis mutandis.

Elektronische programmagids en applicatieprogramma-interface

Art. 75. Om de toegang van eindgebruikers tot door de Regering gespecificeerde digitale radio- en televisieomroepdiensten te waarborgen, kan de beslissingskamer de exploitanten van openbare communicatienetwerken ertoe verplichten, toegang tot de elektronische programmagidsen en applicatieprogramma-interfaces op billijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden aan te bieden.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 103 geldt mutatis mutandis.

Controle-overdracht

Art. 76. De systemen voor voorwaardelijke toegang moeten over de nodige technische mogelijkheden beschikken voor een goedkope controle-overdracht, waarbij de netwerkexploitanten een toezicht kunnen uitoefenen op de toegang van hun abonnees tot de digitale televisie- en radiodiensten door middel van hun eigen systeem voor voorwaardelijke toegang.

Verplichtingen ten aanzien van aanbieders van diensten voor voorwaardelijke toegang

Art. 77. De aanbieders van diensten met systemen voor voorwaardelijke toegang die diensten met het oog op de toegang tot de digitale televisie- en radio diensten aanbieden waarvan de omroeporganisaties afhangen, bieden op verzoek van elke televisieomroeporganisatie op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden de technische diensten aan waarmee hun digitale diensten door de ertoe gerechtigde kijkers of luisteraars kunnen worden ontvangen middels decoders beheerd door de aanbieders.

Wanneer de aanbieder andere activiteiten uitoefent, voert hij een gescheiden boekhouding voor de in het eerste lid bedoelde activiteit.

Verplichtingen inzake licentieverlening

Art. 78. Houders van industriële eigendomsrechten inzake voorwaardelijke toegangssystemen en -producten moeten op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden licenties verlenen aan fabrikanten van voor het grote publiek bestemde apparatuur.

De houders van rechten mogen het verlenen van licenties, waarbij rekening wordt gehouden met technische en commerciële factoren, niet doen afhangen van voorwaarden waardoor het verboden, ontraden of onaantrekkelijk gemaakt wordt om in het betrokken product :

1° hetzij een gemeenschappelijke interface in te bouwen die een verbinding met andere toegangssystemen mogelijk maakt;

2° hetzij tot een ander toegangssysteem behorende middelen in te bouwen, indien de licentiehouders zich houdt aan de redelijke en passende voorwaarden inzake de beveiliging van de transacties van de aanbieders van systemen voor voorwaardelijke toegang.

HOOFDSTUK 4. — Toegang tot specifieke inhoud en diensten

May carry

Art. 79. § 1. - Voor zover de kabelmaatschappijen de overeenkomstig de wet van 30 juni 1994 betreffende het auteursrecht en de naburige rechten nodige vergunningen van de rechthebbenden hebben verkregen, zijn ze ertoe gemachtigd :

1° de programma's van de televisieomroeporganisaties vergund door een lidstaat van de Europese Gemeenschap, door een andere staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, of door een bevoegde Belgische overheid, vrij uit te zenden;

2° de door een staat die geen lid is van de Europese Gemeenschap vergunde programma's van de televisieomroeporganisaties uit te zenden die niet onder de bevoegdheid ressorteren van een lidstaat van de Europese Gemeenschap of van een andere staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, op voorwaarde dat ze de Regering vooraf ervan verwittigen. De Regering beschikt over een termijn van zestig dagen om zich tegen de uitzending van een programma te verzetten, indien die maatregel noodzakelijk is voor 's lands veiligheid, voor de integriteit van het grondgebied van de Staat, voor de openbare veiligheid, voor het handhaven van de openbare orde en het voorkomen van strafbare feiten, voor de bescherming van de gezondheid en van de moraal, voor de bescherming van de faam of rechten van derden, om het onthullen van vertrouwelijke gegevens te vermijden, om de autoriteit en onpartijdigheid van de rechterlijke macht te waarborgen of wanneer artikel 4 wordt overtreden.

§ 2. - De kabelmaatschappijen mogen geluidsprogramma's uitzenden alsmede andere diensten dan geluids- en televisieprogramma's, voor zover ze de Regering en de beslissingskamer vooraf ervan verwittigen.

De Regering beschikt over een termijn van zestig dagen om zich daartegen te verzetten, indien die maatregel noodzakelijk is voor 's lands veiligheid, voor de integriteit van het grondgebied, voor de openbare veiligheid, voor het handhaven van de openbare orde en het voorkomen van strafbare feiten, voor de bescherming van de gezondheid en

van de moraal, voor de bescherming van de faam of rechten van derden, om het onthullen van vertrouwelijke gegevens te vermijden, om de autoriteit en onpartijdigheid van de rechterlijke macht te waarborgen of wanneer artikel 4 worden overtreden.

Voorlopige schorsing

Art. 80. § 1. - De Regering kan de heruitzending, via de kabel, van televisieprogramma's uit een andere lidstaat van de Europese Unie voorlopig schorsen, indien aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° een televisieuitzending vormt een duidelijke, belangrijke en ernstige inbreuk op artikel 4, 2°, eerste en tweede zin, en 3°;

2° de televisieomroeporganisatie heeft gedurende de voorafgaande twaalf maanden de bepaling vermeld in punt 1° ten minste al tweemaal overtreden;

3° de Regering heeft de televisieomroeporganisatie en de Europese Commissie schriftelijk in kennis gesteld van de vermoedelijke inbreuken en van de maatregelen die bepaald zijn voor het geval waar een dergelijke overtreding nogmaals plaatsvindt;

4° het overleg met de staat waarin de uitzending plaatsvindt en de Europese Commissie heeft binnen de 15 dagen na de onder 3° bedoelde kennisgeving niet tot een minnelijke schikking geleid en een nieuwe overtreding vindt plaats.

De voorlopige schorsing van de heruitzending eindigt zodra de Europese Commissie deze met het Gemeenschapsrecht onverenigbaar verklaart.

§ 2. - De Regering kan bevelen dat de heruitzending van televisieprogramma's uit een staat die geen lid is van de Europese Gemeenschap noch ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, verboden wordt, indien één van de in artikel 79, § 1, 2° vermelde verzetredenen optreedt.

§ 3. - De Regering kan bevelen dat de heruitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere dienstprestaties dan geluids- en televisieprogramma's verboden worden, indien één van de in artikel 79, § 2, vermelde verzetredenen optreedt.

Must carry

Art. 81. § 1. - Onverminderd artikel 79 moeten de kabelmaatschappijen waarvan de netwerken voor een significant aantal eindgebruikers het belangrijkste middel zijn om radio- en televisieuitzendingen te ontvangen, ten einde de opinieverscheidenheid en de culturele diversiteit te bevorderen en met de culturele bijzonderheid van de Duitstalige Gemeenschap rekening te houden, volgende programma's op het ogenblik van hun uitzending en in hun geheel doorgeven :

1° de programma's van het BRF alsmede van de handelsmaatschappijen waarmee het BRF een samenwerkingsakkoord heeft gesloten of aan het kapitaal waarvan het rechtstreeks of onrechtstreeks deelneemt;

2° de geluidsprogramma's van de door de Regering erkende regionale radio's en de door de Regering vergunde televisieprogramma's;

3° de geluids- en televisieprogramma's van publiekrechtelijke radio- en televisieomroeporganisaties van de Franse en de Vlaamse Gemeenschap;

4° het programma van het open kanaal.

§ 2. - Na overleg met de kabelmaatschappijen waarvan de netwerken voor een significant aantal eindgebruikers het belangrijkste middel zijn om radio- en televisieprogramma's te ontvangen, kan de beslissingskamer deze ertoe verplichten andere radio- en televisieprogramma's uit te zenden alsmede andere diensten aan te bieden dan geluids- en televisieprogramma's.

De beslissingskamer kan een kanaal voor verschillende programma's toewijzen met het oog op het gebruik ervan op verschillende tijdstippen of beurtelings.

Aanvullende verplichte diensten

Art. 82. Op advies van de advieskamer van de Mediaraad, hierna advieskamer genoemd, kan de Regering aanvullende verplichte diensten vastleggen die de exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en de aanbieders van communicatiediensten moeten aanbieden.

HOOFDSTUK 5. — Technische normen

Gemeenschappelijke coderingsalgoritme en ongescrambelde ontvangst

Art. 83. Alle consumentenapparatuur die te koop of te huur wordt aangeboden of anderszins ter beschikking van consumenten wordt gesteld en waarmee gecodeerde digitale televisiesignalen kunnen worden ontscrambeld, moet geschikt zijn om :

1° dergelijke signalen te ontscrambelen volgens het gemeenschappelijk Europees coderingsalgoritme zoals beheerd door een erkende Europese normalisatieorganisatie;

2° signalen weer te geven die ongescrambeld worden uitgezonden mits, met dien verstande dat, in geval dergelijke apparatuur wordt gehuurd, de huurder aan de desbetreffende huurovereenkomst voldoet.

Transmissiesystemen, breedbeeldformaat

Art. 84. De televisiediensten van alle televisieomroeporganisaties moeten

1° in 16 :9 D2-MAC of in een 16:9-systeem dat volledig compatibel is met PAL of SECAM worden uitgezonden, indien het uitzendingen in breedbeeldformaat en 625 lijnen betreft die niet volledig digitaal zijn;

2° in HD-MAC worden uitgezonden, indien het HDTV-uitzendingen betreft die niet volledig digitaal zijn;

3° een transmissiesysteem gebruiken dat door een erkende Europese normalisatieorganisatie genormaliseerd is, indien het volledig digitale uitzendingen betreft.

Exploitanten van elektronische-communicatienetwerken die televisiediensten- of programma's al dan niet digitaal in het breedbeeldformaat ontvangen of heruitzenden, moeten het breedbeeldformaat handhaven.

Interoperabiliteit van televisietoestellen

Art. 85. § 1. - Analoge televisietoestellen met een integraal beeldscherm waarvan de zichtbare diagonaal groter dan 42 cm is, die te koop of te huur wordt aangeboden, moeten voorzien zijn van ten minste één door een erkende Europese normalisatieorganisatie genormaliseerde aansluitbuis met open interface waarmee eenvoudige aansluiting van randapparatuur mogelijk is, met name verdere decoders en geavanceerde digitale eindapparatuur.

§ 2. - Digitale televisietoestellen die te koop of te huur worden aangeboden, moeten

1° indien ze een integraal scherm hebben waarvan de zichtbare diagonaal groter is dan 30 cm, zijn voorzien van ten minste één open interface die door een erkende Europese normalisatieorganisatie werd aangenomen of in overeenstemming is met een door de industrie algemeen aanvaarde specificatie en waarmee aansluiting van digitale televisietoestellen en voorwaardelijke toegang mogelijk zijn;

2° indien ze een applicatieprogramma-interface (API) hebben, aan de minimumvoorwaarden voldoen m.b.t. een dergelijke interface die door een erkende Europese normalisatieorganisatie werd aangenomen of in overeenstemming is met een door de industrie algemeen aanvaarde specificatie en die het derden mogelijk maakt onafhankelijk van het transmissieprocedé eigen toepassingen te vervaardigen en te exploiteren.

TITEL 5. — Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Rechtsvorm, organen, zittingen

Art. 86. § 1. - De Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap, hierna Mediaraad genoemd, heeft de rechtspersoonlijkheid. Hij stelt zijn eigen huishoudelijk reglement op die de Regering ter goedkeuring moet worden voorgelegd.

§ 2. - De organen van de mediaraad zijn de beslissingskamer en de advieskamer.

De Regering benoemt de leden van de beslissingskamer en van de advieskamer en wijst de voorzitter aan.

De voorzitter vertegenwoordigt de Mediaraad bij gerechtelijke en buitengerechtelijke procedures. Hij zorgt voor de lopende zaken van de Mediaraad, bereidt de beslissingen van de beslissingskamer voor en voert haar beslissingen uit.

§ 3. - De Regering vertrouwt de follow-up van de Mediaraad aan een personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap toe.

§ 4. - De voorzitter roept de beslissingskamer en de advieskamer bijeen wanneer het nodig is. De gewone zittingen geschieden met gesloten deuren.

Mandaat

Art. 87. De duur van het mandaat van de leden van de Mediaraad stemt overeen met de duur van de zittingsperiode van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap. Ze begint in de loop van de drie maanden volgend op de maand waar de verkiezing van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap plaatsvindt. Na afloop van het mandaat leiden de organen van de Mediaraad de zaken totdat de nieuw gekozen organen als gesteld lichaam bijeenkomen.

Het mandaat is hernieuwbaar.

Activiteitenverslag

Art. 88. Jaarlijks stelt de Mediaraad een activiteitenverslag op en dient het bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap in.

HOOFDSTUK 2. — Beslissingskamer

Afdeling 1. — Organisatie

Doeleinden

Art. 89. De beslissingskamer heeft als opdracht, door alle maatregelen bepaald bij dit decreet, volgende doeleinden te bereiken :

1° de belangen van de gebruikers te garanderen, met name die van de gehandicapte gebruikers;

2° een eerlijke en daadwerkelijke mededinging te garanderen, o.a. door efficiënte infrastructuurinvesteringen en innovaties aan te moedigen en door een efficiënt en storingvrij gebruik van frequenties;

3° de ontwikkeling van de interne markt van de Europese Unie te bevorderen en

4° de verscheidenheid van opinie, taal en cultuur te bevorderen.

Bij de uitoefening van haar opdrachten houdt de beslissingskamer zoveel mogelijk rekening met de relevante aanbevelingen van de Europese Commissie. Met redenen omklede afwijkingen deelt ze de Europese Commissie mede. Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 103.

Samenstelling, eedaflegging

Art. 90. De beslissingskamer bestaat uit drie leden, de voorzitter van de Mediaraad inbegrepen. Een plaatsvervangende voorzitter wordt onder de leden van de beslissingskamer door de Regering benoemd.

De leden van de beslissingskamer leggen de eed af die bepaald is in het decreet van 20 juli 1831 betreffende de eedaflegging bij de aanvang der grondwettelijke vertegenwoordigende monarchie.

Persoonlijke voorwaarden en onverenigbaarheden

Art. 91. De leden van de beslissingskamer moeten wetenschappelijke, rechtelijke, economische en technische kennis hebben op het gebied van de media of deskundigen zijn op het gebied van de elektronische communicaties. Ze moeten de burgerlijke en politieke rechten bezitten en meerderjarig zijn.

Mogen niet lid zijn van de beslissingskamer :

1° de volksvertegenwoordigers, senatoren, leden van een Gewest- of Gemeenschapsparlement, van het Europees Parlement of van de Provincieraad, gemeenteraadsleden, leden van de federale Regering, van een Gewest- of Gemeenschapsregering, leden van een Provinciecollege of van een ministerieel kabinet;

2° een provinciegouverneur, arrondissementscommissaris of burgemeester;

3° de leden van de advieskamer, met uitzondering van de voorzitter;

4° elke persoon die een interesse in de onderneming heeft, die elektronische- communicatienetwerken, -apparaten of -diensten aanbiedt, of voor zo'n onderneming rechtstreeks of onrechtstreeks, kosteloos of tegen betaling, diensten verstrekt of functies uitoefent.

Redenen van uittreding

Art. 92. Een lid treedt uit de beslissingskamer om volgende redenen :

1° per jaar is het zonder verontschuldiging op meer dan de helft der zittingen afwezig;

2° het wordt overeenkomstig artikel 93 door de Regering afgezet.

Treedt een lid van de beslissingskamer voortijdig uit, dan dient op grond van de voorschriften inzake benoeming een navolger te worden benoemd om het mandaat te voltooien.

Afzetting

Art. 93. Indien een lid van de beslissingskamer niet meer aan de voorwaarden van artikel 91 voldoet of artikel 108 overtreedt, dan zet de Regering hem af.

Samenwerking met andere overheden

Art. 94. § 1. - De beslissingskamer werkt samen met :

1° de in artikel 66, lid 1, vermelde mededingingsoverheid;

2° de regelgevende instanties van andere economische sectoren;

3° de Europese Commissie, inzonderheid overeenkomstig artikel 106;

4° een andere regelgevende instantie van België of van een andere lidstaat van de Europese Unie, inzonderheid overeenkomstig artikel 107 en

5° de overheden belast met de bescherming van de consument.

De beslissingskamer wisselt in het bijzonder inlichtingen met de andere regelgevende instanties en mededingingsoverheden uit. Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 108.

§ 2. -Voor zover het noodzakelijk is voor de vervulling van de hem toegewezen opdrachten kan de Medieraad overeenkomsten en samenwerkingsakkoorden sluiten met andere Belgische of buitenlandse overheden.

De beslissingskamer kan een beroep doen op deskundigen ten einde haar beslissingen voor te bereiden of om problemen in verband met de regulering te beoordelen.

Bezwaren tegen beslissingen van de beslissingskamer

Art. 95. Elke betrokken partij kan tegen beslissingen van de beslissingskamer beroep aantekenen bij de Raad van State.

Toezicht

Art. 96. De leden van de beslissingskamer zijn niet aan onderrichtingen gebonden. De Regering kan de beslissingskamer echter op maatregelen of nalatingen wijzen die inbreuk doen op dit decreet of op de wetten in het algemeen.

Bij met redenen omkleed besluit kan de Regering de uitvoering van bepaalde, door besluit vastgelegde beslissingen van de beslissingskamer schorsen die inbreuk doen op de wetten. De Regering neemt dit schorsingsbesluit aan binnen dertig kalenderdagen na ontvangst van de beslissing. De Regering brengt de beslissingskamer onmiddellijk op de hoogte ervan. Binnen veertien kalenderdagen vanaf het aannemen van het schorsingsbesluit moet de beslissingskamer de geschorste beslissing dienovereenkomstig wijzigen.

Op verzoek van de Regering dient de beslissingskamer de m.b.t. het waarnemen van het toezicht noodzakelijke inlichtingen te geven en overeenkomstige documenten voor te leggen.

Afdeling 2. — Opdrachten

Beginsel

Art. 97. De beslissingskamer vervult de in dit decreet vastgelegde opdrachten.

Beslissingen

Art. 98. De beslissingskamer handelt als college en neemt administratieve beslissingen per consensus. In geval van dringende noodzakelijkheid kan de voorzitter in plaats van de beslissingskamer dringende maatregelen nemen en aangelegenheden regelen die niet kunnen worden uitgesteld. Zulke maatregelen deelt hij de beslissingskamer onmiddellijk mede. De beslissingskamer moet deze maatregelen goedkeuren.

Buitenrechtelijke beslechting van geschillen

Art. 99. Onverminderd de bevoegdheid van de gewone gerechten kunnen geschillen waarbij consumenten betrokken zijn en problemen in verband met een veronderstelde schending van de artikelen 69 en 81 aan de beslissingskamer worden voorgelegd. Ondernemingen die elektronische- communicatienetwerken en -diensten aanbieden, zijn ertoe verplicht aan een dergelijke procedure mede te werken en alle inlichtingen te leveren alsmede alle documenten voor te leggen die noodzakelijk zijn om de aangelegenheid te beoordelen.

De beslissingskamer dient een consensuele oplossing te vinden of haar mening betreffende de aangelegenheid aan de partijen mede te delen. Daarbij houdt ze rekening met de aanbeveling 98/257/EG betreffende de principes die van toepassing zijn op de organen die verantwoordelijk zijn voor de buitengerechtelijke beslechting van consumentengeschillen.

Beslechting van geschillen tussen ondernemingen

Art. 100. § 1. - Wanneer geschillen in verband met verplichtingen voortvloeiend uit titel 4 tussen ondernemingen ontstaan die elektronische-communicatienetwerken of -diensten aanbieden, dan neemt de beslissingskamer op verzoek van één der partijen, een bindende met redenen omklede beslissing binnen vier maanden, behoudens in uitzonderlijke gevallen. Er wordt geen afbreuk gedaan aan de bevoegdheid van de gewone gerechten.

De beslissing van de beslissingskamer wordt genomen met het oog op de verwezenlijking van de in artikel 89 vermelde doeleinden. Onverminderd artikel 108 wordt ze overeenkomstig artikel 105 openbaar gemaakt.

§ 2. - Onverminderd de bevoegdheid van de gewone gerechten kan bij geschillen betreffende de toepassing van titel 4 die tussen partijen van verschillende lidstaten ontstaan en onder de bevoegdheid van nationale regelgevende instanties van op zijn minst twee lidstaten ressorteren, elke partij het geschil bij de bevoegde instanties aanhangig maken. De instanties coördineren hun maatregelen om het geschil te beslechten.

Mededelingsplicht ten opzichte van de Europese commissie

Art. 101. De beslissingskamer deelt de Commissie de namen van de ondernemingen mede die in de zin van dit decreet geacht worden aanmerkelijke marktmacht te bezitten alsmede de hun krachtens dit decreet opgelegde verplichtingen.

De Europese Commissie wordt onverwijld in kennis gesteld van alle wijzigingen van de aan de ondernemingen opgelegde verplichtingen of van de ondernemingen waarop de bepalingen van dit decreet van toepassing zijn.

Verzoek om informatie

Art. 102. Onverminderd andere informatie- en rapportageverplichtingen zijn de exploitanten van openbaar toegankelijke communicatienetwerken, de aanbieders van elektronische-communicatiediensten alsmede de houders van frequentiegebruiksrechten, in het kader van de in dit decreet vastgelegde rechten en verplichtingen ertoe verplicht op verzoek van de beslissingskamer inlichtingen te verstrekken die voor de uitvoering van het decreet en van de relevante internationale voorschriften noodzakelijk zijn. Daaronder worden met name de inlichtingen verstaan die nodig zijn om

- 1° informatieverplichtingen ten opzichte van de Europese Commissie te kunnen vervullen;
- 2° de in dit decreet vastgelegde voorwaarden en verplichtingen en de aanvragen om toekenning van gebruiksrechten voor radiofrequenties te kunnen controleren;
- 3° een marktanalyse te kunnen uitvoeren;
- 4° passende maatregelen overeenkomstig artikel 121 te kunnen nemen.

Raadplegingsprocedure

Art. 103. § 1. - Binnen een redelijke termijn geeft de beslissingskamer de belanghebbende partijen de gelegenheid om hun advies te geven over de maatregelen ontworpen overeenkomstig dit decreet die aanzienlijke gevolgen voor de betrokken markt hebben. De verhoren en de resultaten ervan worden door de beslissingskamer openbaar gemaakt. Er wordt geen afbreuk gemaakt aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 108. Te dien einde richt de beslissingskamer een enkel informatiepunt op waar een lijst met alle lopende verhoren wordt bewaard.

§ 2. - Daarenboven stelt de beslissingskamer de Europese Commissie alsmede de nationale regelgevende instanties van de lidstaten in kennis van de maatregelen ontworpen overeenkomstig dit decreet, voor zover deze van invloed zijn op de handel tussen de lidstaten. De Europese Commissie en de nationale regelgevende instanties van de lidstaten kunnen hun advies slechts binnen één maand of vóór het verstrijken van een langere krachtens § 1 bepaalde termijn meedelen.

De beslissingskamer houdt zoveel mogelijk rekening met de opmerkingen van de Europese Commissie en van de regelgevende instanties van de andere lidstaten. Ze zendt het eruit voortvloeiende ontwerp aan de Europese Commissie toe.

Indien een ontwerp betrekking heeft op de vaststelling van een relevante markt die verschilt van de markten die in de aanbeveling inzake relevante markten voor producten en diensten, gepubliceerd door de Commissie overeenkomstig artikel 15, lid 1, van de Richtlijn 2002/21/EG van het Europees Parlement en van de Raad van 7 maart 2002 inzake een gemeenschappelijk regelgevingskader voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten (Kaderrichtlijn), in hun respectievelijke versie gedefinieerd zijn, of indien één of meerdere ondernemingen aanzienlijke marktmacht bezit en de Europese Commissie binnen de termijn bedoeld in lid 1, zin 2, verklaart dat het ontwerp een belemmering voor de interne markt opwerpt of dat zij ernstige twijfels heeft omtrent de verenigbaarheid van het ontwerp met het gemeenschapsrecht en namelijk met de in artikel 8 van de Kaderrichtlijn vermelde doelstellingen, dan wordt de beslissing omtrent de ontworpen maatregel door de beslissingskamer met nog eens twee maanden uitgesteld. Als de Europese Commissie binnen deze termijn beslist van de beslissingskamer de intrekking van haar ontwerp te verlangen, dan is de beslissingskamer aan deze beslissing gebonden. Wenst de beslissingskamer de door de Europese commissie voorgestelde wijzigingen te volgen, dan wijzigt ze het ontwerp rekening houdend met de beslissing van de Europese Commissie en zendt het gewijzigd ontwerp aan de Commissie toe.

Indien de beslissingskamer, in uitzonderlijke omstandigheden, oordeelt dat dringend, zonder de procedure bepaald in § 1 en in de leden 1 tot 3 na te leven, moet worden gehandeld teneinde de concurrentie te waarborgen en de belangen van de gebruikers te beschermen, kan zij onmiddellijk evenredige en voorlopige maatregelen vaststellen. Zij deelt die maatregelen onverwijld die maatregelen, samen met een volledige verantwoording, aan de Commissie en aan de overige nationale regelgevende instanties mede. Een beslissing van de beslissingskamer, deze maatregelen permanent te maken of de geldigheidsduur ervan te verlengen, valt onder de bepalingen van § 1 en van de leden 1 tot 3.

Verhoor van belanghebbenden

Art. 104. In alle aangelegenheden betreffende eindgebruikers- en consumentenrechten m.b.t. openbare elektronische-communicatiediensten houdt de beslissingskamer rekening met de standpunten van eindgebruikers en consumenten, voor zover het zinvol is, inzonderheid wanneer die aangelegenheden een belangrijke impact hebben op de markt.

Publicatie van informatie

Art. 105. Onverminderd artikel 108 publiceert de beslissingskamer op internet informatie over rechten, voorwaarden, procedures, administratieve bijdragen en beslissingen betreffende algemene machtigingen, gebruiksrechten en marktregulering. Ze zorgt ervoor dat de informatie voortdurend geactualiseerd wordt. Kan informatie bij andere Belgische organismen of regelgevende instanties worden verkregen, dan zorgt de beslissingskamer voor een gebruikersvriendelijk overzicht van alle inlichtingen.

De beslissingskamer zendt de Europese Commissie een afschrift van alle gepubliceerde informatie inzake marktregulering toe.

Informatieplicht ten opzichte van de Europese Commissie

Art. 106. Onverminderd artikel 108 verstrekt de beslissingskamer de Europese Commissie, op met redenen omkleed verzoek, de informatie die zij nodig heeft om haar taken te vervullen. Wanneer de aan de Europese Commissie te verschaffen informatie betrekking heeft op informatie verstrekt door exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en aanbieders van elektronische-communicatiediensten, stelt de beslissingskamer het in kennis van de betrokkenen.

Informatieplicht ten opzichte van een andere Belgische overheid of van een overheid van een andere lidstaat van de EU

Art. 107. Onverminderd artikel 108 verstrekt de beslissingskamer, op met redenen omkleed verzoek van een andere Belgische overheid of van een overheid van een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap, de informatie die de bedoelde overheid nodig heeft om haar verplichtingen uit hoofde van het gemeenschapsrecht te kunnen vervullen.

Behandeling van vertrouwelijke bedrijfs- en handelsgeheimen

Art. 108. De beslissingskamer moet de haar ter kennis gegeven bedrijfs- en handelsgeheimen vertrouwelijk behandelen.

Onkosten

Art. 109. De leden van de beslissingskamer verkrijgen een kilometervergoeding en een redelijk presentiegeld vastgelegd door de Regering.

Financiering

Art. 110. De ontvangsten van de beslissingskamer bestaan uit :

- 1° alle ontvangsten i.v.m. de activiteiten van de beslissingskamer;
- 2° toevallige inkomsten;
- 3° schenkingen en legaten.

Ter dekking van de bestuurskosten kan de beslissingskamer administratieve bijdragen opleggen aan de ondernemingen die een netwerk of een dienst aanbieden of waaraan een gebruiksrecht is toegekend. De Regering legt de nadere modaliteiten vast.

Afdeling 3. — Advieskamer

Samenstelling

Art. 111. § 1. - Bij de samenstelling van de advieskamer is het decreet van 3 mei 2004 tot bevordering van de evenwichtige vertegenwoordiging van mannen en vrouwen in adviesorganen van toepassing.

Behoren tot de groep van de aanbieders in de mediasector :

- 1° één lid op de voordracht van de Raad van Bestuur van het BRF;
- 2° één lid op de voordracht van een erkende private omroeporganisatie;
- 3° één lid op de voordracht van een erkende lokale radio;
- 4° één lid per erkende regionale radio op de voordracht van de betrokken radio;
- 5° één lid op de voordracht van de geregistreerde kabelmaatschappijen;
- 6° één lid op de voordracht van vereniging zonder winstoogmerk belast met de technische en organisatorische aanwending van het open kanaal en

7° één lid op de voordracht van de met toepassing van het decreet van 7 februari 1994 betreffende de hulp aan de dagbladpers erkende perseenheden;

Behoren tot de groep van de mediagebruikers :

- 1° één lid op de voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;
- 2° één lid op de voordracht van de representatieve werkgeversorganisaties of van de organisaties van de middenstand;
- 3° één lid op de voordracht van de in het Duitse taalgebied gevestigde organisaties voor de bescherming van de consument;
- 4° één lid op de voordracht van de Raad voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;
- 5° één lid op de voordracht van de Raad van de Duitstalige jeugd;
- 6° één lid op de voordracht van de Bejaardenraad;

De voorzitter van de Mediaraad is van rechtswege voorzitter van de advieskamer.

§ 2. - Voor elk lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 3. - De mandatarissen gekozen binnen het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kunnen voor de lijst waarvoor zij zich kandidaat gesteld hadden, telkens een vertegenwoordiger met raadgevende stem alsmede een plaatsvervangende vertegenwoordiger naar de advieskamer sturen.

§ 4. - Draagt een voordrachtgerechtigde organisatie geen kandidaat voor, zodat de advieskamer niet kan worden samengesteld overeenkomstig §§ 1 en 2, dan wordt de aanwijzing van de overige leden en plaatsvervaarders van de advieskamer alsmede de samenstelling ervan echter als regelmatig beschouwd.

De vacant gebleven mandaten kunnen ook na de installatie van de advieskamer overeenkomstig de in de §§ 1 en 2 vastgelegde procedure bekleed worden.

Persoonlijke voorwaarden en onverenigbaarheden

Art. 112. Kan slechts lid van de advieskamer worden wie aan volgende persoonlijke voorwaarden voldoet :

- 1° de burgerlijke en politieke rechten genieten;
- 2° meerderjarig zijn.

De hoedanigheid van lid is onverenigbaar met die van volksvertegenwoordiger, senator, lid van een Gewest- of Gemeenschapsparlement, van het Europees Parlement of van de Provincieraad, gemeenteraadslid, lid van de federale Regering, van een Gewest- of Gemeenschapsregering, lid van het Provinciecollege of van een ministerieel kabinet, provinciegouverneur, arrondissementsschiffaris of burgemeester.

Redenen van uittreding

Art. 113. Een lid treedt uit de advieskamer om volgende redenen :

1° één der in artikel 112, lid 1, vermelde persoonsgebonden voorwaarden is niet meer vervuld of één der in artikel 112, lid 2, vermelde onverenigbaarheden komt voor;

2° per jaar is het zonder verontschuldiging op meer dan de helft der zittingen afwezig;

3° het in artikel 111, § 1, vermeld lichaam dat de leden voordraagt, trekt het mandaat in.

Bij uittreding van een werkend lid beëindigt het plaatsvervangend lid het mandaat. De Regering wijst een nieuw plaatsvervangend lid aan.

Oprichtingen

Art. 114. § 1. - De advieskamer heeft volgende opdrachten :

1° aan de Regering een voorafgaand advies geven over de beslissingen

a) betreffende de aanvraag om erkenning van een private televisieomroeporganisatie, overeenkomstig artikel 20;

b) betreffende de aanvraag om erkenning van een private radio-omroeporganisatie, overeenkomstig artikel 27;

c) betreffende de aanvraag om erkenning van een aanbieder van andere diensten dan geluids- en televisieprogramma's, overeenkomstig artikel 37;

d) betreffende het opstellen van de in artikel 14 vermelde lijst van de buitengewone evenementen;

e) betreffende het verzet tegen de uitzending van een televisieprogramma, zoals bedoeld in artikel 79, § 1, 2°;

f) betreffende het verzet tegen de uitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere diensten dan geluids- en televisieprogramma's, zoals bedoeld in artikel 79, § 2;

g) betreffende het verbod van de uitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere diensten dan geluids- en televisieprogramma's, zoals bedoeld in artikel 80, § 2;

h) vóór de vastlegging van het gebruiksreglement bedoeld in artikel 16, § 4, lid 1;

2° een advies uit te brengen vóór de toepassing van één der in artikel 120 opgenomen administratieve sancties. De advieskamer brengt zo'n advies uit :

a) uit eigen beweging, als zij vaststelt dat de bepalingen van voorliggend decreet en de uitvoeringsbepalingen overtreden worden;

b) op verzoek van de Regering;

c) op verzoek van een natuurlijke of rechtspersoon die overtredingen van de bepalingen van voorliggend decreet en van de uitvoeringsbepalingen signaleert.

Het advies omvat een met redenen omkleed voorstel tot toepassing van één der in artikel 120 opgenomen administratieve sancties;

3° modelontwerpen voor plichtenleervoorschriften inzake media uitwerken, o.a. wat de bescherming van de minderjarigen en de reclame betreft. Die modelontwerpen worden aan de verscheidene exploitanten in de mediasector toegezonden;

4° adviezen uitbrengen over :

a) de inhoud van de programma's en de algemene programmatie van het BRF, die aan de beheerraad van het BRF worden overgemaakt met toepassing van de wet van 16 juli 1973 waarbij de bescherming van de ideologische en filosofische strekkingen gewaarborgd wordt;

b) andere thema's i.v.m. de media die de Regering de advieskamer voorlegt, voor zover deze thema's niet onder de bevoegdheid van de beslissingskamer vallen;

5° bezwaren, suggesties en voorstellen onderzoeken die de media in de Duitstalige Gemeenschap betreffen en die de advieskamer door een natuurlijke of rechtspersoon voorgelegd werden, voor zover deze thema's niet onder de bevoegdheid van de beslissingskamer vallen.

Naast haar adviesfunctie kan de advieskamer als bemiddelaar optreden bij belangenconflicten die tussen aanbieders in de mediasector en mediagebruikers;

6° voor elk mandaat een verslag over het medialandschap in de Duitstalige Gemeenschap opstellen dat o.a. de balancering van de programma's, de verdediging van de opinieverscheidenheid wat de programma's betreft die door de private radio's en de erkende televisieomroeporganisaties worden uitgezonden, de invloeden van de technische ontwikkeling op het medialandschap alsmede de economische betekenis van het medialandschap behandelt.

§ 2. - De in § 1, 1°, vermelde adviezen moeten binnen een termijn van drie maanden na het verzoek worden uitgebracht; zo niet worden ze geacht uitgebracht te zijn.

Uitgebrachte stemmen

Art. 115. Een advies wordt bij meerderheid van stemmen uitgebracht. Stemonthoudingen worden niet toegelaten. Bij staking der stemmen is de stem van de voorzitter beslissend.

Wordt geen meerderheid van stemmen noch een staking der stemmen bereikt in de groep van de aanbieders in de mediasector of in de groep van de mediagebruikers, is de betrokken groep gemachtigd een minderheidsadvies uit te brengen.

Kosten

Art. 116. § 1. - De werkingskosten van de advieskamer vallen ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. - De leden van de advieskamer verkrijgen een presentiegeld en een kilometervergoeding.

De Regering legt de modaliteiten voor de toekenning van deze vergoedingen vast.

TITEL 6. — Bioscoophouders

Subsidiëring van bioscoophouders en bevordering van hun projecten

Art. 117. De Duitstalige Gemeenschap bevordert de verwezenlijking van de in het tweede lid, 2°, bedoelde projecten van de bioscoophouders door binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een jaarlijkse toelage ten belope van € 17.500 toe te kennen.

Om die toelage te verkrijgen moeten de bioscoophouders aan volgende voorwaarden voldoen :

1° elke bioscoophouder moet jaarlijks ten minste 200 filmprojecties in het gewoon 35mm-bioscoopformaat uitvoeren;

2° samen een overeenkomst voorleggen tot regeling van de samenwerking, inzonderheid met het oog op de jaarlijkse organisatie van cineforums en cinedagen, alsmede van de projectie van ten minste 4 promotiekopiën per jaar.

De toelage bedoeld in het eerste lid wordt onder de deelnemende bioscoophouders in gelijke mate verdeeld na voorlegging van de bewijsstukken voor de kosten aangegaan in het kader van het project bedoeld in lid 2, 2°.

Verhogingen

Art. 118. De toelage bedoeld in artikel 117 wordt ten hoogste met 20% verhoogd, als de gemeente waar het bioscoop van de bioscoophouder gelegen is, in het kader van een overeenkomst gesloten met de Duitstalige Gemeenschap aan de financiering van de infrastructuur-, werkings- of personeelskosten deelneemt die de bioscoophouder m.b.t. de exploitatie van een bioscoop aangaat.

Coëfficiënt

Art. 119. Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingskredieten kan de Regering de bedragen bedoeld in de artikelen 117 en 118 met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

TITEL 7. — Sancties

Afdeling 1. — Administratieve sancties

Sanctie van de bepalingen van de titels 2 en 3

Art. 120. Worden de bepalingen van de titels 2 en 3 van dit decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten betreffende de radio-omroep niet nageleefd, dan kan de Regering erkende televisieomroeporganisaties, private radio-omroeporganisaties en aanbieders van andere diensten dan radio- en televisieprogramma's, na het advies van de advieskamer ingewonnen te hebben, volgende sancties opleggen :

1° een waarschuwing;

2° de publicatie van een bericht in de pers;

3° de voorlopige schorsing, de verkorting of de intrekking van de erkenning na de betrokken organisatie verhoord te hebben;

4° de uitbetaling van een administratieve geldboete van € 2.500 tot € 25.000 na de betrokken organisatie verhoord te hebben.

Indien de erkenning wordt ingetrokken, beloopt de termijn totdat de intrekking van toepassing wordt ten minste 6 maanden.

Sanctie van de bepalingen van de hoofdstukken 2 en 3 van titel 4

Art. 121. § 1. - Indien de beslissingskamer vaststelt dat er niet voldaan wordt aan de overeenkomstig de hoofdstukken 2 en 3 van titel 4 opgelegde verplichtingen geeft zij de betrokken onderneming de gelegenheid haar standpunt kenbaar te maken of een eind te maken aan eventuele inbreuken :

1° binnen een maand na de mededeling of

2° binnen een kortere termijn onderhandeld met de onderneming of door de beslissingskamer bepaald in geval van herhaalde inbreuken, of

3° binnen een langere termijn bepaald door de beslissingskamer.

Indien de onderneming binnen de in lid 1 genoemde termijn geen eind maakt aan de inbreuken, dan neemt de beslissingskamer de passende maatregelen om de naleving van de voorwaarden te verzekeren. De met redenen omklede beslissing wordt de onderneming binnen een week medegedeeld. De onderneming wordt daarbij een redelijke termijn toegestaan om aan de maatregelen te voldoen.

Onder « passende maatregelen » zoals bepaald in lid 2 verstaat men :

1° een waarschuwing;

2° de publicatie van een bericht in de pers;

3° de inbeslagneming van de faciliteiten of

4° de betaling van een administratieve geldboete van € 2.500 tot € 25.000.

§ 2. - Bij ernstige en herhaaldelijke niet-nakoming van de overeenkomstig de hoofdstukken 2 en 3 van titel 4 opgelegde verplichtingen kan de beslissingskamer verbieden elektronische-communicatienetwerken of -diensten verder aan te bieden of de frequentiegebruiksrechten opschorten of intrekken, voor zover de overeenkomstig § 1 passende maatregelen zonder gevolg zijn gebleven. In geval van directe of ernstige bedreiging van de openbare orde, de openbare veiligheid of de volksgezondheid kan de beslissingskamer voorlopige spoedmaatregelen nemen.

§ 3. - Onverminderd § 1 kan de beslissingskamer de betaling van een administratieve geldboete van € 2.500 tot € 25.000 bevelen, wanneer een onderneming haar verplichtingen overeenkomstig artikel 102 niet nakomt binnen de door de beslissingskamer bepaalde termijn.

Gemachtigde ambtenaar

Art. 122. De Regering wijst een ambtenaar aan die belast is met de invordering van de te betalen geldboeten alsmede met de inbeslagneming. Hij is gemachtigd een bevelschrift op te maken dat uitvoerbaar is binnen acht dagen na de betekening aan de schuldenaar. De gerechtsdeurwaarder voert het bevelschrift uit in de vormen bepaald door het Gerechtelijk Wetboek.

Afdeling 2. — Strafmaatregelen

Uitzending zonder erkenning

Art. 123. Wie wetens geluids- en televisieprogramma's uitzendt zonder de vereiste erkenning te bezitten of wiens erkenning geschorst of ingetrokken is, wordt met een geldboete van € 100 tot € 100.000 gestraft.

Oneerlijke reclame

Art. 124. Wie reclame, telewinkelen of gesponsorde programma's uitzendt die de artikelen 6 tot 10, 15 en 19 overtreden, wordt met een geldboete van € 100 tot € 100.000 gestraft.

Diensten gebaseerd op voorwaardelijke toegang

Art. 125. Elke persoon die toestellen, toestellen-onderdelen of computerprogramma's vervaardigt, ontwerpt, invoert, verkoopt, verhuurt, installeert, onderhoudt, vervangt, in haar bezit heeft met winstgevendende doeleinden of het op de markt brengen ervan op enigerlei wijze bevordert, wordt met een geldboete van € 100 tot € 100.000 gestraft, indien die persoon ernaar streeft :

1° de toegang tot een omroepdienst mogelijk te maken, die uitsluitend via een systeem voor voorwaardelijke toegang wordt aangeboden;

2° bedrieglijk televisieprogramma's te ontvangen die via een kabelnet worden uitgezonden.

Elke persoon die de in het eerste lid vermelde toestellen, toestellen-onderdelen of computerprogramma's koopt, huurt of bezit met het in hetzelfde lid, punten 1 en 2, bedoelde doeleinde, wordt ook met een geldboete van € 100 tot € 100.000 gestraft.

Verboden programma's

Art. 126. Wie geluids- of televisieprogramma's uitzendt die artikel 4 overtreden, wordt gestraft met een geldboete van € 500 tot € 500.000.

Slotbepaling

Art. 127. De bepalingen van Boek I van het Strafwetboek, Hoofdstuk VII inbegrepen, en van artikel 85 zijn van toepassing op de in de artikelen 123 tot 126 bedoelde misdrijven.

TITEL 8. — Slotbepalingen

Europese clausule

Art. 128. Dit decreet dient ertoe de volgende richtlijnen om te zetten, voor zover ze onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen :

1° Richtlijn 89/552/EEG van de Raad van 3 oktober 1989 betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de Lid-Staten inzake de uitoefening van televisie-omroepactiviteiten, gewijzigd bij de Richtlijn 97/36/EG;

2° Richtlijn 98/84/EG van het Europees Parlement en de Raad van 20 november 1998 betreffende de rechtsbescherming van diensten gebaseerd op of bestaande uit voorwaardelijke toegang;

3° Richtlijn 2002/21/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 inzake een gemeenschappelijk regelgevingskader voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten (Kaderrichtlijn);

4° Richtlijn 2002/20/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 betreffende de machtiging voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten (Machtigingsrichtlijn);

5° Richtlijn 2002/19/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 inzake de toegang tot en interconnectie van elektronische-communicatienetwerken en bijbehorende faciliteiten (Toegangsrichtlijn);

6° Richtlijn 2002/22/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 inzake de universele dienst en gebruikersrechten met betrekking tot elektronische-communicatienetwerken en -diensten (Universeledienstrichtlijn).

Overgangsbepalingen

Art. 129. De vergunningen toegekend krachtens het tot nu toe vigerend recht blijven geldig voor de oorspronkelijk vastgelegde termijn, zonder dat het een stilzwijgende verlenging tot gevolg heeft. Bij vergunningen die private radio-omroeporganisaties voorlopig toegekend werden op grond van het tot nu toe vigerend recht, zijn de bepalingen van dit decreet betreffende de frequentiegebruiksrechten van toepassing vanaf het ogenblik waarop de voor de voorlopige vergunning vastgelegde termijn afloopt.

De op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet lopende administratieve procedures moeten tot een goed eind worden gebracht overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet.

Elektronische-communicatienetwerken of -diensten die tot nu toe niet moesten worden geregistreerd, echter het voortaan zullen moeten overeenkomstig dit decreet, moeten na de inwerkingtreding van dit decreet onmiddellijk overeenkomstig artikel 46 worden geregistreerd.

Opheffingsbepalingen

Art. 130. Onverminderd artikel 129 wordt het decreet van 26 april 1999 over de media, gewijzigd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, het decreet van 17 april 2001, het programmadecreet van 7 januari 2002, het programmadecreet van 3 februari 2003, het decreet van 3 mei 2004 en het programmadecreet van 21 maart 2005, opgeheven.

Het besluit van de Regering van 7 september 2000 tot uitvoering van het decreet over de media van 26 april 1999 blijft van toepassing voor zover het voorliggend decreet niet overtreedt.

Machtiging

Art. 131. § 1. - Vóór 31 maart 2006 kan de Regering bepalingen van dit decreet opheffen, aanvullen, wijzigen of vervangen, om alle noodzakelijke maatregelen te nemen met het oog op de naleving van de verplichtingen voortvloeiend uit Europese richtlijnen.

§ 2. - Het in § 1 genoemde ontwerp van besluit is aan het advies van de wetgevingsafdeling van de Raad van State onderworpen.

Dit advies wordt tezamen met het verslag aan de Regering en het overeenkomstige besluit bekendgemaakt.

§ 3. - Wordt het in § 1 vermeld besluit van de Regering binnen vijftien maanden na zijn bekendmaking in het *Belgische Staatsblad* niet door het Parlement bekrachtigd, dan wordt het geacht opgeheven te zijn.

Inwerkingtreding

Art. 132. Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 27 juni 2005.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota's

(1) *Zitting 2004-2005.*

Stukken van het parlement. — 35 (2004-2005) 1 : Ontwerp van decreet

35 (2004-2005) 2 : Amendementen + erratum

35 (2004-2005) 3 : Tekst aangenomen door de Commissie II voor cultuur

35 (2004-2005) 4 : Amendement van de tekst aangenomen door de Commissie

35 (2004-2005) 5 : Verslag

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 27 juni 2005

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2005 — 2202

[2005/202177]

20 JUILLET 2005. — Décret relatif aux subventions pour la promotion touristique (1)

Le Conseil régional wallon a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE I^{er} — *Dispositions générales*

CHAPITRE I^{er}. — *Du champ d'application*

Article 1^{er}. Le présent décret règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 127, § 1^{er}, de celle-ci.

CHAPITRE 2. — *Des définitions*

Art. 2. Au sens du présent décret, on entend par :

1^o attraction touristique : le lieu de destination constitué d'un ensemble d'activités et de services intégrés clairement identifiables, exploité de façon régulière comme pôle d'intérêt naturel, culturel ou récréatif et aménagé dans le but d'accueillir touristes, excursionnistes et visiteurs locaux sans réservation préalable;

2^o site touristique : le lieu bénéficiant d'une notoriété internationale d'un point de vue touristique.

TITRE II. — *Des subventions*

CHAPITRE I^{er} — *Des subventions aux organismes touristiques*

Art. 3. Dans les limites des crédits inscrits au budget, le Gouvernement peut accorder aux fédérations provinciales du tourisme, maisons du tourisme, offices du tourisme et syndicats d'initiative reconnus une subvention pour la réalisation d'actions ou de campagnes de promotion touristique de leur ressort respectif.

La subvention de la Région wallonne porte notamment sur :

1^o la conception, la réalisation et l'impression de supports de diffusion de la campagne;

2^o la conception, la réalisation ou la réorganisation d'un site internet selon les modalités définies par le Gouvernement;

3^o les droits d'auteurs nécessaires à la mise en œuvre des actions visées aux points 1^o et 2^o.

La taxe sur la valeur ajoutée peut être subventionnée dans la mesure où elle ne peut pas être récupérée par le demandeur.

Art. 4. Le Gouvernement précise les dépenses pouvant faire l'objet d'une subvention visée à l'article 3.